

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **6. und 7. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2017/2018 vom 3. Juli 2017

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 22.00 Uhr

Vorsitz: F. Landolt (SP)

Protokoll: A. Fatzer

Entschuldigt: 6./7. Sitzung: B. Zäch (SP), B. Konyo (SP), M. Bänninger (EVP), U. Hofer (FDP), Th. Deutsch (EVP), R. Lüchinger (CVP)
7. Sitzung: K. Gander (AL), St. Feer (FDP), G. Milicevic Decker (Grüne)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.		Protokolle der 20./21. Sitzung des Amtsjahres 16/17 und der 1., 2./3. Sitzungen des Amtsjahres 17/18	
2.	17.76	Wahl eines Mitgliedes in die Sozialhilfebehörde anstelle des zurückgetretenen T. Brütsch (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2014/2018	S. Stierli
3.	17.77	Wahl eines Mitgliedes in die Sozialhilfebehörde anstelle der zurückgetretenen C. Bremi Bischof (SP) für den Rest der Amtsdauer 2014/2018	S. Stierli
4.*	17.78	Wahl von zwei Mitgliedern in den Vorstand des Vereins «House of Winterthur»	S. Stierli
5.	17.81	Wahl eines Mitgliedes in die Kunstkommission anstelle der zurücktretenden B. Baltensperger (SP) für den Rest der Amtsdauer 2014/2018	S. Stierli
6.	17.46 (DFI)	Abnahme der Jahresrechnung und des Geschäftsberichtes 2016	Verschiedene Referent/innen
7.	17.80	Tätigkeitsbericht 2016 der Finanzkontrolle	M. Gross
8.	17.72	Jahresbericht 2016 der Ombudsstelle	I. Kuster
9.	17.61	Tätigkeitsbericht 2016 des Datenschutzbeauftragten	I. Kuster

10.	17.79 (DFI)	Investitionskredit von Fr. 576'000 für die Übernahme des Scanning Provider-Auftrags des Kantons Solothurn durch das Steueramt Winterthur	F. Albanese
11.*	17.33 (DSS)	Kredit von Fr. 4'643'800 für die Erweiterung der Schulanlage Laubegg im Quartier Dätttau (Projekt-Nr. 12080)	M. Bänninger
12.*	16.129 (DKD)	Kenntnisnahme des Schlussberichts zum Projekt «Fokus», Zusammenführung der Verwaltung im Gebäudekomplex Superblock auf dem Sulzerareal Stadtmitte	Ch. Griesser
13.*	17.3 (DSU)	Kredit von Fr. 850'000 für das Projekt «Mobile Workforce Management», Projekt-Nr. 20634 und 20684	P. Rütsche
14.*	17.32 (DB)	Kredit von Fr. 770'000 für das Projekt SBB - Hauptbahnhof Nord, Verbreiterung Bahn Fussweg, Projekt-Nr. 11375	F. Helg
15.*	16.100 (DSU)	Erlass einer Verordnung über Energie-Contracting	M. Nater
16.*	17.47 (DSU)	Zusatzkredit über Fr. 2.5 Mio. zum Kredit von Fr. 19.59 Mio. für die Umnutzung der Liegenschaft Schöntal, Untere Schöntalstr. 12, von einem Werkhof zu einem gemischt genutzten Technik- und Bürogebäude	M. Nater
17.*	17.73 (DSU)	Nachtragskredit von Fr. 661'000 für die Stadtpolizei Winterthur	U. Glättli
18.*	12.86 (DB)	Antrag und Bericht zur Motion B. Meier (GLP), F. Landolt (SP), J. Altwegg (Grüne), L. Banholzer (EVP) und D. Schneider (FDP) betr. schnellere energetische Erneuerung der Gebäude	
19.*	16.93 (DKD)	Begründung des Postulats M. Zeugin (GLP) und M. Wäckerlin (PP) betr. gute Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen in Winterthur	
20.	16.121 (DKD)	Begründung des Postulats I. Kuster (CVP), U. Hofer (FDP) und P. Rütsche (SVP) betr. Beteiligungscontrolling	
21.	16.89 (DKD)	Beantwortung der Interpellation A. Steiner (GLP) und M. Wäckerlin (PP) betr. Zukunft von Winterthur als Industriestadt - ohne Industrieland auch keine Industrie 4.0	
22.	16.87 (DKD)	Beantwortung der Interpellation M. Zeugin (GLP) und M. Wäckerlin (PP) betr. Standortbestimmung bei der Beteiligung an der Winterthurer Technopark AG	

(* An dieser Sitzung behandelte Geschäfte)

Mitteilungen

Ratspräsident F. Landolt begrüsst zur 6. und 7. Sitzung des Amtsjahres 2017/2018.

Entschuldigt sind für beide Sitzungen Benedikt Zäch, Betty Konyo, Michael Bänninger, Urs Hofer, Thomas Deutsch und Renata Lüchinger. Für die Abendsitzung entschuldigt sind Katharina Gander und Stefan Feer.

Etwas verspätet kommt Stadtpräsident Mike Künzle, deshalb wird das Geschäft Fokus erst behandelt, wenn er hier ist.

Stadtrat Jürg Altwegg wird zum ersten Mal begrüsst.

Ganz herzlich gratuliere ich Katharina Gander zum Geburtstag.

Heute gibt es drei Verabschiedungen, eine davon in Abwesenheit: Diejenige von Thomas Deutsch. Zwei Verabschiedungen sind da, es sind zwei Steiners: Werner Steiner und Doris Steiner. Damit haben wir von den 4 Steiners 2 nicht mehr.

Werner Steiner ist ein sehr langjähriger Gemeinderat. Vom 12. Mai 1999 – 17. Juli 2017 war er Mitglied des Gemeinderates. Vom Juni 1999 – September 2002 war er Mitglied der Geschäftsprüfungskommission, vom September 2002 – Mai 2006 Mitglied der damals noch existierenden Sachkommission Tiefbau, Umwelt, Verkehr, Ent- und Versorgung (TUVEK), vom Mai 2006 – Mai 2010 Mitglied der Sachkommission Bau und Betriebe, vom Mai 2010 – Mai 2014 Mitglied der Bürgerrechtskommission. November 2015 – November 2016 Mitglied der Sachkommission Soziales und Sicherheit und schliesslich August 2002 – Mai 2014 Mitglied in der «Kommission zur Förderung des öffentlichen Verkehrs». Werner Steiner, wir bedanken uns ganz herzlich für Dein Engagement und für Deine innere Gelassenheit und für Dein vermittelndes Tun. Du hast Dir etwas gewünscht, bitte komm nach vorne.

Werner Steiner wird mit einem grossen Applaus verabschiedet.

W. Steiner (SVP): Ich möchte noch ganz kurz etwas sagen. Ich habe eine sehr schöne Zeit erlebt in den 18 Jahren und hoffe natürlich, dass Ihr auch so lange oder sogar noch länger bleibt. Ich wünsche Euch allen alles Gute, Ihr leistet eine sehr gute Arbeit für unsere Stadt. Danke vielmals.

Ratspräsident F. Landolt: Die zweite Verabschiedung gilt Doris Steiner. Für ihre Tätigkeit zum Wohl der Stadt und von Winterthur bedanken wir uns ganz herzlich. Sie war von Mai 2014 - Mai 2016 Mitglied in der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur. Vom Mai 2016 – Juli 2017 Mitglied der Bürgerrechtskommission, von Mai 2016 – Juli 2017 ebenfalls Mitglied der Theaterkommission. Von Dezember 2014 – Juli 2017 Mitglied der «Arnold Schenkel-Stiftung». Liebe Doris, vielen Dank für Deinen Einsatz im Gemeinderat. Du hast Dir etwas gewünscht, bitte komm nach vorne.

Doris Steiner wird mit einem grossen Applaus verabschiedet.

D. Steiner (SVP): Ich möchte mich auch noch ganz herzlich bedanken, v.a. auch für die gute Zusammenarbeit mit Stadträten, Gemeinderatskolleginnen und -kollegen. Ich habe es sehr geschätzt, mit Euch zu diskutieren, auch in den Kommissionen. Ich denke, das ist eine Stärke von Winterthur, dass da richtige Demokratie gelebt wird, dass man da auch einmal eine andere Meinung vertreten und dann doch wieder gut miteinander zusammenarbeiten kann, dass man angehört und respektiert wird. Ich wünsche Euch allen weiterhin viel Erfolg bei Eurer politischen Tätigkeit, Freude und eine gute Zukunft für Winterthur.

Ratspräsident F. Landolt: Die dritte Verabschiedung gilt Thomas Deutsch. Er ist heute nicht hier, er musste sich entschuldigen. Aber in Abwesenheit sei ihm seine Tätigkeit zum Wohl der Stadt Winterthur herzlich verdankt. Er hat sich etwas gewünscht und vielleicht kann man mit der Fraktionspräsidentin der EVP, Lilian Banholzer, besprechen, wie man das übergeben möchte. Seine parlamentarischen Ämter waren: Mai 2015 – Juli 2017 Mitglied der Aufsichtskommission. Vielen Dank an Thomas Deutsch.

Thomas Deutsch wird mit einem grossen Applaus verabschiedet.

Fraktionserklärungen

Ratspräsident F. Landolt: Die GLP hat eine Fraktionserklärung angekündigt, Markus Nater bitte.

M. Nater (GLP/PP): Der Stadtrat betreibt in der Medienmitteilung von letzter Woche zu Stadtwerk Schönfärberei wie zu guten alten Zeiten. Da muss doch einiges geklärt und richtig gestellt werden.

Es ist von einer erfolgreichen Interimsleitung die Rede. Zur Erinnerung: Im Jahr 2016 sank das Kundenimage, die Tarife wurden nicht gross kundenfreundlicher angepasst und bei der Ökologie ist auch keine Weiterentwicklung zu sehen. Zuletzt gab es sogar ein Misstrauensvotum der FDP zur Rechnung 2016. In der Medienmitteilung wurde beschrieben, dass ein neuer Stadtwerkchef gefunden wurde. Es wurde beschrieben, dass 100 Beschlüsse erarbeitet wurden und ganz viel angestossen wurde. Dies ist nicht unbedingt erfolgreich, sondern hier wurde schlicht und einfach der Job gemacht.

Einen guten Job gemacht hat Barbara Günthard-Maier, indem sie schnell die interimistische Führung der Stadtwerke durch die Stadt geklärt hat. Urs Buchs hat mit seiner ruhigen aber sehr motivierenden Art, harte Entscheidungen gefällt und diese bei den Mitarbeitern vertreten. Dass Urs Buchs nun in der Medienmitteilung und die Mitarbeiter von Stadtwerk nicht erwähnt sind, ist bezeichnend. Als Fazit kann man sagen: Erfolgreiche Interimsleitung durch Urs Buchs und bei Barbara Günthard-Maier wird dies die Zukunft zeigen, ob ihre Anstösse und ihre Entscheide das Richtige bewirken werden.

Es wurde geschrieben: Ein gutes Geschäftsjahr. Das Fazit am Anfang: Es war ein super gutes finanzielles Geschäftsjahr für Stadtwerk und ein schlechtes für die Kunden und die Ökologie. Gemäss Strategie Stadtwerk ist das primäre Ziel von Stadtwerk zufriedene Kunden trotz teilweiser Monopolstellung und Wegbereiter für die 2000-Watt-Gesellschaft. Gewinnoptimierung ist in dieser Strategie nicht vorhanden.

Stadtwerk hat 2016 ein Gewinn vor Abgaben an die Stadt und Rückstellung Pensionskasse von 37 Millionen. In diesem Betrag sind schon die Millionenverluste im Contracting, bei dem Glasfaserprojekt und der Haustechnik enthalten.

Bei einem Umsatz von ca. 243 Millionen ist dies eine Rendite von sage und schreibe 15%. Das bedeutet fast 340 Franken Gewinn pro Einwohner der Stadt Winterthur und 700 Franken pro Haushalt der Stadt Winterthur. Das dies als gutes Geschäftsjahr mit dem Fokus Kunde und Ökologie bezeichnet werden kann, ist schon fragwürdig.

Nun wurde angekündigt, 3 Millionen im Gasbereich an die Kunden zurückzuerstatten. Die CVP, SVP und wir von der GLP/PP haben dies letztes Jahr bereits eingebracht, dass man zurückerstatten solle. Damals wurde die Rückerstattung vom Stadtrat und von der Mehrheit im GGR abgelehnt, weil sie zu teuer und zu aufwändig sei. Nun geht es also doch.

Unsere Fraktion wird weiterhin Vorstösse bringen, wie schon in der Vergangenheit, damit auch beim Strom, dem Wasser, Fernwärme und den Kehrrechtgebühren, kundenfreundliche, faire Tarife und/oder Anreize für ökologischen Energieverbrauch eingeführt werden.

Zum Schluss wird von einer schwierigen wirtschaftlichen Herausforderung gesprochen. Auch hier wird wieder gejammert wie in alten Zeiten, wie schwierig doch die Marktsituation sei und dass die Margen sinken. Zur Erinnerung: Stadtwerk hat in den letzten Jahren immer einen zweistellig höheren Millionengewinn in der Rechnung ausgewiesen als im Budget. Was heisst dies genau: Auch in der Rechnung 2017 kann Stadtwerk wieder mitteilen: «Wir haben super gearbeitet, wir haben wieder 10 Millionen mehr Gewinn gemacht als budgetiert.»

Viel wichtiger jedoch ist dieser Punkt: Wenn man irgendwie einen kleinen Gewinn ankündigt, muss Stadtwerk sich gar nicht überlegen, ob man vielleicht die Tarife senken soll und man muss sich auch nicht überlegen, ob man Geld für einen ökologischen Mehrwert hat. Man hat ja nur einen kleinen Gewinn. Dass das dann bei der Rechnung wieder ganz anders aussieht, interessiert dann aber niemanden mehr. Das ist gegenüber den Kunden nicht fair.

Bei den Herausforderungen steht kein Wort zum Image bei den Kunden. Es wird auch nichts über Energiesparbeiträge oder die Energieziele der Stadt Winterthur berichtet.

Wir von der Fraktion erwarten vom Stefan Fritschi und dem neuen Stadtwerkchef endlich die Umsetzung der Strategie, die sie haben, in der die Kunden und die Ökologie im Fokus sind. Faire Tarife, ökologische Verbesserung und eine ehrliche Kommunikation. Das ist der Schlüssel für ein besseres Kundenimage und damit für ein langfristig erfolgreiches Stadtwerk.

Ratspräsident F. Landolt: Besten Dank. Gibt es weitere Fraktionsmitteilungen? Möchte sich die Stadträtin zu Stadtwerk äussern?

Stadträtin B. Günthard: Besten Dank für die Hinweise, die nehme ich so zur Kenntnis. Heute Abend vertrete ich noch Stadtwerk, deshalb möchte ich auch ganz kurz darauf reagieren.

Wir wissen alle, dass in den Medienmitteilungen Zusammenfassungen stehen. An der Medienorientierung tönte es selbstverständlich noch etwas anders. Dort bekam Urs Buchs sehr viele Blumen, wie man dann im Landboten auch lesen durfte. Berechtigterweise, er hat einen sehr hohen Anteil am Erfolg. Ich sehe das gleich: Wir haben schlicht und einfach unsere Arbeit gemacht und müssen auch nicht wahnsinnig Lorbeeren abholen, da hast Du schon recht. Ich denke aber, dass man sicher sagen kann, dass das Geschäftsjahr gut gelaufen ist. Wir haben sehr wohl differenziert in den einzelnen Geschäftsfeldern, wie wir das in der Kommission auch gemacht haben. Dass die Kunden Stadtwerk so treu geblieben sind, das ist nicht selbstverständlich. Da haben sehr viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen guten Job gemacht. Auch diese wurden an der Medienkonferenz verdankt. Die Thematik Nachhaltigkeit/energieeffiziente Lösungen, da hast Du absolut recht, da sind die Hausaufgaben noch nicht gemacht, da muss man dranbleiben und da bin ich sicher, dass die neuen Leitungen auch dranbleiben werden.

Ratspräsident F. Landolt: Keine weiteren Fraktionserklärungen. Damit gehen wir zur Traktandenliste. Wir haben letztes Mal die Traktandenliste abgenommen und werden sie so abarbeiten.

4. Traktandum

GGR-Nr. 2017.78: Wahl von zwei Mitgliedern in den Vorstand des Vereins «House of Winterthur»

Ratspräsident F. Landolt: Es wird geheim gewählt, jeder erhält einen Stimmzettel mit zwei Linien, auf den man zwei Namen notieren kann. Silvio Stierli erläutert noch die Ausgangslage. Es gilt das absolute Mehr in den ersten zwei Durchgängen und im unwahrscheinlichen Fall des dritten Durchgangs ist es dann das relative Mehr und im noch unwahrscheinlicheren Fall (Stimmgleichheit) ist das Los-Ziehen durch den Präsidenten vorgesehen.

S. Stierli (SP): Bei der IFK gingen drei Wahlvorschläge ein: Stefan Feer (FDP), Silvia Gygax-Matter (GLP) und Lilian Banholzer (EVP). Wir haben in der IFK mit den Fraktionspräsidenten eine Sitzung abgehalten und die Kandidaturen besprochen. Es sind interne Kandidaturen, es sind drei Mitglieder für zwei Sitze, und wir haben beschlossen, dass wir keine Wahlempfehlung abgeben, denn es sind alles valable Kandidaten. Ich hätte dann von der SP noch eine Erklärung zu diesem Wahlgeschäft.

Ratspräsident F. Landolt: Ich bitte die Stimmzähler, die Anwesenden zu zählen. Ich bitte Silvio Stierli um die Stellungnahme der SP.

S. Stierli (SP): Die Wahl in den Vorstand von «House of Winterthur» hat ja schon einigen Staub aufgewirbelt. Man konnte es lesen: Die Generalversammlung hat stattgefunden, man begann den Vorstand zu bestellen, zu bestimmen. Man konnte es lesen, es sollten insgesamt 16 Mitglieder sein. 14 Mitglieder sind bereits drin, 13 Männer und 1 Frau. Man konnte lesen, dass an dieser Generalversammlung jemand aufstand, Laura Bösiger, und ein mutiges Statement zu diesem Umstand gab. Sie ist aus den Musikfestwochen und sagte zu dem Umstand von 13 Männern und 1 Frau: «Es sch... (ich sage das Wort jetzt nicht) mich an, dass der Frauenanteil im Jahr 2017 immer noch ein Thema ist.» Ich muss sagen, von Seiten der SP finden wir, sie hat recht. Es ist ein absolutes No-Go, dass in einem so grossen Vorstand lediglich eine Frau ist und dass wir das heutzutage noch diskutieren müssen. Wir von der SP-Fraktion sind enttäuscht vom Stadtpräsident, und wir sind enttäuscht von den bürgerlichen Fraktionen hier drinnen. Vom Stadtpräsidenten deshalb, weil es seine Sache gewesen wäre aus unserer Sicht, dass er dafür sorgt, dass da mehr Frauen in diesem Vorstand sein. Ja, Ihr werdet gleich sagen, er wähle diese Leute ja nicht, er könne das nicht. Richtig, ich habe die Statuten vor mir und ich kann selber Statuten lesen, es ist klar. Zwei sind ex officio drin, C – G werden von den Organisationen bestimmt und H-J werden von den Generalversammlungen

gen bestimmt. Für diese Stimmen kann er nicht direkt wählen, aber wir sind uns alle einig: Der Stadtpräsident von Winterthur hat da eine starke Stimme. Wenn er auf diese Organisationen zugegangen wäre und gesagt hätte: «Hört mal, wir, der Stadtrat und die Politik, wir möchten, dass da Frauen kommen, wir sind auch die, die am meisten zahlen, wir fordern Euch auf, da Frauen zu bringen – auch vom Tourismus etc.», dann hätte das Gewicht gehabt und dann wären wir an einem anderen Ort und es hätte sicher mehr Frauen gehabt. Das ist, denke ich, nicht passiert. Darüber sind wir sehr enttäuscht und das geht nicht, da hätte er sich wirklich Mühe geben müssen.

Zweitens sind wir enttäuscht von den bürgerlichen Fraktionen. Es ist klar, nun haben wir so wenige Frauen drin, wir können heute noch zwei Mitglieder wählen. Wir hätten da erwartet, dass auch die Bürgerlichen unter diesen Voraussetzungen eine Frau bringen. Man kann sagen, es sei nicht die Aufgabe des Gemeinderates, das Versäumnis vom «House of Winterthur» wieder auszubügeln, aber ich glaube doch, das müssen wir. Wenn da wirklich bis jetzt nur eine Frau drin ist, wären wir wirklich gut dran, wenn wir heute zwei Frauen bringen würden. Die FDP brachte dann relativ rasch Stefan Feer – gut, sie konnten keine Frau bringen, weil sie keine Frau haben – aber die SVP zumindest hat Frauen in der Fraktion, auch die CVP. Sie hätten eine Frau aufstellen können heute Abend und man sah relativ schnell, dass Stefan Feer heute gewählt werden wird dank der Hilfe der GLP. Das finden wir schade, dass wir so nur noch eine Frau zusätzlich in diesen Vorstand bringen können, das finden wir schwach. Wir von der SP haben uns entschieden, als wir sahen, dass Stefan Feer ohnehin hineinkommt und wir mit Lilian Banholzer und Silvia Gygax schon zwei sehr gute Frauenkandidaturen haben, nicht auch noch mit einer dritten Frauenkandidatur kommen.

D. Oswald (SVP): Geschätzter Silvio Stierli. Ich habe Dir interessiert zugehört und bin schon erstaunt, wie Dich das Thema da beschäftigt und wie man da jetzt volle Kraft hineinsetzt und alles in Bewegung setzt, um einen ganz öffentlichen Pfeil gegen das «House of Winterthur» zu schießen. Ein paar Punkte, die ich aufnehmen möchte zur Aussage von Frau Böziger (ich kenne sie persönlich nicht): Soviel ich weiss, hat man sie angefragt, ob sie sich in der Abstimmungskampagne für das «House of Winterthur» einsetzen wolle, ob sie dafür ihren Kopf zur Verfügung stellen wolle. Sie hat das scheinbar dankend abgelehnt und wollte das nicht machen. Dann finde ich es wirklich deplatziert, wenn man dann solche Sprüche rauslässt, das passt dann schlussendlich schlichtweg nicht zusammen. Ich bin auch erstaunt über die absolute Haltung, die Ihr jetzt da vom Staat aus (also von der Stadt Winterthur aus) wieder an den Tag legt und allen vorschreibt, was sie zu tun haben. Wir sind da in einem Verbund mit privat organisierten Unternehmen, anderen Gemeinden usw. Es ist doch die Sache von diesen, schlussendlich die Leute zu bestellen, die in diesem Vorstand mitarbeiten. Ich halte es nicht für opportunistisch und nicht im Sinne der Sache und auch nicht im Sinne von Winterthur, wenn man da einfach ideologisches Parteiprogramm durchdrückt. Ich weiss schon, Ihr wollt 50:50 haben, die Hälfte Männer, die Hälfte Frauen, weil Ihr offenbar nicht an die Gleichberechtigung glaubt. Aber mit diesem Getöse macht Ihr nur eines: Winterthur schlecht, das «House of Winterthur» schlecht, mit dem macht Ihr Parteipolitik und sonst gar nichts. Und gegen das müssen wir uns wehren. Und ausgerechnet von Euch kommt es wieder, dass Ihr die Politik hineinbringt, obwohl Ihr gesagt habt bei der alten Organisation, dass Ihr dann nicht mehr wollt, dass die Politik so viel Einfluss hat und dass man da Politik macht. Es kommt eben darauf an, welche Politik. Ihr wollt nur, dass die Bürgerlichen keinen Einfluss mehr haben und Ihr wollt natürlich den vollen Einfluss haben. Das liegt eigentlich relativ transparent auf der Hand und jeder kann es sehen, der will und der nicht leichtgläubig durch die Gegend läuft. Und schlussendlich möchte ich noch sagen zu Stefan Feer: Es ist ja so, dass man zwei Organisationen hat, die man zusammenführt. In einer solchen Situation ist es wohl sehr hilfreich und wertvoll, wenn Leute dabei sind, die auch Erfahrung haben, von früher, und die das einbringen können. Ich glaube, wenn man etwas verändert, dann muss man das nicht an möglichst vielen Schrauben drehen sondern nur an denen, die wichtig sind. Auch das ist ein Argument, das dafür spricht, dass man die Leute, die schon drin sind vom Gemeinderat aus, unterstützt. Wir hätten ja von der SVP durchaus Anspruch auf Sitz in solchen Organisationen. Das möchte ich an dieser Stelle ganz klar zum Ausdruck bringen. Es sind verschiedene überregionale Organisationen, in die wir aus dem Gemeinderat Abordnungen entsenden, in denen

wir untervertreten sind, auch von der Fraktionsgrösse her, wo wir absolut einen Sitz zugute hätten. Aber es ist im Sinne der Sache, dass wir da endlich Ruhe hineinbringen, deshalb sagten wir, wir verzichten grosszügigerweise darauf. Nächstes Mal werden wir sicher nicht darauf verzichten, das möchte ich da ganz klar sagen, dass wir unseren Anspruch in Zukunft geltend machen werden. Aber wir von der SVP werden die beiden Kandidaten und Kandidaten von der FDP und GLP unterstützen, sie sind beide sehr kompetent und können auch Erfahrung aus der Privatwirtschaft mitbringen, was uns ein sehr grosses Anliegen ist. Es ist uns auch wichtig, der GLP die Chance zu geben zu beweisen, dass sie doch etwas wirtschaftsfreundlicher ist als wir manchmal denken, wenn sie kein Land mehr verkaufen möchte an Unternehmen, die nach Winterthur kommen möchten. Ich bitte die SP, mit dieser Polemik herunterzufahren, Ihr schadet nämlich primär Winterthur.

K. Cometta (GLP/PP): Auch wir von den Grünliberalen finden es nicht sehr zeitgemäss, wenn ein Vorstand von 14 bis jetzt gewählten Mitgliedern bisher mit 13 Männern besetzt ist. Wir haben auch intern diskutiert, ob wir als Gemeinderat nun zwei Frauen bringen müssten. Wir fanden Nein, wir müssen unsere Hausaufgaben machen – die anderen Hausaufgaben werden hoffentlich im Laufe der Zeit auch noch angepackt werden. Wie schon gesagt, wir unterstützen neben unserer Silvia Gygax auch Stefan Feer, auch wegen dem Anciennitätsprinzip. Es ist quasi ein Nachfolgeverein und eine Abwahl ist nicht sehr praxisgemäss. Die Unterstützung von Stefan dient auch der Kontinuität. Mit Silvia Gygax haben wir eine sehr kompetente Kandidatin, Daniel hat es bereits gesagt, sie hat Erfahrungen aus der Wirtschaft, aber sie hat auch viel Wissen über die Kultur von Winterthur, was ja beim «House of Winterthur» auch relevant ist. In dem Sinn danke ich Euch allen für die Unterstützung von Silvia.

Ch. Magnusson (FDP): Wir wurden als FDP angesprochen, deshalb erlaube ich mir, hier auch noch 2-3 Worte zu sagen. Und zwar insbesondere zur linken Ratsseite: Es ist schlichtweg so, dass Stefan Feer als einziger bisheriger Kandidat in dieses Gremium wieder hineingehört. Es ist allgemein üblich da im Gemeinderat, dass wenn während einer Amtsperiode eine Veränderung in einer Behörde oder so entsteht, dass die bisherigen Vertreter ihren Sitz behalten und dass diese Vertretungen weitergehen. Deshalb war es für uns von Anfang an klar, dass wir Stefan Feer da wieder aufstellen, ungeachtet seines Geschlechtes und v.a. aufgrund seiner fachlichen Qualifikation und seiner Erfahrung, die vorher bereits genannt wurde. Er ist der einzige hier drinnen, der in dieser Art von Gremium überhaupt schon Erfahrung mitbringt. Und diese Erfahrung, gerade bei einer solchen Neuaufsetzung, ist meiner Ansicht nach sehr viel wert. Und dann haben wir ja, durch das, dass wir zwei andere Kandidatinnen haben, automatisch die Vertretung, die immer gefordert wird: 1 Mann, 1 Frau. Auch die FDP wird sich an das halten und neben Stefan Feer eine Frau wählen. In unserem Sinn selbstverständlich diejenige, die uns politisch näher steht, das liegt wohl auf der Hand. Dass Frauenvertretung an sich überhaupt ein Thema ist, das verdanken wir wohl wirklich Laura Bösiger, denn sie hat das dort erwähnt. Ohne sie wäre das vielleicht nicht einmal ein Thema gewesen, denn am Schluss geht es in einem solchen Vorstand, wie man gehört hat, darum, dass die jeweiligen Mitgliedsorganisationen ihre Leute bringen – und das sind halt einfach die Leute, die sich engagieren, die in diesen jeweiligen Gremien in den entsprechenden Positionen sind. Ich möchte deshalb da auch darauf verzichten, ein Grundsatzstatement abzugeben oder grundsätzlich zu hinterfragen, was die Forderung nach zwei Frauen vom Gemeinderat her sei. Nur soviel: Wenn Sie grundsätzlich gegen einen Kandidaten sind, nur weil er ein Mann ist, dann verhalten Sie sich sexistisch. Also überlegen Sie sich da wirklich alle gut, ob Sie aus Prinzip und unter Missachtung der allgemeinen Gepflogenheiten einen Mann abwählen wollen und zwei Frauen auf Ihren Zettel schreiben wollen. In dem Sinne danke ich Ihnen für die Unterstützung unseres Kandidaten und wünsche eine gute Wahl.

S. Stierli (SP): Daniel Oswald, es geht heute nicht für oder gegen «House of Winterthur», ums Schrauben drehen und es geht auch nicht darum, wer dafür war und wer nicht. Das Volk hat gesprochen, diese Organisation steht. Es geht einzig darum, wie dieser Vorstand gebildet wird. Es sind auch Steuergelder, es sind viele Gelder dort, es ist eine wichtige Aufgabe, wie dieser Vorstand gestaltet wird. Dass Du da diese Laura Bösiger öffentlich kritisierst, da möch-

te ich mich verwahren: Nicht Anwesende zu kritisieren, das hat sie wohl nicht verdient. Im Übrigen war sie ja positiv eingestellt gegenüber dem «House of Winterthur». Das ist aber auch nicht das Thema, es geht nicht um sie. Es geht alleine darum, wie viele Frauen oder wie viele Männer in diesem Vorstand sein sollen. Wie gesagt, es ist müssig und es ist schade, dass wir heute diese Diskussion führen müssen. In der heutigen Zeit sollte das nicht mehr nötig sein. Aber bei 13:1 müssen wir halt leider diese Diskussion führen. Wir hätten das auch so gemerkt, auch wenn es nicht im Landboten gestanden wäre. Es ist ja klar. Gut, Stadtpräsident Künzle hat uns nie informiert, er ist auch nach den Wahlen nicht auf uns Fraktionen zugekommen und sagte, man müsse noch etwas schauen. Alle diese Informationen, wer im Vorstand ist, mussten wir ja in der Zeitung lesen. Aber nun haben wir halt einen «Notfall» heute. Wir haben einen Notfall, indem wir das 13:1 anschauen und korrigieren müssen. Es geht auch nicht um Stefan Feer. Er war in diesem anderen Vorstand drin und das hat wirklich nichts zu tun mit dem jetzigen Gebilde. Das ist eine Neuorganisation, das ist eine neue Generalversammlung, ein neuer Vorstand. Da kann man eigentlich wählen, wen man will. Es geht auch nicht um ihn, aber von diesen 16 Leuten ist bereits viel Know-how in diesem Vorstand und ich glaube, jeder, der schon einmal in einem Vorstand war, kann das dort auch machen. Deshalb dürfen wirklich auch Frauenfragen heute diskutiert werden. Wenn die SVP heute eine Frau gebracht hätte, hätten wir sie sicher unterstützt, weil die SVP hätte ja von der Grösse her auch Anspruch darauf, in diesem Vorstand vertreten zu sein.

B. Huizinga (EVP/BDP): Noch ein paar kurze Worte zu unserer Kandidatur, wieso wir entschieden haben, dass die EVP in diesem Vorstand vertreten sein sollte. Nicht nur, weil wir eine äusserst geeignete Frau zur Verfügung haben, sondern auch, weil die EVP weder eine klassische Wirtschaftspartei noch Kulturpartei ist, es aber ein sehr grosses Anliegen ist, dort mitzuwirken und eine ausgleichende Stimme ist. Deshalb wäre es vonnöten, dass jetzt eine EVP-Kandidatin hereinkäme und so eine legitime Vertreterin von breiten Kreisen der Winterthurer Bevölkerung drin wäre. Zudem geht es wirklich auch um die Person Lilian Banholzer. Sie hat inzwischen 9 Jahre Ratserfahrung, ist seit 3 Jahren Fraktionspräsidentin und hat 8 Jahre aktiv in der BBK mitgearbeitet. Wir sind der Meinung, dass sie das absolut beste fachliche Know-how hätte, um da mitzuarbeiten. Wir sind gespannt, ob es nun zwei Frauen werden oder ein Mann und eine Frau.

Ratspräsident F. Landolt: Besten Dank. Die Voten haben sich erschöpft, wir kommen zur Wahl. Ich bitte, die Wahlzettel zu verteilen.

Ich komme zum Resultat dieser Wahl.

Anwesende Ratsmitglieder: 53

Ausgeteilte Stimmzettel: 53

Abgegebene Stimmzettel: 53

Minus leere oder ungültige Stimmzettel: 0

Massgebende einfache Stimmenzahl: 53

Durch zwei, nächsthöhere Zahl = absolutes Mehr: 27

Gewählt sind mit je 32 Stimmen Silvia Gyga und Stefan Feer.

Lilian Banholzer erhielt 25 Stimmen und vereinzelt bekamen 1 Stimme.

Ich gratuliere den gewählten Silvia Gyga und Stefan Feer zur Wahl in den Vorstand vom «House of Winterthur».

11. Traktandum

GGR-Nr. 2017.33: Kredit von Fr. 4'643'800 für die Erweiterung der Schulanlage Laubegg im Quartier Dätttau (Projekt-Nr. 12080)

Ratspräsident F. Landolt: Anstelle des abwesenden Michael Bänninger stellt Christa Meier das Geschäft vor. Es ist ohne Beratung vorgesehen.

Ch. Meier (SP): Ich freue mich, dass ich anstelle von Michael Bänninger heute das Geschäft 2017.33 vorstellen darf. Es geht um einen Kreditantrag von 4.6438 Mio. für eine Erweiterung der Schulanlage Laubegg im Quartier Dätttau.

Im Quartier Dätttau rechnet man damit, dass in den nächsten Jahren bis zu 14 Primarschulklassen untergebracht werden müssen. Im Hauptbau des Schulhauses Laubegg sind zurzeit 8 Primarschulklassen untergebracht und im Provisorium, das zurzeit noch steht, hat es Platz für weitere 4 Klassen. Der Handlungsbedarf für die Erweiterung des Schulraumes im Dätttau ist aufgrund der steigenden Zahlen an Schülerinnen und Schülern und aufgrund des Abbruchs des Provisoriums ausgewiesen. In dieser Schulraumprognose ist die Wohnüberbauung auf dem Ziegelei-Areal bereits berücksichtigt, dort geht man davon aus, dass ca. 200 Wohnungen entstehen werden.

Im Rahmen der Machbarkeitsstudie wurde u.a. ein Winkelanbau für die weitere Diskussion ausgewählt. Das ist der Teil, den Sie rot sehen auf dem Plan. In der weiteren Entscheidungsfindung waren die Schule, der Quartierverein und der Elternrat involviert. Im Vorprojekt schlugen die Architekten dann vor, dass es eine Anpassung von drei gewählten Varianten geben soll. Man einigte sich darauf, dass man am bestehenden Bau an der Längsseite drei «Ansatzteile» bauen sollte. Die Vorteile dieser Variante sind, dass es weniger Aussenraum beansprucht, dass man keine neuen Verkehrsflächen braucht und dass die Verbindungswege innerhalb des Schulhauses kürzer sind, was für den Betrieb von Vorteil ist. Der Anbau erstreckt sich über drei Geschosse. Im Sockelgeschoss sind das Büro der Schulleitung, ein Handarbeitszimmer und ein Blockzeitenraum untergebracht. Im Erdgeschoss wird ein Lehrerzimmer entstehen sowie zwei Klassenzimmer mit dazugehörigen Gruppenräumen. Im Obergeschoss gibt es drei Klassenzimmer, jeweils auch mit den dazugehörigen Gruppenräumen. Von aussen sieht das folgendermassen aus: Die drei Anbauteile orientieren sich an der bestehenden Fassade und es entsteht eine Linie, wie man sie jetzt eigentlich auch schon kennt.

Mit dem Entfernen vom Container-Provisorium wird zusätzliche Aussenraumfläche frei. Davon hätte man nicht profitieren können, wenn eine andere Variante für den Zusatzbau oder Anbau gewählt worden wäre.

Ein Überblick über die Kosten: Bei den Entstehungskosten geht man von knapp 5.2 Mio. aus. Dazu kommt eine Stadtratsreserve von Fr. 220'000, was einen Gesamtaufwand von knapp 5.5 Mio. ausmacht. Bereits bewilligt ist der Stadtratskredit vom 24. August 2016 von Fr. 160'000 sowie ein B-Kredit für die Projektierung von Fr. 300'000, den wir mit dem letzten Budget bewilligt haben. Das macht einen Gesamtkredit von knapp 5 Mio. Davon sind aber Fr. 352'700 gebundene Kosten (u.a. wegen Vorgaben für das Behindertengleichstellungsgesetz und der Rückbau des Provisoriums, das nur für 8 Jahre bewilligt ist).

Ein kurzer Überblick über die Termine: Der Stadtrat hat die Weisung am 15. März an den Gemeinderat übergeben. Es ist nun nicht mehr Juni sondern Juli, wenn der Gemeinderat den Kredit heute bewilligt. Damit wäre die Baueingabe im Herbst möglich, ein Baubeginn im nächsten Sommer und man geht von einem Jahr Bauzeit aus, d.h. auf Anfang des Schuljahres 2019/2020 sollte das Schulhaus in neuer Form dann in Betrieb genommen werden können.

Die BBK hat dem Geschäft einstimmig mit 9:0 zugestimmt und ich bitte Sie, sich dem heute anzuschliessen.

Ratspräsident F. Landolt: Es gibt keine Wortmeldungen, eigentlich ist das Geschäft ohne Beratung vorgesehen. Wünscht der noch zuständige Stadtrat Stefan Fritschi das Wort?

Stadtrat St. Fritschi: Eigentlich halte ich es auch kurz. Ich danke vielmals für die Unterstützung und sage nur: Das Quartier Dätttau ist hocheifrig, wenn Sie dem zustimmen. Ich glaube, es ist eine gute Lösung, eine sinnvolle Lösung, mit der man sehr kosteneffizient viel Fläche bekommt und die Nebengeräusche auf ein Minimum beschränken kann. So wie Christa Meier es vorgestellt hat, kann ich nichts mehr hinzufügen.

Ratspräsident F. Landolt: Es gibt keinen Ablehnungsantrag. **Damit haben Sie dem Kredit von Fr. 4.6438 Mio. für die Erweiterung der Schulanlage Laubegg im Quartier Dätttau zugestimmt.**

12. Traktandum

GGR-Nr. 2016.129: Kenntnisnahme des Schlussberichts zum Projekt «Fokus», Zusammenführung der Verwaltung im Gebäudekomplex Superblock auf dem Sulzerareal Stadtmitte

Ch. Griesser (Grüne/AL): Nochmals zur Kenntnisnahme. Für die, die die Weisung nicht vor sich haben: Der Antrag, das Geschäft, lautet nur auf «Kenntnisnahme», nicht auf mehr und nicht auf weniger. Wir müssen nichts ablehnen, wir müssen nicht zustimmen. Das ist die Ausgangslage.

Das Ziel war, die Verwaltung zu zentralisieren und gleichzeitig pro Jahr eine Entlastung von 3 Mio. zu realisieren.

Wir haben da die wesentlichen Punkte aus der Volksabstimmung betreffend Mietvertrag, Mietkosten (da habe ich nachher noch eine separate Folie). Die Beschaffung der Möblierung ging so vor sich, dass man am Schluss, statt neue Möbel zu kaufen, Occasionsmöbel gemietet hat. Bei den einmaligen Investitionen, die sämtliche Honorare, Umzugskosten usw. enthalten haben, ist zu berücksichtigen, dass der Gesamtaufwand für die Planung durch Sicherheitsbelange, Mieterausbauten, Schliesssysteme, aber eben auch der Entscheid, Occasionsmöbel zu beschaffen statt neue zu kaufen, wesentlich höher war, als dass man einmal gemeint hat. Der Grund dafür ist relativ einfach: Das Projekt ist nun einmal einfach komplexer als man angenommen hat.

Man muss vielleicht hier gleich erwähnen, dass bei den Mieterausbauten, d.h. dort, wo die Stadt Mieterin war, hat man schlichtweg vergessen, dass man den ursprünglichen Zustand zurückbauen muss und dass dort noch Kosten anfallen. Weiter gab es da auch keine Reserven, das führte insgesamt zu Mehrkosten (Fr. 866'000).

Zur Vermietung der freigewordenen Liegenschaften habe ich später auch eine separate Folie. Man sieht nochmals den Auftrag, den man gehabt hätte, eben im Bereich 3 Mio. pro Jahr. Die Mietkosten sind jetzt rund 5% höher als man einmal geplant hatte. Der Grund ist einfach: Es gab zusätzliche Wünsche durch die Stadt. Man hat z.B. Besprechungsköjen eingebaut, man hat einen separaten Eingang bei den sozialen Diensten. Es wurde aber auch auf gewisse Sachen verzichtet, z.B. ist die Beleuchtung im Stadtratssaal klar günstiger gekommen, die Zutrittskontrolle, die Teeküchen, die erwähnten Liquidationsmöbel – das hat sich alles positiv ausgewirkt. Zum zugemieteten Lager muss man erwähnen, dass die Digitalisierung der Akten wesentlich zeit- und kostenaufwändiger ist als angenommen. Teilweise ist man überhaupt noch nicht so weit mit der Digitalisierung und teilweise wird man auch vollständig darauf verzichten.

Wir haben da aufgelistet die gesamten Kosten des Superblocks. Wir sehen, das Ziel wäre bei 9.6 Mio. gewesen, man ist im Jahr 1 plus 4 aber klar teurer und im Bereich der Jahre 2011 – 2020 sind wir noch nicht dort unten, wo wir eigentlich einmal gedacht haben.

Bei den freigewordenen Liegenschaften (das sind insgesamt 26), ist es so, dass der Mietertrag wesentlich höher ist als gedacht. Da hat der Bereich Immobilien sicher sehr gute Arbeit geleistet. Eine Liegenschaft (St. Georgen-Strasse 28) wurde verkauft. Und wie bereits erwähnt, gingen die Rückbaukosten bei der Planung unter.

Das wäre die gesamte Aufstellung über die Zentralisierungskosten. Wir sehen auch da: Wir sind im Jahr 1-4 darüber, ab dem Jahr 5 ist es eigentlich in dem Bereich, wie man sich das vorgestellt hatte.

Da sehen wir nochmals das gesamte Einsparpotential der Zentralisierung, auch das ist etwa ähnlich: Jahr 1-4 ist man noch etwas vom Geplanten weg, und ab dem Jahr 5 kommt es gut. Zusammenfassend heisst das: Wir haben höhere Mietkosten, weil wir mehr bestellt haben.

Wir hatten höhere Investitionskosten, weil die Planung aufwändiger war und die Rückbaukosten vergessen gingen. Wir gaben aufgrund der Occasionsmöbel wesentlich weniger aus und wir haben wesentlich höhere Mieterträge bei den freigewordenen Liegenschaften. Das wäre die Präsentation zum Geschäft 2016.129.

Die Fraktionsmeinung bringe ich später.

M. Wenger (FDP): Die FDP nimmt den Schlussbericht Fokus mit einem guten Gefühl im Bauch zur Kenntnis. Bei dieser Grösse und Bedeutung sage ich gerne etwas mehr dazu. Das neue Hauptgebäude der Stadtverwaltung liegt zentral, ist für alle Stadtbewohner leicht erreichbar und ist ein passendes Repräsentationsgebäude für eine moderne, aufstrebende Stadt wie Winterthur. Es war richtig, dass sich in der Vergangenheit der Gemeinderat gegen die Standorte Archhöfe und Grüze entschieden hat und für die Pionierstrasse. Es macht Sinn: Von 26 auf 1 Standort. Das hat beim Entscheid zur Zentralisierung im Superblock schon eingeleuchtet, und es hat sich bestätigt. Ca. 800 städtische Mitarbeiter arbeiten zentral an einem Ort. Das hat das Zusammengehörigkeitsgefühl verstärkt, Hemmschwellen abgebaut und auch die Sitzungswege zwischen den Departementen verkürzt. Mann und Frau trifft sich in der Begegnungszone oder im öffentlichen Restaurant.

Der Superblock gefällt der Bevölkerung und den Mitarbeitenden. Mit dem Tag der offenen Tür ist der Superblock von Anfang an bei der Bevölkerung sehr gut angekommen. Die Reaktionen der Mitarbeitenden sind von anfänglicher Skepsis je länger je besser geworden. Die Vorzüge des neuen Standortes werden geschätzt. Die messbaren Ziele glatt erreicht.

Die finanziellen Ziele werden wohl erreicht werden. Bei optimaler Projektorganisation hätte man da wohl einige bessere Resultate erreichen können. Geholfen hat z.B. die externe Vergabe von Reinigung und Hauswartung, die grössere Einsparungen gebracht hat und somit einen Teil der Kostenüberschreitungen bei den Kernobjekten kompensiert hat.

Der Superblock in der Zeitachse betrachtet kann man aufteilen. Teil 1 lief nicht so, wie er hätte sollen, bis man die Notbremse gezogen und danach die Projektorganisation umgestellt hat. Das hat dann nachher Phase 2 massiv verbessert und die entsprechenden Leute haben dort wirklich eine gute Arbeit gemacht. Im Rückblick ist alles einfacher. Im Rückblick nicht optimal waren falsche Vorstellungen vom Projektaufwand, vom eigenen Beitrag, den die Stadt leisten muss. Der Gedanke «Man mietet, dann ist alles ein bisschen einfacher» - das war es nicht. Und am Anfang die mangelhafte Projektorganisation. Den Bedarf an Anforderungen für Lagerräumlichkeiten hat man offensichtlich auch zu wenig gut abgeklärt, so dass man nun trotz Zentralisierung noch ein externes Lager zumieten muss. Als besonders lobenswert möchten wir die rasche und gute Bewirtschaftung und Weitervermietung der 26 freigewordenen Liegenschaften hervorheben, die Kosteneffizienz bei der Beschaffung von guten Occasionsmöbeln auf dem Markt – da speziellen Dank für den guten Tipp von Jan Schoch, der da gute Hinweise gab.

Nicht im Bericht erwähnt, aber mir persönlich gefallen immer noch die Aufenthaltsräume und Begegnungszonen. Da hat man mit individuellem Engagement und Kreativität etwas sehr Lässiges gemacht, mit wenig Geld hat man da so richtig viel herausgeholt. Insgesamt sind wir mit dem Schlussbericht zufrieden, denn das Resultat gefällt. In dem Sinn ein herzliches Dankeschön an alle Beteiligten und die Erwartung, dass die in diesem Projekt gemachten Lehren und Erkenntnisse (Stichwort: Projektorganisation) bei ähnlichen Projekten wieder eingebracht werden.

D. Oswald (SVP): Wir von der SVP danken dem Stadtrat für den Schlussbericht zum Projekt Fokus. Der Bericht ist sehr gut aufgebaut und die Fakten werden sauber und transparent dargestellt. Es wurde schon vieles gesagt, in der Schlussphase wurde auch vieles sehr gut gemacht. Aber der gute Bericht macht das Projekt selber natürlich nicht besser und schon gar nicht wirklich gut. Das Projekt Fokus wurde immer mit Effizienzsteigerung begründet. Wir von der SVP haben diese immer als zu tief angeschaut, aber es wurde uns während der Beratung und dem Abstimmungskampf immer versichert, dass man bestrebt sei, den Effizienzgewinn noch weiter zu erhöhen. Und wenn wir jetzt natürlich lesen, dass man 2'680m² mehr zugemietet hat als es ursprünglich geplant war, frage ich mich, wie ernst die Aussagen waren, die man uns gegenüber gemacht hat. Im Landboten war ein Bericht, worin geschrieben stand, dass rund 960 m² leer stehen. Was ist denn da passiert? Es sind Kreisschulpflegen nicht in den Superblock gezogen. Ich persönlich und wohl auch meine Fraktionskollegen finden es gut, wenn diese in den Stadtkreisen bleiben. Wir sind gegenüber Zentralisierungen immer kritisch. Aber an dieser Stelle müssen wir einfach wirklich Kritik an der Anfangsplanung dieses Projektes anbringen. Und zwar geht das explizit nicht an den aktuellen Stadtrat. Der Mietvertrag wurde am 2. September 2011 unterzeichnet worden, unter der Verantwortung

des Vorgänger-Stadtrates unter Stadtpräsident Ernst Wohlwend. Es ist aus unserer Sicht einfach unprofessionell, wenn man einen Mietvertrag abschliesst, zumal noch für diese lange Mietdauer, ohne dass man wirklich geklärt hat, welche Organisationen dann dort auch hineinziehen und wie viel Platz es braucht. Daraus stellen sich auch die Fragen nach dem resultierenden finanziellen Schaden, für die Stadt Winterthur, für die Gebührenzahler und Steuerzahler. Nimmt man die Zahlen aus dem Artikel des Landboten, wo ein m²-Preis von 348 Fr. aufgeführt ist, ergibt sich über die 20jährige Mietdauer ca. Fr. 6.7 Mio., die wir zu viel ausgeben. Wenn man den Schlussbericht des Stadtrates nimmt mit dem m²-Preis von 205 Fr., dann sind wir bei Fr. 3.9 Mio. Ich glaube, da gibt es unterschiedliche Interpretationen zum Mietpreis, ich würde eher Richtung oben gehen. Die 348 Fr. pro m² sind auch nicht ganz richtig, die sind etwas zu hoch. Die 205 Fr. vom Stadtrat sind auch nicht richtig, die sind zu tief. Ein Mietausbau kostet pro m² auch ca. 127 Fr., dann komme ich auf einen m²-Preis von 332 Fr. Dann sind wir nicht bei 6.7 sondern bei Fr. 6.4 Mio. Es nützt jetzt nichts, wenn man das noch weiter ausrechnet, es fehlt einfach wieder Geld, das man sonst irgendwo hereinholen muss. Wir danken aber wirklich dem Stadtrat, dass er mit diesem Schlussbericht Transparenz geschaffen hat, was wirklich Sache ist. Aber wie ich eingangs schon erwähnt habe: Der Schlussbericht macht das Projekt Fokus nicht besser. Das Effizienzpotential ist mit Fr. 600'000 aufgeführt. Für ein Projekt, bei dem 850 Mitarbeitende aus 26 Standorten zusammengeführt werden, ist das einfach zu wenig. Wir sagten schon bei der Abstimmung, und ich kam beim erneuten Durchschauen zum gleichen Schluss, ca. 5 Mio. müssten drin liegen, das wären rund 2 Steuerprozente. Da müssen wir noch weiter dranbleiben. Es ist sicher richtig, wie es mein Vorredner ausgeführt hat, dass die alternativen Projekte von Grüze und Archhöfe nicht so ideal gewesen wären. Das ist so. Wir sind an einer zentralen Lage, das ist sicher ein Vorteil. Aber es gibt noch etwas zu sagen: Es hätte noch weitere Alternativen gegeben. Ein in Winterthur ansässiger Immobilienbesitzer machte der Stadt den Vorschlag, dass er der Stadt eine Immobilie zur Verfügung stellen würde, die auch zentral gelegen ist, nicht weit vom Superblock weg. Er hätte den Ertrag aus den Mieteinnahmen vollumfänglich der Winterthurer Kultur zur Verfügung gestellt. Das waren sicher 1-2 Steuerprozente, wenn nicht mehr, die man dort verschenkt hat. Auch das ist unter dem Vorgänger von Mike Künzle, unter Ernst Wohlwend, passiert. Ja, wenn das Projekt nur halb so gut wäre wie der Schlussbericht, wäre es schon wesentlich besser.

I. Kuster (CVP/EDU): Auch wir von der CVP/EDU-Fraktion danken dem Stadtrat für die ausführliche Berichterstattung und für das Resultat dieses gigantischen Unternehmen Superblock. Wir danken dem Stadtrat, der sehr wohl die Stadt, in diesem Fall die Stadtverwaltung, bewegt. Die Stadt steht auch mit einer bürgerlichen Mehrheit im Stadtrat nicht still, so wie die SP uns das gebetsmühlenartig immer wieder zu suggerieren versucht. Ich erlaube mir einen kleinen Exkurs, zwei Gedanken zum Thema Stillstand. Erstens: Wer immer mit neuen Debakel wie geerbten Schulden, Stadtwerk, die Situation bei den Pensionskassen etc. konfrontiert wird und daneben noch einen solch gigantischen Umzug planen und durchführen muss, muss viel Zeit für diese Dinge aufwenden. Zeit, die dann für andere Dinge fehlt. Zweitens: Winterthur hat ein hohes Niveau. Ein hohes Niveau an Lebensqualität, an Kultur und Bildung erreicht. Und deshalb sind wir 2017 bereits zum 2. Mal im Bilanz-Städteranking auf dem 3. Platz. Und auf diesem Platz bleibe ich gerne auch in Zukunft stehen. Aber zurück zum Fokus: Nur dank dem beherzten Einsatz und Engagement des Stadtrates konnten die Fehleinschätzungen und Unterlassungen der Vorankündigungen korrigiert und damit ein Eskalieren der Kosten verhindert werden. So konnten mindestens die tiefsten der im Abstimmungskampf versprochenen Einsparungen erreicht werden und leider nicht die höheren erwarteten Beiträge. Diese können wir allenfalls in 10 Jahren erreichen und das auch nur, wenn das Effizienzpotential von der Reorganisation von Fr. 600'000 realisiert wird. Es zeigt sich, wie bereits vorher schon mehrmals erwähnt, so grosse Projekte bedürfen einer sehr genauen Planung. Ich gehe schon davon aus, dass der Stadtrat das bei zukünftigen Projekten besser macht, spricht besser plant, und die gemachten Erfahrungen stärker berücksichtigt. Es freut uns auch zu hören, dass der Umzug positive Auswirkungen auf die Zusammenarbeit und die kürzeren Wege für Sitzungen hat. Und die Kantine, neben dem angeblich

guten Essen, Möglichkeiten für informelle Treffen und Gespräche bietet. Für uns ungelöst bzw. noch nicht optimal gelöst ist die Nutzung des Semper-Stadthaus. Das traditionsreiche, imposante Gebäude müsste stärker für ein breites Publikum zugänglich gemacht werden. Insbesondere aufgrund der Nachbarschaft zum Kunstmuseum regen wir an, dass doch noch verstärkter geprüft wird, ob das Semper-Stadthaus nicht vermehrt als Musik- und Kultur-Haus genutzt werden kann. Nachdem wir jetzt «House of Winterthur» haben, wäre es doch schön, wenn wir ein Winterthurer «House of music and arts» oder lieber «Haus der Künste» hätten. Wir nehmen dankend vom Schlussbericht Kenntnis.

B. Huizinga (EVP/BDP): Ein Projekt wie Fokus, in dieser Grösse und Komplexität, ist ein Projekt, das nie reibungslos laufen kann. Das war auch bei Fokus der Fall. In der AK wurde der Schlussbericht vorgestellt und dort wurde deutlich, dass es auch Bereiche gab, in denen man hinter den Erwartungen zurückblieb. Unter dem Strich ist das Projekt aber ein Erfolg und übertrifft die Erwartungen. Wir danken allen involvierten Personen, die das möglich machten. Die Nähe der Abteilungen zueinander ist ein grosser Pluspunkt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Winterthur. Aber nicht nur für sie, auch für die Bevölkerung hat sich der Aufwand gelohnt. Es gibt jetzt eine Anlaufstelle, relativ zentral in der Stadt und gut erschlossen, bei der die Bevölkerung bis auf wenige Ausnahmen alle Behördengänge erledigen kann. Also alles in allem ist es auch in den finanziellen Auswirkungen positiv. Fokus ist ein Gewinn für die Verwaltung und die Bewohnerinnen und Bewohner von Winterthur.

A. Steiner (GLP/PP): Das Projekt Fokus hat dem Stadtrat und der Verwaltung definitiv Vieles abverlangt. Viele Angestellte mussten sich mental auf etwas Neues einstellen, das ist nicht allen gleich leichtgefallen, aber letztendlich ist es wichtig, dass man diese Dinge positiv angeht. Das Projekt wurde am Anfang massiv unterschätzt. Es wurde bereits gesagt: Man hatte die Projektorganisation ungenügend aufgezo-gen, man hatte am Anfang noch keine Vorstellungen davon, was das Ganze dann auch bedeuten soll. Der Gemeinderat hatte zum Glück früh erkannt, dass es damals nicht gut gelaufen ist. Er begann entsprechend Druck zu machen, damit am Schluss dann wirklich die Versprechungen, die man dem Volk gegenüber gemacht hatte als Begründung, in diesen Fokus zu ziehen, dann auch eingelöst werden. Dieser Druck hat dann auch ausgelöst, dass die Projektorganisation massiv professionalisiert worden ist. Trotzdem gab es viele Hau-ruck-Übungen, trotzdem gibt es jetzt noch Mängel drin, die man z.T. noch ausmerzen kann, z.T. nicht – selbstverständlich gibt es das immer, aber es hat jetzt Sachen, die definitiv auch vermieden werden hätten können. Es gab auch viele Inputs von Seiten Verwaltung, die leider ungehört verhallten. Man sagte z.B. klar im Voraus, dass man darauf achten soll, dass es genügend Sitzungszimmer hat, in denen auch Kommissionssitzungen stattfinden können. Das ist jetzt nicht der Fall, es ist im Moment ein bisschen eine Improvisiererei und man muss jeweils schauen, wo was frei ist und wo können jetzt die anderen.... Solche Sachen hätte man von Anfang an einplanen können. Auch würde früh eingegeben, dass der Veloraum unten nicht benützt werden wird, sondern dass alle Besucher-Veloparkplätze von Leuten, die in der Verwaltung arbeiten, belegt werden - auch das wurde leider nicht aufgenommen in der ganzen Projektorganisation. Dies nur zwei Musterchen.

Iris Kuster tönte es bereits an: Was auch nicht gemacht wurde, ist die Planung, was denn am Schluss mit unserem Semper-Stadthaus passieren soll. Das ist im Moment eine Bastelarbeit, die dort stattfindet. Man baute Glaswände ein, damit die Friedensrichterinnen hineinziehen können und man stellte Büroräumlichkeiten zur Verfügung, die im Moment so auch nicht ideal sind. Zum Glück schob die Denkmalpflege dort einen Riegel und verlangte ein Gesamtkonzept. Das ist offensichtlich auf dem Weg und ich hoffe, dass der Gemeinderat dann möglichst bald dort auch einbezogen wird, was dort weiter passieren soll.

Von Seiten Verwaltung hört man mehrheitlich sehr positive Feedbacks. Wir hoffen natürlich, wie es auch schon gesagt wurde, dass die Nähe, die die einzelnen Abteilungen nun haben, auch genutzt wird. Einerseits für qualitativ bessere Arbeit, indem man Synergien nutzen kann, andererseits auch, dass man gewisse Bereiche auch effizienter gestalten kann. Es wurde schon gesagt: Dort haben wir noch Potential, damit effektiv auch finanziell noch ein bisschen ein grösserer Nutzen heraus-schauen kann. Zum Glück, kann man sagen, haben wir Mehrere-

träge bei den freigewordenen Liegenschaften. Man kann sagen, man ist mit einem blauen Auge davongekommen. Selbstverständlich hätten wir gerne ein bisschen mehr gehabt. Aus unserer Sicht wichtig ist ganz sicher, dass man die Lehren aus diesem Projekt zieht. Wir anerkennen, dass es ein riesiges Projekt war und dass es nicht einfach war, und wichtig ist, dass man aber, wenn man nächste Projekte angeht, von Anfang an richtig daran herangeht. Wir wünschen der Verwaltung weiterhin alles Gute am neuen Ort (es ist schon bald nicht mehr neu), sie sollen auch wirklich die Chance nutzen, die der Ort gibt, und wünschen dabei alles Gute.

R. Kappeler (SP): Auch die Fraktion der SP dankt dem Stadtrat für den guten, transparenten Bericht. Meinen Einleitungssatz kann ich fast gleichlautend übernehmen von Dani Oswald. Auch ich finde, dieser Bericht sehr gut dokumentiert, sehr transparent und gut lesbar. Die politische Würdigung des ganzen Projektes sieht dann aber doch etwas anders aus als bei Dani.

Auch uns sind Effizienzgewinne nicht einfach egal, wir finden aber, mit den gezeigten Zahlen ist man auf einem guten, auf einem akzeptablen Weg. Man ist sicher noch nicht ganz am Ziel, aber man ist auf dem besten Weg dazu. Ich möchte etwas anderes betonen, das bisher gar nicht genannt wurde. Und weil ich selber erst 2 Jahre nach der Abstimmung in den Rat kam, kann ich keine Interna bringen, sondern ich habe die Abstimmungszeitung nochmals hervorgeholt. Da sieht man dann doch, dass das ganze Projekt Fokus unter der Leitung und auch mit der Vision von Ernst Wohlwend eben auch ein Stadtentwicklungsprojekt war. Ich zitiere ein paar Stellen: «Der Superblock erfüllt langfristig die Ansprüche der Bevölkerung und der Mitarbeitenden an eine zeitgemässe und effiziente Verwaltung.» Es geht also nicht nur um den Gewinn, sondern auch um die Bevölkerung. Es geht nicht um den Steuerfranken, sondern um den Steuerzahler. «Der Superblock ist ein wichtiger und konsequenter Schritt in eine noch stärker dienstleistungsorientierte Stadtverwaltung.» Das ist unseres Erachtens auch erreicht worden oder ist auf gutem Weg. «Der Superblock soll eine zentrale Anlaufstelle sein, ein modernes Zentrum, und er unterstützt ein effizientes, vernetztes Arbeiten.» Dann aber auch der andere Aspekt: «Durch den Superblock zeigt die Stadt einen selbstbewussten Auftritt mit positiver Ausstrahlungskraft.», «Durch die freiwerdenden übrigen Verwaltungsstandorte führen insgesamt zu einer Aufwertung des Stadtzentrums.» Und da müssen wir ganz klar sagen, diese Vision ist auf dem besten Weg, erreicht zu werden. Wenn wir uns durchaus noch dem Wunsch von Iris Kuster anschliessen, dass das alte Stadthaus auch noch mehr in diese Richtung genutzt werden soll, dann haben wir diesen Stadtentwicklungsaspekt wirklich zur vollen Zufriedenheit erfüllt.

Das Kosten- und Effizienzergbnis ist für uns zufriedenstellend. Die Miete ist tatsächlich höher, auch da sind wir politisch nicht gleicher Meinung. Wir finden, die Kreisschulpflegen drückten sich davor und nun müssen wir ausbaden, dass wir z.T. noch unvermietete Flächen haben. Es hat eine Position drin (Synergieeffekte Effizienzgewinn), die man nie auf Franken und Rappen belegen können wird, was da herauschaut. Ich glaube aber, im Sinn von näher zum Bürger, näher zum Steuerzahler, bessere Dienstleistung haben wir da einiges gewonnen. Die Personalzufriedenheit darf man unseres Erachtens nicht ausser Acht lassen. Wir haben nach beträchtlichen Anfangswirren auch den Eindruck, mehrheitlich sind die Mitarbeitenden zufrieden, aber wir regen doch an, dass gelegentlich wieder genauer untersucht oder hinterfragt wird, ob das wirklich so erfüllt wird.

Dem Stadtrat, der Projektleitung und dem ganzen Personal danken wir für die grosse Flexibilität, die sie gezeigt haben, wenn Schwierigkeiten aufgetaucht sind, wenn man Sachen kurzfristig anders entscheiden musste. Ich glaube, insgesamt wurde bei der ganzen Projektarbeit von allen Beteiligten, vom ganzen Personal, gut gearbeitet. Der Abteilung Immobilien danken wir ganz herzlich, diese haben wirklich einen super Job gemacht und dank ihnen geht nun auch das Gesamtergebnis auf, denn aus den Vermietungen der alten Liegenschaften wurde ein sehr gutes Resultat erzielt. Lesson learned? fragt sich. Für ein neues Projekt in ähnlicher Grössenordnung braucht es wahrscheinlich noch ein bisschen bessere Planung, aber von Anfang an auch mehr Ressourcen, die mindestens reservemässig zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt nehmen wir den Bericht positiv zur Kenntnis. Wir glauben aber auch, dass das ganze Projekt Fokus positiv auf die Stadt gewirkt hat und wirken wird.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL war für das Projekt Fokus, wir können mit dem Resultat zufrieden sein. Es ist bei derartigen Projekten immer so, dass nicht 100% der geplanten Einsparungen dann wirklich realisiert werden können. Für die Bevölkerung ist es positiv, wenn praktisch die ganze Verwaltung an einem Ort ist. Ob die Arbeitsplätze wirklich so gut sind, wie das immer wieder dargestellt wird, bezweifle ich ein wenig. Es gibt doch in letzter Zeit vermehrt kritische Berichte zum Thema Grossraumbüro. Als Fokus-Kritiker bin ich nach wie vor der Meinung, dass die Stadt aus Gründen der Unabhängigkeit Eigentümerin vom wichtigsten Verwaltungsgebäude sein sollte und ich verstehe auch nicht, dass man die Büromöbel mietet statt kauft, egal ob sie Occasion oder neu sind. Positiv sind die laufenden Anpassungen während des Projektes, sonst wären die Kosten sicher noch höher gekommen. Die Lehren aus dem ganzen Projekt sind schon fast ein Allgemeinplatz: Es war komplexer, als man gedacht hatte. Es braucht vermutlich einfach mehr personelle Ressourcen, sonst hat man ein Klumpenrisiko.

Zu Daniel Oswald möchte ich doch noch erwähnen: Es war nicht unklar, wer in Fokus kommt, sondern man hat nachträglich die Meinung geändert. Das ist natürlich schon ein Unterschied. Auch das erwähnte Objekt in der Nähe, da gehe ich davon aus, dass er damit das Sulzer-Hochhaus meint. Davon habe ich gehört, dass bei der effektiv nutzbaren Fläche der m²-Preis schon hoch war und es erstaunt mich dann schon ein wenig, wenn er als positiv erwähnt, dass man mit einem zu hohen Mietpreis, den die Stadt bezahlt, dann indirekt die Kultur hätte fördern können. Wenn das so gekommen wäre, wäre Dani Oswald der erste gewesen, der aufgestanden wäre und das kritisiert hätte. Aber wir werden ihn ja jetzt dazu noch hören.

D. Oswald (SVP): Lieber Christian, wenn man auf die Idee aus idiotischen Gründen gar nicht eintreten will und nicht verhandelt, weiss man nicht, wie der Mietpreis herausgekommen wäre.

Stadtpräsident M. Künzle: Offenbar habe ich einen heissen Anfang der Gemeinderatsdebatte verpasst. Schade, aber ich erfahre dann im Nachgang noch, was alles gesagt wurde – und von wem. Ich bin sehr froh um diese Rückmeldungen aus den Fraktionen. Es haben eigentlich alle Fraktionen attestiert, dass es ein grosses, ein sehr komplexes Projekt war. Dieser Meinung sind wir auch. Wir haben dann wirklich praktisch am eigenen Leib erfahren, wie komplex dieses Projekt ist. Wir haben, das wurde auch richtig gesagt und wir haben das auch offengelegt, das Projekt unterschätzt, weil wir am Anfang davon ausgingen, dass wir nur zur Miete gehen, wir bauen ja nicht selber. Aber was wir in der Folge danach nur schon an personellen Ressourcen aus unserer eigenen Verwaltung Leute brauchten, die an diesem Projekt arbeiteten, das hat sich dann erst mit dem Projekt gezeigt. Es war dann auch notwendig, dass wir mit diesen Ressourcen dann wirklich massiv herauffuhren. Am Schluss wurde das Ziel von ca. 3 Mio. pro Jahr, die wir im Budget reduzieren können, in Aussicht gestellt und das haben wir erreicht. Die freigewordenen Liegenschaften, die einen wesentlichen Teil geleistet haben, wären nicht frei geworden, wenn man das Projekt Fokus nicht gehabt hätte. Es waren auch alle die stadtträtlichen Massnahmen notwendig, die man während dem Projekt noch an die Hand nahm, wo man schnell entscheiden musste und schnell entschieden hatte, um die einzelnen Kostenfaktoren wirklich tief zu halten, weil man sah, wie diese Kosten rasant stiegen. Ich denke, wir konnten das mit ganz vielen und guten Massnahmen doch einigermaßen im Griff halten, auch wenn es nun mehr gekostet hat. Stichworte sind gefallen: Occasionsmöbel, aber auch der Kronleuchter im Stadtratszimmer usw. Wir hatten insgesamt sehr gute Partner in diesem ganzen Projekt. Weil es eben sehr komplex war und verschiedene «mitgeredet» haben, war es nicht immer ganz einfach, aber v.a. bei der AXA Investment mit Ernst Schaufelberger, mit der man regelmässige Sitzungen hatte, konnte man die Dinge, die in der Praxis und im Alltag passierten, wo man sich verzahnt hat, wieder lösen. Da geht ein ganz grosser Dank meinerseits auch an die Adresse von Ernst Schaufelberger. Vielleicht noch kurz die Stellungnahme zu den einzelnen Fraktionen. FDP: Gutes Gefühl im Bauch. Ja, das haben wir eigentlich auf, nicht zuletzt, weil wir nun wirklich in diesem Superblock auch angekommen sind. Es wurde gesagt, die Mitarbeitenden nach anfänglichen Bedenken und unguuten Gefühlen im Bauch. Ich meine: Wenn man die Büros vorher gesehen

hatte (jeder konnte seine eigenen Bilder aufhängen, seine eigenen Pflanzen hinstellen, die Türe schliessen wenn man wollte) – das ist etwas anderes als jetzt mit anderen zusammen eine solche Bürolandschaft zu gestalten und zu betreiben, das war nicht ganz einfach. Aber mittlerweile sind wirklich die allermeisten unserer Mitarbeitenden angekommen und sagen, das sei ein guter Arbeitsplatz, es sind moderne Arbeitsplätze, es sind kurze Wege... Ich bin auch überzeugt, auch wenn man das nicht einfach so berechnen kann, der Effizienzgewinn, den man mit diesem Projekt in Aussicht gestellt hat, den erreichen wir mit Sicherheit. Der Stadtrat ist immer in der Verantwortung, wenn es um zugemietete Räumlichkeiten geht. So ist auch das 4. OG zu titulieren. Natürlich wollten wir, dass die Kreisschulpflegen dort einziehen, aber wir sind momentan daran, das 4. OG andersweitig zu nutzen, nicht zuletzt auch für mehr Sitzungsräume, was vorher auch kritisiert wurde. Da werden wir mit Sicherheit eine gute Sache aus dem 4. OG machen können.

Es war ein gigantisches Projekt, wie Iris von der CVP sagte, und selbstverständlich ist der Stadtrat immer in Bewegung, auch wenn es innerhalb des Superblocks ist. Aber wir sind wirklich gut unterwegs und stehen sicher nicht still. Man solle die Lehren aus dem Zentralisierungsprojekt nehmen: Ich hoffe nicht, dass wir in den nächsten Jahren wieder ein solches Zentralisierungsprojekt haben, ich hoffe, dass wir für einige Jahre in diesem Gebäude bleiben können.

Häufig genannt wurde das Semper-Stadthaus, das auch uns am Herzen liegt. Wir haben das Stadtratszimmer, in dem wir stadträtliche Sitzungen hatten, in dem seit 1870 die Stadtratssitzungen stattgefunden haben, so belassen. Wir haben es etwas ausgemistet, etwas entmöbliert, Es hat nun auch einen wunderbaren neuen Tisch drin, der noch etwas älter ist, der noch vor dem späteren runden Tisch drinstand. Wir nutzen das Zimmer auch, um Delegationen zu empfangen, um zu repräsentieren. Wir haben diverse Delegationen dort empfangen und werden das auch weiterhin machen, damit man das Semper-Stadthaus auch weiterhin wahrnimmt und auch sieht, dass der Stadtrat nach wie vor zumindest einen Zeh in diesem Gebäude hat. Wir haben Abklärungen getätigt (Haus der Musik), wir haben für das Musikkollegium diverse Änderungsvorschläge gemacht. Wir haben fachlicherseits die Informationen erhalten, dass man das machen kann im Semper-Stadthaus. Die Denkmalpflege des Kantons Zürich piffte uns dann zurück und will ein Gesamtkonzept. An dem sind wir dran und wir werden bis Ende Jahr sagen können, wie es dort im Semper genau weitergehen wird. Aber das muss man auch sagen: Das Haus ist nicht leer. Das Haus ist jetzt schon wieder voll mit Verwaltungseinheiten, die etwas weiter weg sind. Die selbständige Pensionskasse, die von Euch geführte Finanzkontrolle, die Mitarbeitendenberatung (wo es Sinn macht, dass sie nicht im Superblock ist), das Stadtarchiv, das schon Räumlichkeiten hat, und das Musikkollegium, für das man Räume reserviert hat. Es macht durchaus Sinn, dass sie weiterhin den Stadthausaal weiterhin nutzen können und weiterhin soll wirklich Musik erklingen in dem schönen Gebäude dort, neben den Friedensrichter/innen, die dort ihr schönes Zuhause gefunden haben. Annetta Steiner sprach von Hau-ruck-Übungen, beim Semper von Bastelarbeit – das muss ich zurückweisen. Wir hatten wie gesagt von der fachlichen Seite her Rückmeldungen, dass man das alles so machen kann, und wurden dann von der Denkmalpflege zurückgepiffen und mussten dort nochmals eine Runde machen. Aber ich denke, wir sind an seriöser Arbeit dran und das Semper-Stadthaus hat weiterhin eine wichtige Bedeutung da bei uns in unserer Stadt und ist auch, wie ich behaupte, eines der schönsten Stadthäuser überhaupt in der Schweiz.

Der SP danke ich. Jawohl, Effizienzgewinn ist auch Euch wichtig, ich denke, da sind wir in der Tat auf gutem Weg und ich habe es gesagt, die verschiedenen Phasen und wer da wann daran gearbeitet hat. Ein so grosses Projekt läuft nicht immer einfach rund, wir hatten Hänger drin in diesem Projekt. Wir haben diese aber ausgemerzt und jetzt ist wichtig, dass wir in diesem Superblock sind, dass wir dort drin arbeiten können, dass wir gut arbeiten können, dass unsere Bürgerinnen und Bürger dort eine Anlaufstelle haben, eine zentrale Anlaufstelle, wo sie eigentlich alles finden, das sie brauchen.

Noch kurz ein Rückhüpfer zu Annetta, ich sehe das ein bisschen anders zu der Geschichtsschreibung: Es war nicht der Grosse Gemeinderat, der Druck gemacht hat wegen der Organisation, sondern der Stadtrat hat die richtigen Massnahmen getroffen, weil er selber gese-

hen hat, was es braucht, und hat diese Massnahmen getroffen ohne den Grossen Gemeinderat.

Auch den Grünen herzlichen Dank, dass sie zufrieden sind mit uns. Grossraumbüro ist immer ein schwieriges Thema. Das sieht man auch in den Zeitungsartikeln, dass da die Meinungen auseinander gehen. Nochmals: Unsere Leute sind angekommen, unsere Leute haben sich an diese Situation gewöhnt, wissen wie man damit umgeht, auch wenn es um das Telefonieren oder um den Empfang von Leuten geht. Das haben sie im Griff und das läuft sehr gut. Zur Unabhängigkeit von der AXA kann ich vielleicht soviel sagen: Wenn man damals schon die heutige Zinslage gehabt hätte, wären wir sehr wahrscheinlich in einem stadteigenen Gebäude und nicht fremdplatziert, aber damals war ein sehr guter Faktor dabei. Es war gerade die Zeit, zu der die AXA Winterthur übernommen hat und mit diesem Entscheid konnten wir nicht zuletzt die AXA an Winterthur binden, dass sie eben da in unserer Stadt bleiben und das hat bisher wunderbar funktioniert.

Alles in allem: Wir danken den Fraktionen für die gute Aufnahme und letztendlich für die Unterstützung in diesem Projekt. Wir danken aber auch all denen, die mithalfen: Ich habe Ernst Schaufelberger genannt, aber auch Franz Trottmann, der eine zentrale Rolle hatte als Projektleiter, der während dem Projekt neu dazugekommen ist. Mit ihm hat das Projekt dann wirklich an Fahrt aufgenommen. Ich danke allen, die an diesem Projekt mitgearbeitet haben, sei es extern oder intern, v.a. den Mitarbeitenden, die intensivst und letztlich fast zu 100% an diesem Projekt gearbeitet haben. Ich nenne Namen wie Erich Dürig, wie Peter Furrer, wie Leo Brütsch usw. – sie stehen stellvertretend für alle diejenigen, die an diesem Projekt mithalfen, dass es am Schluss gut herausgekommen ist. Wir sind überzeugt davon, dass es gut herausgekommen ist.

Ratspräsident F. Landolt: Es handelt sich um eine Kenntnisnahme, es gibt keine Abstimmung.

13. Traktandum

GGR-Nr. 2017.3: Kredit von Fr. 850'000 für das Projekt «Mobile Workforce Management», Projekt-Nr. 20634 und 20684

P. Rütsche (SVP): Ich darf Euch jetzt den Kreditantrag Geschäftsnummer 2017.3 vorstellen. Für das Projekt Mobile Workforce Management stellt der Stadtrat den Antrag, einen Kredit von Fr. 850'000 exklusiv Mehrwertsteuer zu bewilligen.

Die zu beschaffende Software soll den gesamten Zählerauswechslungsprozess Elektrizität, Gas/Wasser und Fernwärme/Energie-Contracting, von der Disposition über die Routenplanung bis zur Endverarbeitung, optimieren und automatisieren.

In Zukunft werden zusätzliche Aufgaben erwartet, zum Beispiel gibt es einen erhöhten Zubau von Photovoltaik-Anlagen und neue, gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben im Messwesen. Stadtwerk Winterthur muss weiterhin Zähler regelmässig überprüfen, sprich eichen und warten, dazu soll neu auch die Überprüfung von Messwandlern kommen.

Ebenfalls neu, mit dem ersten Massnahmenpaket zur Energiestrategie 2050 wird die Stromversorgungs-Verordnung angepasst. Im Klartext: Mit der Annahme der Energiestrategie 2050 sind alle Energieversorger verpflichtet, alle bestehenden Zähler bis zum Jahr 2025 durch intelligente Zähler (Smart Meter) zu ersetzen. Das sind rund 55'000 Zähler in 7 Jahren.

Man rechnet auch in Zukunft mit einer erhöhten Wechselrate von freien Stromkunden.

Und zuletzt haben die neuen elektronischen Zähler gegenüber den alten mechanischen Zählern eine deutlich kleinere Lebensdauer und müssen daher öfters ersetzt werden.

Auf dieser Folie ist eine Übersicht vom Zählerpark von Stadtwerk Winterthur ersichtlich. Es sind rund 70'000 Stromzähler, 16'000 Wasserzähler, 9'000 Gaszähler und 5'000 Wärmezähler im Einsatz.

Wegen bestehender und zahlreichen neuen Aufgaben, die bewältigt werden müssen, wäre ein Stellenaufbau von mehreren Vollzeitstellen nötig.

Stadtwerk Winterthur möchte dem entgegenwirken und strebt eine Effizienzsteigerung an. Wie bereits schon erwähnt soll die Beschaffung der Software den gesamten Zählerauswechslungsprozess von der Disposition über die Routenplanung bis zur Endverarbeitung optimieren und automatisieren. Durch die Anschaffung soll der neue Prozess in verschiedenen Hinsichten vereinfacht und effizient gestaltet werden.

Die Software ist mit dem Terminkalender und dem Zeiterfassungssystem verbunden. Sie gibt die ideale Route der Liegenschaften vor. Jeder Mitarbeiter kann seine Aufgaben mit dem Tablet abrufen und eine Online-Verarbeitung direkt vor Ort durchführen. Durch die Digitalisierung der Prozesse werden verschiedene Fehlerquellen eliminiert. Es sind auch keine manuellen Datenerfassungen mehr notwendig.

Verschiedenen Energielieferanten haben ein solches oder ähnliches System bereits jetzt im Einsatz oder stehen kurz davor.

Durch diese Anschaffung rechnet man mit einer Effizienzsteigerung von 20 – 25% sowie jährlichen Einsparungen von rund Fr. 240'000. Damit will man einem Stellenaufbau und dem Anstieg der Netznutzungskosten ein bisschen entgegenwirken. Ein wichtiger Hinweis: In der Weisung steht ein Satz, dass das Optimierungspotential zu einer Senkung der Netzkosten führt, was letztlich der Kundschaft zu Gute kommt. Das ist in der Weisung ein bisschen unglücklich geschrieben, das stimmt so nicht ganz. Das Projekt führt mittelfristig zu einem weniger grossen Anstieg der Netznutzungskosten. Natürlich sind in diesen Netznutzungskosten noch andere Faktoren zu beachten.

Zu weiteren Vorteilen: Neben einer höheren Kundenakzeptanz spart man in Zukunft Treibstoff und jährlich über 15'000 Blatt Papier. Die Software kann man sparten- und abteilungsübergreifend einsetzen und später auch in anderen Abteilungen anbinden.

Mehr will dafür feldtaugliche Tablets anschaffen. Die Kosten pro Tablet inkl. Zubehör belaufen sich auf ca. Fr. 3'800. Daraus ergeben sich Gesamtanschaffungskosten von ca. Fr. 50'000. Die Kosten dieser Tablets sind auch in der Kommission diskutiert worden. Stadtwerk Winterthur wird günstigere Alternativen überprüfen, so wurde das in der Kommission mitgeteilt.

Aus der Kommission gibt es einen Kürzungsantrag. Der gesamte Betrag von Fr. 850'000 soll auf Fr. 650'000, also minus Fr. 200'000, gekürzt werden. Der Betrag von Fr. 200'000 wäre für Reserve und weitere Anbindung von Abteilungen gedacht. Man ist in der Kommission davon überzeugt, dass man das Projekt kostengünstiger abwickeln kann und man erwartet auch, dass die Anschaffungskosten dieser Tablets nochmals gründlich überprüft und kostengünstigere Alternativen gefunden werden.

Die Kürzung des Kreditantrages auf Fr. 650'000 exklusiv Mehrwertsteuer ist in der BBK 9:0 angenommen worden.

Ich bedanke mich für die sehr gute Zusammenarbeit für das Geschäft und die Mithilfe seitens Stadtwerk Winterthur und auch für die fachlichen Fragen, die man an die Messtechnik stellen durfte. Ich danke Euch für die Aufmerksamkeit. Besten Dank für die Unterstützung dieses Geschäftes.

Ratspräsident F. Landolt: Es gibt eine Änderung zum stadträtlichen Antrag durch die BBK. Schliesst sich der Stadtrat an?

Stadträtin B. Günthard: Ja, der Stadtrat schliesst sich diesem Kürzungsantrag an. Das war eine Reserve für spätere Anbindungen, und wenn man diese dann wirklich braucht, kann man auch noch mit einem neuen Antrag kommen.

Ratspräsident F. Landolt: Besten Dank. Es ist ein Geschäft, das ohne Beratung vorgesehen war und zu dem es keinen Ablehnungsantrag gibt. **Damit haben Sie diesem Kredit über Fr. 650'000 für das Projekt «Mobile Workforce Management» zugestimmt.**

14. Traktandum

GGR-Nr. 2017.32: Kredit von Fr. 770'000 für das Projekt SBB - Hauptbahnhof Nord, Verbreiterung Bahnfussweg, Projekt-Nr. 11375

Ratspräsident F. Landolt: Das Geschäft ist ebenfalls ohne Beratung vorgesehen. Markus Nater tritt in den Ausstand.

F. Helg (FDP): Das Geschäft hat eine gewisse Merkwürdigkeit. Der Gemeinderat wird heute einen Kredit sprechen, aber die Stadt das Geld nie ausgeben. Das deshalb, weil die Kreditbewilligung bekanntlich nach dem Brutto-Prinzip erfolgt. Vorgelegt wird der Kredit ohne Berücksichtigung von Beiträgen von Dritten. Da aber der ganze Kreditbetrag von Bund und Kanton zurückerstattet wird, verbleibt letztlich eine Null.

Jetzt aber der Reihe nach. Es geht um den sogenannten Bahnfussweg über die Wülflingerstrasse. Man sieht da die räumliche Situation. Man hat da das Gleisfeld, die Wülflingerstrasse, die Richtung Bahnhof geht, und da (gelb markiert) ist der Bahnfussweg, der eine schnelle und viel benutzte Verbindung zwischen dem Bahnhof zum ZHAW-Areal St. Georgen und weiter zum Kantonsspital sicherstellt. Der Weg ist schon heute kein ausschliesslicher Bahnfussweg, wie das auch im offiziellen Stadtplan noch vermerkt ist, sondern schon heute dürfen dort auch Velos verkehren. Weil die SBB am Standort der ursprünglichen Wegverbindungen Gleisanpassungen vornehmen will, muss die bestehende Brücke abgebrochen werden (was im Übrigen bereits geschehen ist) und leicht verschoben neu errichtet werden. Somit handelt es sich eigentlich um ein SBB-Projekt, das schon in der Realisierungsphase steht. Auf dem Bild sieht man die Abschränkung entlang des Gleisfeldes. Auf der Abbildung vom Mai (vielleicht ist man heute schon weiter) Richtung Kantonsspital sieht man den Stummel vom Weg, der zu diesem Zeitpunkt bereits abgebrochen war.

Unbestritten war, dass die SBB an sich alle Kosten vollumfänglich selber trägt, soweit es nur um den Abbruch und den Neubau dieser Brücke im gleichen Umfang geht. Aus Sicht von Winterthur erscheint es aber natürlich sinnvoll, diese Überquerung von ursprünglich nur 3 m auf 5.5 m zu verbreitern. So ist es auch möglich, dass Fussgänger und Velofahrer unbehindert zirkulieren und kreuzen können. Für diese Verbreiterung kommt die SBB allerdings nicht auf. So muss zuerst einmal die Stadt einspringen, aber wie gesagt wird der ganze Betrag dann wieder zurückerstattet.

Es geht da um einen Kostenbeitrag an die SBB von Fr. 840'000, davon ca. Fr. 70'000 für einen bereits bewilligten Projektierungskredit, was dann die Fr. 770'000 macht. Dieser Betrag, das steht jetzt schon verbindlich fest, wird dann vom Kanton zurückerstattet. Der Kanton wiederum kann einen Teil davon aus dem Topf des Agglomerationsprogrammes des Bundes entnehmen. Der Kostenanteil, den Winterthur da bezahlt, basiert im Wesentlichen auf einer Dreisatzrechnung, ausgehend von der ursprünglichen Breite und umgerechnet auf die Mehrbreite.

Die Baukommission konnte die Plausibilität dieses Kostenbeitrages nachvollziehen. Die Baukommission hat sich an einer einzigen Sitzung, die liegt schon länger zurück, am 3. April dieses Jahres, mit diesem Projekt auseinandergesetzt. Sinn und Zweck von diesem Bauprojekt, die Notwendigkeit, diese Wegverbindungen zu verbreitern und demzufolge auch die Konsequenz von einem städtischen Kostenbeitrag blieben unbestritten. Alles natürlich zusätzlich versüsst dank der vollumfänglichen Übernahme der Kosten durch Bund und Kanton. Die Baukommission beantragt deshalb dem Rat einstimmig, diesem Geschäft zuzustimmen.

Ratspräsident F. Landolt: Besten Dank für die Präsentation. Es sind eigentlich keine Wortmeldungen vorgesehen. Wünscht der Stadtrat das Wort?

Stadtrat J. Lisibach: Ich halte es ebenfalls kurz und danke Felix Helg für die Vorstellung des Geschäftes und der BBK für die Beratung. Danke.

Ratspräsident F. Landolt: Es gibt keinen Ablehnungsantrag. **Damit haben Sie dem Kredit von Fr. 770'000 für das Projekt SBB – Hauptbahnhof Nord, Verbreiterung Bahn Fussweg zugestimmt.**

15. Traktandum

GGR-Nr. 2016.100: Erlass einer Verordnung über Energie-Contracting

M. Nater (GLP/PP): Es geht um die Verordnung Energie-Contracting. Was heisst das überhaupt auf Stadtwerk bezogen? Man sieht da, dass Stadtwerk seit dem 1. Januar 2000 Energie-Contracting anbietet und bisher ist noch keine Verordnung vorhanden. Energie-Contracting hat im Moment ca. 20 Mitarbeiter. Sie decken nicht nur das Marktgebiet Winterthur ab, sondern ihr Marktgebiet ist vom Zürichsee bis zum Bodensee. Man sieht ein bisschen, wie die Konkurrenz aussieht (EKZ, EWZ etc.) – es ist wirklich ein sehr grosses Gebiet, in dem sie tätig sind. Erwähnenswert ist noch: Seit es Energie-Contracting gibt, sind ca. Fr. 70 Mio. an Private vergeben worden. Das ist doch aussergewöhnlich und gut. Ca. 70 Projekte sind derzeit am Laufen, das generiert einen Umsatz von ca. 13 Mio. Energie-Contracting leistet damit einen wichtigen Beitrag zur 2000-Watt-Gesellschaft und zur 1-Tonne-CO₂-Gesellschaft.

Das ging bis jetzt mit den rechtlichen Grundlagen. Wie ich anfangs schon gesagt habe, gibt es bis jetzt noch keine Verordnung. Es gab einen ersten Rahmenkredit von 5 Mio. am 29. September 1999. Es kamen nochmals 4 dazu, so dass es insgesamt 25 Mio. gibt. Dann stimmten wir einmal ab über einen Kredit von 40 Mio. und 2015 stimmte man über den Kredit von 70 Mio. ab.

Das Energie-Contracting hat keinen Versorgungsauftrag. Es kann niemand zu Stadtwerk gehen und verlangen, dass man sie mit Wärme, Kälte oder auch Energie versorgt. Das Marktgebiet ist, wie ich schon gesagt habe, weiter als Winterthur, von daher kann man nicht nur Verträge auf Winterthur bezogen machen, sondern die Verträge müssen auf alles bezogen und überall gültig sein. Es sind privatrechtliche Kundenbeziehungen, deshalb sind die Verträge auch entsprechend ausgestaltet. Die Details der Kundenbeziehungen sind in den Verträgen zu regeln, denn jedes Kundenobjekt meistens individuell ist, es ist nicht vergleichbar. Von daher kann man da die Verträge auch wirklich so gestalten. Die Verordnung Energie-Contracting macht die Grundlagen, die Rahmenbedingungen, aber nicht die Details und wird so auf wenige Seiten beschränkt.

Nun gehen wir wirklich in die Verordnung, es wird jetzt ein bisschen trocken. Die Änderungen, die es geben wird, sind auf den gelben Blättern aufgeführt und können dort nachgeschaut werden.

Zweck und Gegenstand: Man sieht, für was das Energie-Contracting gut ist. Es geht um die Lieferung von Wärme, Kälte, Prozessenergie. Wie kann man sich das vorstellen? Derjenige, der ein Haus hat, braucht keine Heizung mehr, sondern dort werden wirklich kWh geliefert. Alles andere wird vom Energie-Contracting, also von Stadtwerk geliefert. Bau, Unterhalt und Betrieb läuft über Stadtwerk und alle Dienstleistungen. Es werden also kWh geliefert – Energie, Wärme oder Kälte.

Ziele: Das Energie-Contracting soll die Ziele einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Energieversorgung unterstützen. Stadtwerk unterstützt den rationellen Einsatz von Energie in der Planung und im Betrieb der Anlagen und nutzt soweit technisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll vertretbar erneuerbare Energieträger. Da ist die erste Änderung der BBK. Statt «sinnvoll» ist «vertretbar» hineingekommen.

Da auch die zweite Änderung, die vom Wording her besser lesbar ist und von dieser Seite her auch eine Anpassung ist.

Ziele: Stadtwerk beachtet bei der Erbringung der Leistungen im Bereich des Energie-Contracting die energie- und umweltpolitischen Grundsätze der Energiestrategie der Stadt Winterthur. ~~Die zur Umsetzung der Energiestrategie der Stadt Winterthur an Stadtwerk Energie-Contracting beauftragten Leistungen und gestellten Erwartungen werden gemäss den energie- und umweltpolitischen Grundsätzen umgesetzt.~~

Aufgaben und Befugnisse von Stadtwerk: Wie ich schon in der Einleitung gesagt habe, Stadtwerk kann das Energie-Contracting auch ausserhalb der Stadt Winterthur anbieten. Marc Bernhard hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass gegenüber der Version, die in der BBK vorgestellt wurde, da auch der Satz nicht mehr drin ist «neben besonderer genehmigter Kredite». Das können vielleicht meine Kollegen aus der BBK noch anschauen, ob das auch weiterhin so in Ordnung ist.

Wenn wir weitergehen, haben da wieder die Änderungen, wie es klar beschrieben worden ist. Da geht es um die Mittel und Befugnisse. Und weil das die Änderung der BBK ist, zeige ich das auf und lese es vor.

Die Mittel für Energie-Contracting-Leistungen werden mittels Rahmen- oder Objektkredit bewilligt. Im Bewilligungsbeschluss zum Rahmenkredit sind die Ausgabenkompetenzen von Stadtwerk und gegebenenfalls des Stadtrates und des Grossen Gemeinderates festzulegen. Für das Energie-Contracting ist Stadtwerk im Rahmen der jeweils gültigen Kompetenzordnung ermächtigt:

Da geht es nachher darum, dass man die erforderlichen Verträge abschliessen kann, dass man Investitionen tätigen kann und dass man auch Generalunternehmer oder Anlagen für Dritte ohne Erwerb von Eigentumsrechten gegen Entgelt erstellen kann. Die Abrechnung erfolgt in diesem Fall über die Erfolgsrechnung.

Das sind unsere Änderungen, die wir in der BBK eingebracht haben.

Art. 5: Verhältnis zum privaten Gewerbe: Die Aufträge für Planung, Projektierung und den Bau der Energie-Contracting-Anlagen sind in der Regel an private Unternehmen zu vergeben. Das Geld, das wir da gesprochen haben, geht wirklich dort hinein, dass man versucht, das entsprechend auch den Privaten zukommen zu lassen.

Das Rechtsverhältnis zwischen Stadtwerk (unselbständige Anstalt) und den Kundinnen und Kunden wird durch privatrechtliche Verträge geregelt. In den Verträgen mit den Kundinnen und Kunden sind mindestens die folgenden Punkte zu regeln: Leistungen von Stadtwerk, Pflichten der Kundinnen und Kunden, etc. Das sind die üblichen Vertragsbestandteile, die da enthalten sind. Auch da gab es noch eine Änderung. In der Version, die wir sahen, war ohne «(inkl. Heimfall)». Die Verordnung des Stadtrates war mit dem «(inkl. Heimfall)».

Felix Helg kann vielleicht nachher noch etwas dazu sagen, er schüttelt bereits den Kopf.

Zur Finanzierung und Berichterstattung: Es soll möglichst gewinnbringend und zu kostendeckenden Preisen betrieben werden. Es wird eigenständig nach unternehmerischen Grundsätzen geführt und von den jährlichen Gesamteinnahmen des Energie-Contracting werden maximal 10% der Stadtrechnung zugeführt. Das ist in den anderen Profitcentern genau das Gleiche. Die Höhe wird vom Grossen Gemeinderat jährlich festgelegt und hat sich an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Geschäftsfeldes zu orientieren. D.h. wenn das Geschäftsfeld Minus macht, dann sollte man nicht unbedingt Abgaben daraus herausziehen. Und im Moment macht das Geschäftsfeld Contracting Minus, also da werden wir sehr wahrscheinlich in den nächsten Jahren nicht viele Abgaben erhalten.

Zum Schluss noch die Berichterstattung: Dort geht es darum, dass wir Berichterstattung haben über den Energiemix, die Zahl der Anlagen, das Auftragsvolumen sowie Umwelteffekte und Pionierleistungen. Also wirklich auch den Hinweis, dass wenn da etwas passiert, man das auch entsprechend im Bericht abgebildet hat.

Es folgen noch die Schlussbestimmungen und die entsprechenden Unterschriften.

Die Änderungen, über die wir abstimmen, sind die, die auf dem gelben Blatt aufgeführt sind. Die BBK schlägt diese Änderungen mit 9:0 Zustimmung vor.

Ratspräsident F. Landolt: Besten Dank. Es gibt Änderungen der BBK. Schliesst sich der Stadtrat dem an?

Stadträtin B. Günthard: Auch das schliesst sich der Stadtrat an. Ich bedanke mich sowieso für die sehr gute und intensive Zusammenarbeit mit der Kommission und auch mit den Kolleginnen und Kollegen von Stadtwerk und dem Rechtskonsulenten der Stadt. Es war eine gute Zusammenarbeit, dass wir diese Verordnung nun endlich haben.

F. Helg (FDP): Ich möchte mich doch noch kurz zu Wort melden, mehr formell, da man nun da vorne Änderungen hat, die in der Kommission nicht besprochen wurden. Sie sind auch nicht auf dem gelben Blatt. Schlussendlich muss man wissen, über was man abgestimmt hat. Von hier aus sehe ich es auch nicht, da es schwarz auf violett ist... Ich finde es ein bisschen heikel und kann es mir nicht ganz vorstellen, wie diese Anträge hineingekommen sind, weshalb man das nicht in die Meinungsbildung der BBK einbinden konnte.

Ratspräsident F. Landolt: Gibt es einen Antrag dazu?

F. Helg (FDP): Ich weiss nicht, wer das eingebracht hat. Kann das jemand erklären, vielleicht der Ratsschreiber?

M. Bernhard: Ich habe heute Mittag die Präsentation von Markus Nater erhalten und diese noch kurz mit den BBK-Anträgen verglichen. Die beiden Versionen stimmten in diesen zwei Punkten nicht überein, weshalb ich den Referenten Markus Nater heute Nachmittag darauf hinwies. Wir müssen wissen, welche Version jetzt gilt und vom Rat beschlossen wird.

Ratspräsident F. Landolt: Markus Nater, könntest Du nochmals kurz sagen, um welche zwei Punkte es geht, damit wir da Klarheit haben?

M. Nater (GLP/PP): Es ist Art. 3 Abs. 2. Da steht in der Verordnung jetzt drin: «Stadtwerk hat keinen allgemeinen Versorgungsauftrag im Geschäftsfeld Energie-Contracting.» In der Version, die in der BBK präsentiert wurde, war «neben besonderer genehmigter Kredite» drin.

Der zweite Punkt ist bei Art. 6 Abs. 3 e) in der Verordnung des Stadtrates «(inkl. Heimfall)» drin ist und in der Verordnung, die in der BBK vorgestellt wurde, war dieser Punkt nicht enthalten.

Z. Dähler (CVP/EDU): Ich stelle einen Ordnungsantrag. Es geht nicht mehr lange bis zur Nachtessenspause. Ich wäre dafür, dass wir das vertagen bis nach der Pause, dann können wir diese Punkte in der Kommission kurz klären.

D. Oswald (SVP): Wir von der SVP unterstützen den Ordnungsantrag.

Ratspräsident F. Landolt: Weitere Wortmeldungen? Dann stimmen wir über den Ordnungsantrag ab. Wer den Ordnungsantrag unterstützt, soll das bezeugen durch Handerheben.

Dem Ordnungsantrag wird zugestimmt, Sie haben sich damit Zeit verschafft für eine verlängerte Pause. Wir treffen uns wieder um 20 Uhr.

Nachtessenspause.

Ratspräsident F. Landolt: Ich begrüsse Sie zur Abendsitzung. Wir stoppten mit einer Unklarheit in zwei Punkten. Die BBK schaffte da Klarheit und ich bitte Markus Nater, uns aufzuklären.

M. Nater (GLP/PP): Wir haben das in der BBK angeschaut und mit 9:0 entschieden, dass «neben besonderer genehmigter Kredite» gestrichen wird und dass der zweite Punkt «(inklusive Heimfall)» drinbleiben soll. In letzterem Fall sieht es so aus wie in der Verordnung des Stadtrates. Damit sind die beiden Differenzen geklärt.

Ratspräsident F. Landolt: Besten Dank. Damit wäre die Präsentation abgeschlossen, oder gibt es noch Ergänzungen? Wir haben keine einzige Wortmeldung ausser diejenigen, die sich auf diese Unklarheit bezogen. Gibt es keine weiteren Bemerkungen dazu? In dem Fall bitte ich den Stadtrat um Stellungnahme.

Stadträtin B. Günthard: Ich habe es vorher schon gesagt, der Stadtrat schliesst sich diesen Änderungen an und ist froh, ist auch diese Arbeit abgeschlossen. Er freut sich auf eine möglichst positive Abstimmung durch den Gemeinderat.

Ratspräsident F. Landolt: Wir stimmen über den Erlass der Verordnung über Energie-Contracting ab, Geschäft 2016.100-2.

Wer dieser Weisung zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Wer sie ablehnt, soll das ebenfalls bezeugen.

Der Weisung wird grossmehrheitlich mit einigen Enthaltungen zugestimmt.

16. Traktandum

GGR-Nr. 2017.47: Zusatzkredit über Fr. 2.5 Mio. zum Kredit von Fr. 19.59 Mio. für die Umnutzung der Liegenschaft Schöntal, Untere Schöntalstr. 12, von einem Werkhof zu einem gemischt genutzten Technik- und Bürogebäude

P. Rütsche (SVP): Es geht um den Zusatzkredit von Fr. 2.5 Mio. für die Umnutzung der Liegenschaft Schöntal.

Ich mache einen ganz kurzen Rückblick: Mit der Umnutzung der Liegenschaft Schöntal will man das markante Werkhofgebäude in ein gemischt genutztes Technik- und Bürogebäude umbauen und damit den gesamten Betrieb und alle Mitarbeiter, mit Ausnahme der standortgebundenen Kehrrichtverwertungs- und Abwasserreinigungsanlagen, am Standort Schöntal konzentrieren. Am 28. Februar 2011 hat der Grosse Gemeinderat der Vorlage des Stadtrates über einen Verpflichtungskredit in der Höhe von Fr. 19.59 Mio. für den Umbau der Liegenschaft Schöntal zugestimmt. Der Entscheid wurde am 15. Mai 2011 mit 74% von der Stimmbewölkerung der Stadt Winterthur gutgeheissen.

Rund um die Affäre Frauenfeld AG und den damit verbundenen Untersuchungen kam es intern zu einem Wechsel von der Verantwortlichkeit in Bezug auf das Umbauprojekt Schöntal. Im Frühling 2016 ging die ehemalige Projektführung noch von einer Kostenüberschreitung in der Höhe von knapp 8% aus. Nach den ersten Überprüfungen der neu eingesetzten Projektverantwortlichen musste eine Kostenüberschreitung von deutlich mehr als 10% konstatiert werden. Erste Massnahmen wurden ergriffen.

Das ganze Projekt startete im Jahr 2006. Kurz vor der Volksabstimmung gab es einen Direktionswechsel. Durch mehrere Wechsel in der Projektleitung gab es einen Know-how-Verlust. Wie bereits schon erwähnt wurden Probleme identifiziert und sofort Kostensenkungsmassnahmen eingeleitet. Zum Zeitpunkt des Führungswechsels im Sommer 2016 war das Bauprojekt jedoch bereits weit fortgeschritten. Mehrheitlich waren die Verträge bereits abgeschlossen und weitere Nachträge sind bewilligt worden. Zudem mussten sich die neuen Projektverantwortlichen zuerst einarbeiten.

Auf dieser Folie sind die Einsparungsmassnahmen ersichtlich. Es wird z.B. mehrheitlich bestehendes Mobiliar eingesetzt, zudem wird auf eine Möblierung der Aussenplätze komplett verzichtet. Eine grössere Sparmassnahme stellt eine deutliche Änderung der gastronomischen Infrastruktur dar. Diese war im ursprünglichen Projekt nicht in dieser Grösse vorgesehen. Insgesamt können aufgrund der eingeleiteten und heute bereits umgesetzten Sofortmassnahmen Kosten von rund Fr. 613'000 eingespart werden.

Die meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten während dem ganzen Umbau in Provisorien. Es stellt sich dabei heraus, dass es praktisch keine andere Alternative gibt als den Bau abzuschliessen. Denn ein nur zu 90% fertiges Gebäude hat keinen Nutzwert und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kann man sicherlich nicht zumuten, auf einer gestoppten Baustelle zu arbeiten. Zudem wäre die Weiternutzung des Provisoriums mit weiteren Kosten verbunden.

Trotz dem Spardruck überprüfen das DSU und Stadtwerk Winterthur alle Einsparungen zusammen mit den Bauexperten auf Sinnhaftigkeit und Nachhaltigkeit, sowohl finanziell wie auch ökologisch. Wie bereits schon erwähnt wird bei der gastronomischen Infrastruktur gespart. Dabei wird die alte Kücheninstallation wiederverwendet. Aber bei der Installation, wie

z.B. für das Licht, kann nicht so einfach gespart werden. Ansonsten könnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewissen Tageszeiten, z.B. frühmorgens, nicht arbeiten. Bei der Überarbeitung und mit den Verbesserungen sowie Kosteneinsparungen versucht man eine maximale Schadensbegrenzung zu erzielen. Ein Baustopp ist keine Alternative und wird neue Probleme mit Zusatzkosten verursachen. Es könnten Schadensersatzklagen von den Unternehmern mit sehr wahrscheinlich guten Erfolgsaussichten eingefordert werden. Das Gebäude kann zudem schlussendlich auch nicht genutzt werden wie gewünscht.

Hauptgründe für die Kostenüberschreitungen: Man hat festgestellt, auch in der Kommission, dass von Anfang an keine Reserven von 10% eingerechnet wurden.

Aufgrund von Projektänderungen und Änderungen im Planungsprozess entstanden diverse Mehrkosten. Auf dieser Folie sind die Mehrkosten ersichtlich. Das Total dieser Mehrkosten inkl. Reserve für Unvorhergesehenes belaufen sich auf rund Fr. 2.5 Mio.

Zum Punkt 6 noch eine Anmerkung: Im Mai 2016 machte der Totalunternehmer zum Pauschalpreis und berechnete Nachträge massive Zusatzforderungen in der Höhe von Fr. 0.9 Mio. geltend. Diese beinhalten v.a. Mehraufwände, die im Zuge der Bauausführungen entstanden sind. Stadtwerk Winterthur hat diese Forderungen unter Beizug eines Winterthurer Baujuristen entschieden zurückgewiesen. Im Rahmen dieser Verhandlungen bot der Totalunternehmer einen Vergleich an, der Mehrkosten von knapp Fr. 400'000 zur Folge hätte. Der Stadtrat überliess das Vergleichsangebot einem Winterthurer Baujuristen zur fachlichen Überprüfung. Dieser kam zum Schluss, dass es zweckdienlich ist, das zu akzeptieren.

Man hat bis April 2016 nur eine Übersicht über die angefallenen Kosten gemacht, es wurden keine Endkostenprognosen gemacht. Im April 2016 hatte man das Budget um 8% überschritten. Im Mai 2016 hat die neue Projektleitung eine Endkostenprognose eingeführt. Diese Endkostenprognose ergab einen Betrag von Fr. 24 Mio., das entspricht einer Überschreitung von 17%. Somit sind Einsparungen getroffen werden. Die aktuelle Endkostenprognose beläuft sich auf Fr. 22.75 Mio.

Das Projekt war von Anfang an in den Händen von Stadtwerk Winterthur und nicht beim Amt für Städtebau. Das hochbautechnische Wissen bei Stadtwerk für nicht betriebsbedingte Anlagen (wie z.B. Reservoirs oder Trafostationen) ist beschränkt, was zu mehreren Wechseln in der externen und internen Projektleitung führte. Innerhalb von Stadtwerk verfügte die oberste Projektführung nicht über ausreichendes Baufachwissen, um rechtzeitig Mängel in der Projektleitung, sowohl intern wie auch extern, zu erkennen. Somit sind Korrekturmassnahmen zu spät eingeleitet worden. Erst im April 2016 standen externe Projektleitungen mit höherer personeller Kapazität, neu organisiert, zur Verfügung. Dadurch konnte man das Durchsetzungsvermögen gegenüber dem Totalunternehmer steigern.

Stadtwerk Winterthur hat aus dem Projekt viele Lehren gezogen. Die wichtigste Lehre für zukünftige Projekte ist: Projektleitungen zwingend mit Vertretern aus städtischen Baufachorganen zu stärken, da die Projektleitung über hohes Baufachwissen sowie hohes Durchsetzungsvermögen verfügen muss.

Es ist ein sehr unerfreulicher Sachverhalt. Leider konnte man Mitte 2016 nichts mehr daran ändern. Der Umfang des Zusatzkredites ist in der Höhe der normalerweise eingeplanten Reserve von 10%.

Behandlung in der BBK: Der Zusatzkredit von über Fr. 2.5 Mio. ist mit 7:1 angenommen worden.

Ich möchte mich bei der zuständigen Leitung von Stadtwerk, namentlich bei Urs Buchs und seinem Team, bedanken für die konstruktive Zusammenarbeit und auch für die PowerPoint-Präsentation.

Die Meinung der SVP-Fraktion werde ich später kundtun. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Z. Dähler (CVP/EDU): Ich würde heute Abend viel lieber über die gute Erweiterung der Schulanlage Laubegg im Dätttau sprechen als über das leidige Geschäft, das wir nun schon seit 10 Jahren in der Pipeline haben. Und nun werden wir auch noch dazu gezwungen, einem Zusatzkredit über 2.5 Mio. zuzustimmen. Es stellt sich natürlich die Frage, wie es dazu gekommen ist. Dass man die Stadtratsreserven nicht drin hat und dass uns das über alle Ebe-

nen, inkl. dem Gemeinderat, entgangen ist, ist zwar eine Erklärung, aber sicher nicht der Grund für diese Überschreitung.

Die Gründe liegen aus meiner Sicht ganz klar bei der ehemaligen Leitung von Stadtwerk, die sich einmal mehr auch in diesem Bereich über unsere Vorgaben hinweggesetzt hat und selbstherrlich zusätzliche Wünsche verwirklichen wollten. Ein weiterer Grund ist sicher, dass man selber in Eigenregie Arbeiten ausführen wollte, sich dabei überschätzt hat und das Wissen im Haus einfach fehlte. In der Vorberatung in der Kommission kam meiner Ansicht nach von der Verwaltung her auch herüber, dass man immer noch in diese Richtung arbeitet: Man hat noch Budget, man hat noch Reserve, man kann das Geld ausgeben, man muss nicht so oder so auf das Geld schauen. Es ist ein Verdacht, der da verhärtet wird – das ist wohl nicht die Idee davon. Ich hoffe, dass ich es irgendwann noch erlebe, dass ich mitbekomme, dass in der Verwaltung der Stadt kostenbewusst gearbeitet wird. Ich hoffe auch, dass wenn die Ressourcen fehlen in der Stadt, ein Projekt eher einmal gestoppt und pausiert wird, auch wenn es halt vielleicht schon 10 Jahre alt ist. Für das braucht es Mut und den muss man natürlich aufbringen.

Seit der Leitung von Barbara Günthard-Maier und Urs Buchs wurden wichtige und gute Änderungen gemacht. Dabei habe ich in der Kommission auch gespürt, dass die Mitarbeiter einen grossen Willen und einen grossen Einsatz gezeigt haben, um diese Kosten in den Griff zu bekommen und ich habe auch gespürt, dass es nicht an den Mitarbeitern lag, dass es zu diesen Mehrwünschen gekommen ist. Einmal mehr sieht man, das Problem liegt beim alten Management von Stadtwerk. Ich möchte danken, u.a. auch dem Bauunternehmer, der auf einen Teil seiner Kosten verzichtet, und ich möchte danken für die Verhandlungen, die zugunsten der Stadt geführt wurden. Wir von der CVP/EDU-Fraktion werden dem Zusatzkredit zustimmen.

Ch. Meier (SP): Es ist tatsächlich ärgerlich, dass wir heute über diesen Zusatzkredit von über 2.5 Mio. sprechen müssen, auch ich würde gerne über anderes sprechen – aber es ist nun einmal unser Job. Als die Winterthurer Stimmbevölkerung im Jahr 2011 über diesen Kredit von 19.59 Mio. für den Umbau der Liegenschaft Schöntal abstimmte, ging man von einem weitaus bescheideneren Projekt aus als dem, was man heute dort vorfindet. In der Zeit zwischen der Volksabstimmung und dem Projektauftrag an den TU Ende 2014 wurden die Pläne durch die Leitung von Stadtwerk in grösserem Mass und in selbstherrlicher Manier abgeändert. Dass dadurch die Kosten weit aus dem Ruder liefen, merkte entweder niemand oder zumindest störte das offensichtlich niemanden. Dass wir jetzt aber in diesem Fall die Schuld nur bei der Stadtwerk-Leitung suchen, ist für mich oder die SP ein bisschen zu wenig weit geschaut. Jede Weisung, die an den Gemeinderat geht, wird vom Gesamtstadtrat verabschiedet. Schon in der Weisung fehlten die 10% Reserve. Auch die spätere Vergabe an den TU ging durch den Gesamtstadtrat. Auch da hätte auffallen müssen, dass das Projekt seit der Genehmigung durch den Gemeinderat und der Zustimmung durch die Bevölkerung nicht mehr gleich war. Und last but not least ist es einfach nicht verständlich, warum dass ein städtisches Bauprojekt von diesem Ausmass ohne Beteiligung des Amtes für Städtebau hätte realisiert werden sollen. Es ist sonst völlig üblich, dass in einem Projektausschuss Vertreterinnen und Vertreter vom Nutzerdepartement und eben auch Vertreterinnen und Vertreter vom Baudepartement sind. Dass das da nicht angewendet wurde, ist unverständlich. Und auch dieser Entscheid, davon gehe ich zumindest aus, ging durch den Gesamtstadtrat. Die SP erwartet, dass nicht nur Stadtwerk aus dieser Geschichte ihre Lehren zieht, sondern auch der gesamte Stadtrat.

Positiv nehmen wir zur Kenntnis, dass seit dem Bekanntwerden der massiven Budgetüberschreitungen im letzten Sommer alles daran gesetzt wurde, um diese nicht noch weiter ausarten zu lassen. Es wäre zwar wünschenswert gewesen, wenn der Gemeinderat oder zumindest die BBK ein bisschen früher in Kenntnis gesetzt worden wäre, aber immerhin sahen wir, dass alles daran gesetzt wurde, um die Weichen neu zu stellen. Es muss jetzt das Ziel sein, dass mit der neuen Projektleitung und auch in Zusammenarbeit mit dem Amt für Städtebau dieser Bau zu einem Abschluss geführt werden kann. In dem Sinn stimmt die SP dem Zusatzkredit von 2.5 Mio. zwar ohne Begeisterung, aber aus Überzeugung zu.

L. Banholzer (EVP/BDP): Das geplante Projekt macht immer noch Sinn, nämlich die Zusammenlegung aller Geschäftsbereiche und Mitarbeitenden in ein Gebäude und an einem Standort. Das bestätigte die Stimmbevölkerung 2011 auch so. Dass die Kosten dafür jetzt deutlich überschritten werden, hat verschiedene Gründe, die der Referent auch gut aufgezeigt hat. In der Kommission wurde auch aufgezeigt, dass von der Interimsleitung das Möglichste gemacht wurde, damit das Projekt nicht noch tiefer in die roten Zahlen rutschte. Wenn wir aber ein voll funktionsfähiges Gebäude wollen, das den beabsichtigten Zweck auch erfüllt, dann bleibt uns wirklich nichts anderes übrig als in diesen sauren Apfel zu beissen und den Zusatzkredit zu sprechen. Der Bezug durch die Mitarbeitenden soll dann auch zum geplanten Zeitpunkt noch möglich sein. Der Rundumschlag vorher von Zeno war meiner Meinung nach nicht unbedingt angebracht, da wir doch auch in der BBK immer wieder Bauabrechnungen haben, wo wir feststellen können, dass es gut abschliesst und sehr unter Budget. Dass das ein Ausreisser ist, darf man schon zur Kenntnis nehmen und auch kritisieren, aber ich denke, man darf nicht verallgemeinern.

Wir von der EVP/BDP-Fraktion stimmen dem Zusatzkredit zu, auch in dem Sinn, dass wir den Neuanfang dieses Departementes nicht gleich mit einem Scherbenhaufen starten lassen wollen.

M. Nater (GLP/PP): Meine Vorredner gingen schon stark darauf ein, was unter der alten Führung passiert ist, was nicht in Ordnung war. Wir fokussieren jetzt auf das letzte Jahr, seit der Mehrbedarf der Investitionen bekannt ist. So ist es auch unter der neuen Interimsleitung störend, dass der Fehlbetrag, der schon seit Sommer 2016 bekannt ist, nicht rechtzeitig vor die politischen Gremien gebracht wurde. Die BBK wurde ein Jahr nicht informiert, dass nicht gedeckte Kosten ausgelöst wurden. Die Erklärung dazu war, dass man sagte, diese Mehrkosten müsse man zuerst sauber aufschlüsseln, man muss eine Untersuchung starten, damit man genau weiss, wie hoch der Zusatzkredit ausfällt. Am Schluss mit Mehrkosten vor das Entscheidungsgremium zu gehen, wenn die Endkosten schon fix und die Aufträge erteilt sind, ist kein liberales Vorgehen, da die Entscheidungsfreiheit sehr stark eingeschränkt ist. Von daher wäre ein politisches Nein eine Option.

Nur – was würde ein solches Nein bedeuten? Ein Nein im Rat würde wahrscheinlich einen Baustopp auslösen, was zu einem finanziellen Schaden und Rechtsproblemen führen würde. Das wiederum wäre ein Reputationsschaden für die Stadtwerke und auch für Winterthur. Schöntal könnte dadurch nicht fertig gestellt werden, was wiederum dazu führt, dass einige Mitarbeiter weiterhin in den Baracken arbeiten müssten und auch hier würden wieder Mehrkosten anfallen.

Positiv ist zu werten, dass die die getätigten Mehrkosten nachvollziehbar sind und mögliche Sparmassnahmen eingeleitet wurden. Die operativen Arbeiten in diesem Jahr waren gut und der Kulturwandel bei den Stadtwerken wurde mit unpopulären Sparmassnahmen schnell eingeleitet. Besondere Erwähnung möchte ich da an die operative Interimsleitung durch Urs Buchs richten. Es braucht Mut, unangenehme Entscheidungen zu treffen, wenn man davon ausgehen muss, dass die alte Leitung wiederkommt und diese Entscheidungen, die man da fällt, gar nicht unterstützen würde. Dass man da wirklich diese harten Entscheidungen fällt, dafür braucht es Mut, es braucht Mut und es braucht Rückgrat. Von daher wirklich Dank an die Interimsleitung von Stadtwerk und auch, dass sie entsprechend gestützt wurde vom Stadtrat.

Wir von der Fraktion werden dem Zusatzkredit zustimmen, fordern aber in Zukunft eine transparente Kommunikation von Stadtwerk, auch bei kritischen Themen. Das heisst auch: Bei der Wärme Frauenfeld AG wollen wir Alternativen sehen und nicht einfach eine Abschreibung abnicken, sondern dass wir dort auch wirklich eine Auswahl haben werden, über die wir diskutieren können.

P. Rütsche (SVP): Die Meinung der SVP-Fraktion: Wieder einmal muss die SVP-Fraktion erschüttert von dem Fehlverhalten der alten Führung von Stadt Winterthur erfahren. Es zeigt sich, dass die Politik wieder einmal ausgeblendet wurde. Der SVP ist nicht bekannt, dass über diese Probleme und Kostenüberschreitungen in der zuständigen Kommission berichtet worden wäre. Man kann sich schon fragen, was geworden wäre, wenn die gleiche Führungs-

spitze Stadtwerk weiterhin geführt hätte. Hätte die Politik und auch die Öffentlichkeit jemals davon erfahren oder hätte man auch da getrickst? Diese Frage lassen wir mal im Raum stehen. Jedenfalls müssen wieder einmal Fehler von alten Zeiten ausgebügelt werden.

Die SVP-Fraktion begrüsst die eingeleiteten Massnahmen von Seiten Stadtwerk und auch die Transparenz. Kosteneinsparungen müssen dringend in dem Projekt gemacht werden, damit die Kosten nicht weiterhin in die Höhe getrieben werden. Wir verstehen, dass sich die neue Projektleitung zuerst einarbeiten musste, was auch wichtig ist. Schlussendlich müssen Lösungen heran, die machbar sind. Wir wünschen uns, dass die jetzige Projektleitung das Geschäft bis zum Schluss durchzieht und alles daran setzt, den Bau sauber abzuschliessen. Es ist eigentlich überhaupt nicht erfreulich, aber wir müssen schlussendlich entscheiden, ob wir der Schadensbegrenzung zustimmen oder nicht.

Nach langen Diskussionen hat die SVP-Fraktion beschlossen, den Nachtragskredit zu gewähren, da ein Baustopp für uns keine Alternative ist. Wir stimmen dieser Schadensbegrenzung zu, fordern aber weiterhin eine genaue Kostenkontrolle sowie die Umsetzung von diesen Sparmassnahmen. Des Weiteren muss das Geld an einem anderen Ort eingespart werden.

Die SVP bedankt sich bei der jetzigen Projektleitung für die Massnahmen und auch für die Ehrlichkeit.

R. Diener (Grüne/AL): Auch die Grüne/AL-Fraktion ist unerfreut über das, was da zum Vorschein kam. Wir haben es gehört, es wurden verschiedene Fehler gemacht. Zum Teil gravierend, zum Teil sind auch selbstherrliche Sachen passiert, wir haben das mitbekommen. Keine Frage, das lief nicht gut. Wir sahen auch, dass die Verantwortlichen heute zum Teil nicht mehr da sind. Aber andere Verantwortliche sind letztendlich noch da, auch wir im Gemeinderat. Auch wir standen wie begossene Pudel da, als wir die Mitteilung erhielten, dass da keine Stadtratsreserve in diesem Kredit eingeplant war. Wir haben es auch nicht gemerkt. Irgendwie haben wir alle ein bisschen Schuld daran. Darum ist es auch richtig, wenn wir jetzt die Konsequenzen tragen und sagen, wir müssen nach vorne schauen und wir müssen auch versuchen, jetzt daraus das Beste zu machen. Wir hatten im Juni 2016, also genau vor einem Jahr, eine Begehung vor Ort. Dabei wurde gesagt, es sei alles in Butter, sie seien in der Planung, es koste mehr oder weniger das, was man prognostiziert hat. Es wurde damals bereits ganz klar falsch informiert. Es ist aber nicht so, dass man damals schon alles wusste. Es brauchte noch eine gewisse Zeit, Markus, als diese Sachen auftauchten, damit die Verwaltung überhaupt abklären konnte, was alles an Mehraufwänden entstanden war, wie die Vertragssituationen aussehen und wie sieht das mit den Verpflichtungen aus. Das musste man sauber abklären und das musste auch mit den Vertragspartnern, denen gegenüber man Verpflichtungen hatte, diskutieren und entsprechende Regelungen finden. Es wurde gesagt, die Situation mit der Vereinbarung, die man mit dem Bauunternehmer geschlossen hat. Dafür brauchte es Zeit und ich habe Verständnis dafür, dass man erst in die BBK kam, nachdem das sauber abgeklärt war, und dann umfassend informieren und darlegen konnte, was von diesen Zusatzaufwendungen wieder eingespart werden konnte. Ich finde es ebenfalls sehr erfreulich, dass man doch vieles noch abspecken konnte und so auf ein Volumen und einen Umfang kommen konnte, der gut vertretbar ist, hinter dem wir auch gut stehen können. Ich erinnere einfach nochmals, es wurde schon mehrfach gesagt: In der Höhe von einer Reserve von 10%, es macht also Sinn, dass wir das Projekt abschliessen und die Funktion dieses Baus abdecken können und auch umsetzen und realisieren können, damit diese Zusammenlegung stattfinden kann und die neuorganisierte Stadtwerkleitung das dann auch umsetzen kann, was wir ihnen da quasi auf den Tisch legen.

Deshalb stimmen wir da auch zu von den Grünen/AL, unterstützen den Kredit und hoffen auf eine Zustimmung.

M. Wackerlin (GLP/PP): Das Wichtige wurde eigentlich alles schon gesagt, nur komme ich am Schluss zu einem etwas anderen Resultat. Seinerzeit hat meine Fraktion den Rückweisungsantrag gestellt, der dann gescheitert ist. Ich hatte das Gefühl, dass bei diesem Geschäft schon von Anfang an immer ein bisschen der Wurm drin war, es machte immer wieder den Anschein eines Murkses, den man da macht. Wahrscheinlich wäre es gescheiter gewesen

(wenn ich mich richtig erinnere, habe ich das damals schon empfohlen), man hätte das Gebäude abgerissen und neu gebaut. Jetzt ist es natürlich zu spät dazu, ganz klar. Es ist richtig, dass das Instrument des Nachtragskredites verwendet wurde, aber der Zeitpunkt ist falsch. Wenn man im Mai 2016 spätestens gewusst hatte, auf was es hinauslaufen wird, hätte man dann kommen müssen. Was mich betrifft, damit ich in Zukunft solchen Nachtragskrediten zustimmen kann, ist die Bedingung, dass sie rechtzeitig kommen, also sobald man es weiss, und gut begründet sind. Meiner Meinung nach ist es keine gute Begründung, wenn man geschlampt hat oder eigenmächtig noch Sachen vorgenommen hat. In einem solchen Fall wäre ich sicher bereit, einem Nachtragskredit zuzustimmen, aber unter diesen Umständen würde ich nicht zustimmen. Jetzt ist die Frage, ob es überhaupt zur Abstimmung kommt. Einen Ablehnungsantrag werde ich nicht stellen, aber ich werde nicht zustimmen.

F. Helg (FDP): Auch die FDP-Fraktion wird dem Zusatzkredit wohl oder übel zustimmen. Ich denke, eine realistische Alternative gibt es nicht. Ein Nein würde einen Baustopp bedeuten und wir hätten dann eine unvollständige Schöntal-Liegenschaft. Aber bei diesem Geschäft ist wirklich sehr viel falsch gelaufen. Der Kommissionsreferent hat das eingehend dargestellt und auch in der Diskussion ist das wiederholt zum Ausdruck gekommen. Und wiederum, das muss man da auch sagen, trägt die Verantwortung die alte Leitung von Stadtwerk. Wie Reto Diener kann ich mich auch noch sehr gut an die Begehung erinnern im Juni 2016, wo man uns an Ort und Stelle sagte, es sei alles gut aufgegleist. Das war kurz vor dem Eclet der Wärmering-Affäre, anfangs Juni. Der neuen Leitung ist aber zugute zu halten, dass sie umgehend die notwendigen Massnahmen eingeleitet hat, so dass man da zu einer Lösung gekommen ist. Ergänzend möchte ich noch etwas sagen zu der fehlenden Reserve, die in der Diskussion auch ein Thema war. Aus meiner Erinnerung sind noch 3 Mitglieder da im Rat anwesend, die damals in der BBK diesen Kredit angeschaut haben. Und ich habe mich auch noch einmal vergewissert bzw. nachgeforscht, aber ich konnte es auch nicht nachvollziehen, wieso diese Reserve vergessen ging und man das nicht gemerkt hatte. Aber ich denke, es war, anders als Marc Wäckerlin es sagte, kein Murks, es war ein Geschäft, das man sehr breit diskutiert hat. Es gab 5 Lesungen zwischen Mai 2010 und Januar 2011. Und wie selten bei einem Geschäft hat man die Kosten vorwärts und rückwärts gerechnet und über den Sommer 2010 noch ein externes Gutachten eingeholt zu diesem Projekt. Es hat da noch eine Eigenartigkeit: Nachdem die Kommissionsberatung durch war, zog der Stadtrat diese Weisung nochmals zurück. Das ist ja sonst nicht der Fall, sondern es gibt dann einfach Anträge im Plenum. Dann rechnete der Stadtrat das auch nochmals durch und präsentierte dann die Weisung mit den gelb eingefärbten Änderungen im Gemeinderat nochmals. Von daher konnte man doch davon ausgehen, dass man das auch seitens des Stadtrates nochmals gut hätte kontrollieren müssen und hätte prüfen müssen, ob das wirklich aufgeht mit den Kosten. Wir von der Kommission haben dann natürlich auch auf die Angaben der überarbeiteten Weisung vertraut. Das noch ein Hinweis zu der damaligen Debatte. Aber wie gesagt, wir würden schlussendlich da dem Trauerspiel ein Ende bereiten und auch zustimmen.

Stadträtin B. Günthard: Ich übernehme gerne das Wort, aber ich muss auch sagen: Was soll ich noch ergänzen? Es ist eigentlich alles gesagt. Es ist ein Projekt, wo sehr viele unschöne Aspekte vorhanden sind. Sie haben auf die Herausforderungen oder Probleme dieses Projektes bereits hingewiesen, es steht ja auch transparent in der Weisung. Es war ein zu wenig gewissenhafter Umgang mit dem Geld, es ist eine Komplexität im Projekt vorhanden, das eine gute Projektführung erschwerte. Es steht aber auch, dass es Mängel gab in der Projektführung, es gab Wechsel in der Projektführung, die uns schlussendlich in die Situation führten, in der wir jetzt sind oder die wir ein Stück weit wieder bereinigen konnten und wir jetzt sind. Und ein Teil oder ein Problem ist sicher, das zeigte auch die Projektanalyse, dass unser Baudepartement nicht federführend involviert war. Und zu allem hinzu im Projektteam ja noch jemand war vom Baudepartement, dann aber aus der Stadt ausgetreten ist und nicht ersetzt wurde. Es hat also definitiv strukturelle Probleme, die eine gute Projektführung wirklich von Anfang an erschwert haben. Es war aber so, dass wir mit dem Wechsel von Stadtwerk in mein Departement, mit der Interimsführung von Stadtwerk sofort hingeschaut hat. Man hat sofort geschaut, welche Leistungen vertraglich einfach schon fixiert, wo kann man nichts

mehr machen, wo kann man noch sparen. Man leitete dann sehr schnell sehr konkrete Sparmassnahmen ein, die noch möglich waren, wie ein Vordach, das man gestrichen hat, oder Mobiliar, bei dem man sagte, da zügelt man altes Mobiliar und kauft kein neues, oder die Gastronomiezone, die redimensioniert und gekürzt wurde. Was man konnte, machte man sofort. Was dann noch Zeit benötigt hat, war die saubere Projektanalyse, mit der man den ganzen Ursachen noch sauber auf den Grund gehen wollte. Natürlich kann man jetzt im Nachhinein sagen, es wäre schön gewesen, wir wären noch schneller mit der Analyse und dem Nachtragskredit gekommen, es brauchte aber schlicht und einfach diese Zeit, bis man die sauberen Zahlen hatte. Sie haben es gehört: Man dachte zuerst, es seien 8% Überschreitung, zwischenzeitlich war es über 10% Überschreitung und das Ziel war einfach, diese Überschreitungen so tief hinunter zu bringen, wie es möglich war, und diese Zahl zu haben, bevor wir mit einer Weisung auf Sie zukommen. Dieses Ziel hat man erreicht, man hat jetzt die Kostenüberschreitungen so tief als möglich hinuntergebracht. Mich beruhigt es ein bisschen bei der Vertretung des Nachtragkredites, dass man immerhin im Rahmen einer normalen Reserve gelandet ist.

Auch da: Weshalb war diese Reserve nicht von Anfang an drin? Alle Instanzen haben es nicht gemerkt, weder der Stadtrat noch der Gemeinderat noch das Volk. Es ist nun, wie es ist. Aber ich komme zusammen mit dem Stadtrat auch zum Schluss: Das Projekt jetzt abzubereiten, würde uns nicht weiterbringen. Jetzt muss man halt, symbolisch gesagt, das Dach auch noch bauen. Die Leute müssen umziehen können. Es führt kein vernünftiger Weg daran vorbei, das Geld jetzt einfach noch zu sprechen.

Ratspräsident F. Landolt: Es wurde kein Ablehnungsantrag gestellt. **Gemäss Usus haben Sie damit für die Umnutzung der Liegenschaft Schöntal von einem Werkhof zu einem gemischt genutzten Technik- und Bürogebäude einen Zusatzkredit von 2.5 Mio. bewilligt.**

17. Traktandum

GGR-Nr. 2017.73: Nachtragskredit von Fr. 661'000 für die Stadtpolizei Winterthur

U. Glättli (GLP/PP): Ich spreche zuerst als Referent der SSK und danach anschliessend gerne im Namen der Fraktion, wenn das möglich ist. Die Kommission für Sicherheit und Soziales beantragt Ihnen mit 8:1 die Zustimmung zur Vorlage des Stadtrates für einen Nachtragskredit in der Höhe von Fr. 660'000 zum Budget 2017 der Stadtpolizei. Wichtig für das Verständnis: Es geht dabei um einen Nachtragskredit zum Budget 2017, es ist in dem Sinn ein Budgetkredit. Es hat nichts damit zu tun mit der Rechnung, die wir letztes Mal abgenommen haben und mit den 2 Mio., die man dort mit der Stadtpolizei im Minus war.

In der Sache möchte ich es kurz halten, ich verweise auf die Vorlage des Stadtrates. Der Nachtragskredit ist dort hinreichend ausgewiesen und begründet.

Ich möchte gerne Stellung nehmen im Namen der Fraktion.

Die Fraktion GLP/PP beantragt wie die SSK die Annahme des Antrages des Stadtrates zu diesem Nachtragskredit. Insbesondere liegt hier ein korrektes Vorgehen vor von der zuständigen Stadträtin. Sie kommt rechtzeitig, ich sage jetzt, für den Stadtrat ausnahmsweise rechtzeitig, mit einem Nachtragskredit im laufenden Jahr. Anders als 2016, wie man letztes Mal sah, wo es ein Minus gab von 2 Mio. 3/5 begründet mit fehlenden Erträgen, 2/5 begründet (gleich wie heute der Nachtragskredit) mit den laufenden Vakanzen. Die Vakanzen dauern also nach wie vor an und führen zu Mehrkosten. Man kann sich schon fragen, weshalb man 2016 mit der gleichen Ausgangslage nicht auch mit einem Nachtragskredit kam. Und wieso jetzt der Stadtrat mit einem Nachtragskredit kommt. Das ist zwar nicht das Geschäft, das jetzt traktandiert ist, aber es gilt doch darauf hinzuweisen, wenn ich da im Namen der Fraktion spreche.

Letztlich ist es meiner Einschätzung nach am Finanzverantwortlichen des Departementes zuzuschreiben, dass überhaupt ein Nachtragskredit vorliegt, und es braucht auch ein biss-

chen Mut, wenn man sich in der Verwaltung stark macht für einen solchen Kredit und es letztlich auch schafft, dass dieser in den Gemeinderat kommt, gegen alle bisherigen Widerstände gegen solche Nachtragskredite. Die Nachtragskredite haben Vorteile, sie ermöglichen eine spezifische politische Würdigung da im Rat. Das hat durchaus seinen Sinn. Was 2016 gemacht wurde mit einer Gebundenheitserklärung, ohne Nachtragskredit, ohne Budgetbeschluss dazu, das hat diese politische Würdigung in diesem Rat in dem Sinne verunmöglicht. Das ist zu bedauern. Die hat man letzte Woche dann einfach durchgewinkt mit den 2 Mio. im Minus bei dieser Teilrechnung. Es gilt also in Zukunft, und da schaue ich jetzt den ganzen Stadtrat an, vermehrt und konsequent Nachtragskredite einzuholen, insbesondere wenn man weiss, dass ab dem 1. Januar 2018 das neue Gemeindegesetz in Kraft tritt, das das doppelte Ausgabenbewilligungsverfahren eindeutig festlegt. D.h. Ihr habt sowohl einen Verpflichtungskredit als auch einen Budgetkredit einzuholen, und das für jede Ausgabe. Insbesondere in Grössenordnungen wie hier vorliegend, von Fr. 600'000 oder 1 Million und darüber. Das ist nicht nur eine Bagatelle. Jetzt noch konkret: Wenn wir diesen Fr. 660'000 zustimmen, erwartet unsere Fraktion schon von Barbara Günthard-Maier, dass sie mit diesem Geld 2017 dann haushalten können, damit wir bei der Rechnungsabnahme in einem Jahr, bei der Rechnung 2017, nicht erneut ein Minus haben in der Teilrechnung der Stadtpolizei. Wenn dem nicht so wäre, würden wir uns sehr wohl überlegen, der Rechnung dann nicht mehr zuzustimmen.

B. Helbling (SP): Nachdem man im Mai 2016 bereits einen gebundenen Kredit wegen der belasteten Personalsituation der Stadtpolizei sprach und wir die Rechnung 2016 wie schon erwähnt mit einem Fehlbetrag von Fr. 1.9 Mio. abnehmen mussten, sind wir jetzt daran, einen Nachtragskredit von Fr. 661'000 für die Stadtpolizei zu beschliessen. Die SP wird dem mit wenig Begeisterung zustimmen. Es gab einige Fragen, die während der Kommissionsbesprechung zwar beantwortet wurden, aber trotzdem einen schalen Nachgeschmack hinterliessen. Den Nachtragskredit deshalb abzulehnen, finden wir nicht zielführend, denn die meisten Kosten, die beantragt werden, wurden bereits geleistet oder müssen geleistet werden. Es geht nämlich um Mehrkosten wegen der krankheitsbedingten Ausfälle, was zu doppelten Lohnzahlungen führt und geführt hat, sowie Kosten für temporäre Stellvertretungen zur Aufrechterhaltung des Betriebes.

Ein grosses Fragezeichen lösen die sehr hohen Rekrutierungs- und Assessmentkosten aus. Dass die Rekrutierungen so viel kosten wie ein Jahresgehalt eines vereidigten Polizisten (Fr. 125'000) ist für uns kaum nachvollziehbar. Die Situation im Kader der Stadtpolizei und, wie wir jetzt erfahren müssen, auch im rückwärtigen Bereich, hätte schon länger offengelegt werden sollen. Da sehen wir die zuständige Stadträtin in der Pflicht. Wir wurden erst informiert, als die Hälfte des Kadere bereits ausgefallen war und man annehmen musste, dass das publik wird. Erst dann wurde die schon länger geplante Roadmap 2020, die immer wieder auf Eis gelegt wurde, initiiert. Die personelle Situation wurde zu lange verschwiegen oder beschönigt. Das wirft kein gutes Licht auf die Führung des Departementes. Es reicht absolut nicht, sich auf die Sparmassnahmen Balance zu berufen. Diese mussten nämlich alle Departemente mittragen. Bei der Stadtpolizei wurden keine Stellen abgebaut wie in anderen Departementen. Es können dort, wir wissen es alle, 10.5 vereidigte Polizeistellen aufgestockt werden. Und wie wir jetzt erfahren, bräuchte es wahrscheinlich auch im rückwärtigen Bereich noch mehr Personal. Wir erwarten, dass die Stadträtin da ihre Verantwortung wirklich übernimmt. Wir stimmen dem Nachtragskredit zu.

D. Schneider (FDP): Es wurde schon vieles gesagt. Was mich noch erwähnenswert dünkt: Zur Frage nach der Krankentaggeldversicherung kursiert gerade eine schriftliche Anfrage. Das hat mich auch beschäftigt, dass die Kosten voll durchschlagen, wenn jemand krank ist, und die Krankheitsfälle nicht ausgeglichen werden. Ich denke, es ist wichtig und gut, dass wir jetzt eine «Feuerwehrrübung» machen mit diesen Fr. 660'000. Das Problem wird erst gelöst, wenn man den Stellenaufbau, den das Volk gutgeheissen hat und wo das Departement Sicherheit auch daran ist, die Stellen möglichst schnell gut zu besetzen. Dort liegt eigentlich die Lösung. Da hat man jetzt einfach eine Feuerwehrrübung, der Ausbruch des Feuers war auch speziell. Wir von der FDP stimmen dem Antrag auch zu.

U. Obrist (SVP): Wir von der SVP haben auch Runzeln auf der Stirne und wir billigen den Nachtragskredit mit etwas Zähneknirschen zu. Es wurde vieles gesagt, ich möchte da nicht mehr darauf eingehen. Ich möchte aber noch auf etwas anderes eingehen. Wir bekamen in der SSK schon drei Mal PowerPoint-Präsentationen über Massnahmen, die bei der Stadtpolizei getroffen werden sollten oder verändert werden sollten. Da frage ich mich dann schon, wann diese Massnahmen dann einmal eintreffen? Und wann werden sie umgesetzt? Und, wenn sie eingetroffen und umgesetzt worden wären, ob der Nachtragskredit dadurch hätte verhindert werden können? Das ist meine konkrete Frage an Dich, Barbara.

B. Huizinga (EVP/BDP): Warum es akut mehr Personal benötigt bei der Stadtpolizei, wurde uns in der Kommission plausibel dargelegt. Es scheint, als ob man momentan keine Wahl hätte, als diesen Nachtragskredit anzunehmen. Uns als EVP/BDP-Fraktion drängt sich aber langsam das Bild von einem löchrigen Sieb auf. Wir schütten in schon fast regelmässigen Abständen neues Geld für die Stapo aus. Daher stellt sich schon die grosse Frage nach einem strukturellen Defizit, das jetzt dringendst und ohne Zeitverzug angegangen werden sollte. Als es publiziert wurde, habe ich relativ schnell eine schriftliche Anfrage mit genau solchen Fragen gestellt, weil es mich einfach interessiert, was aktuell gemacht wird, damit die Stapo nicht immer weiter noch neue Finanzspritzen braucht. Anders als David Schneider bin ich nicht der Meinung, und das sagte auch Stadträtin Günthard-Maier im Landboten so: Die Stellen, die wir geschaffen haben bei der Polizei, sind für die Frontstunden und nicht im rückwärtigen Bereich. Da sind noch ganz viele sonstige potentielle Siebe oder Löcher vorhanden. Wir zweifeln daher an der Aussage der zuständigen Stadträtin, dass in der nächsten Zeit keine zusätzlichen Mittel mehr für die Polizei gesprochen werden müssten. Aktuell und unter den gegebenen Umständen werden wir aber dem Nachtragskredit zustimmen.

R. Dürr (Grüne/AL): Um es vorweg zu nehmen: Die Fraktion Grüne/AL stimmt dem Nachtragskredit zu, wenn sicher auch zähneknirschend. Aber faktisch ist es so, dass das Geld eigentlich ausgegeben ist – oder mindestens, wie Bea Helbling schon sagte, am Ausgeben ist. Wir haben aber ebenfalls zugestimmt, weil es dringend notwendig ist, dass ein bisschen Ruhe einkehrt in der personellen Situation bei der Stadtpolizei. Aber: Ich wünschte mir von der aus meiner Position links sitzenden rechten Ratsseite, dass sie bei der Budgetdebatte dann vielleicht daran denken, dass wir auch Ja gesagt haben zu diesem Nachtragskredit für die Polizei. Und dass man das dann dem übrigen Personal auch einmal zukommen lassen könnte und sich nicht immer nur für die Stadtpolizei aussprechen würde. Danke.

A. Geering (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion hört aus diesem Nachtragskredit einen Notruf aus der Stadtpolizei heraus. Der beantragte Kredit von Fr. 661'000 ist sehr hoch und wir fragen uns, wie es soweit kommen konnte, dass der Nachtragskredit in dieser Höhe eingereicht werden muss. Hat man da allenfalls in der Budgetierung für 2017 etwas übersehen, oder weggelassen oder wieso hat man das damals noch nicht gewusst und nicht schon ins Budget genommen? Der Nachtragskredit wird durch krankheitsbedingte Ausfälle begründet und es ist klar, dass die anderen Mitarbeiter zusätzliche Aufgaben übernehmen müssen, wenn jemand krank ist. Wenn wie bei der Stadtpolizei mehrere Personen ausfallen, summiert sich der Arbeitsaufwand für die Verbliebenen und es wurde uns gesagt, es hätte so eine Art Domino-Effekt gegeben. Das bedauern wir. Es sei jetzt so, dass ein Teil der «alten Stellen» wieder besetzt werden konnte, dass aber immer noch gewisse Arbeiten in einem temporären Arbeitsverhältnis wahrgenommen würden.

Wir von der CVP/EDU-Fraktion halten ausdrücklich fest, dass wir erwarten, dass der Nachtragskredit nun für die Ausgaben im Jahr 2017 reicht und wir nicht bei der Rechnung 2017 in ca. einem Jahr nochmals mit zusätzlichen Mehrausgaben konfrontiert werden. Wir erwarten zusätzlich, das wurde schon angetönt von der SVP, ich möchte es noch ausdeutschen, dass die Massnahmen im Zusammenhang mit der Roadmap 2020 jetzt auch greifen. Es sind dort Entlastungen erwähnt in der Roadmap 2020, es sind Schritte für das kommende Semester angedacht, von denen wir jetzt auch sehen möchten, dass sie umgesetzt werden und die Entlastung bringen.

Es wurde auch schon angetönt, dass die krankheitsbedingten Ausfälle zu Budgetüberschreitungen führen bei der Polizei. Wenn man sich nochmals an die Rechnungsabnahme 2016 erinnert, haben wir nicht nur bei der Stadtpolizei krankheitsbedingte Budgetüberschreitungen, sondern auch in anderen Produktgruppen, z.B. in einzelnen Produktgruppen im Schuldepartement. Aber wahrscheinlich auch in anderen Departementen. Ich würde mich da dem Votum von David anschliessen, dass sich die Frage stellt, wie das ist mit diesen Krankheitsausfällen. Muss das wirklich sein, dass dann die entsprechende Abteilung diese Mehrkosten alleine mit einer Budgetüberschüssung decken muss, oder ob es nicht sinnvoll wäre, dass man Rückstellungen machen würde, produktgruppenübergreifend in der Stadt, so dass man Krankheitsfälle so decken könnte und nicht die betreffende Produktgruppe an den Pranger gestellt wird. Es ist eine Interpellation am Laufen, die Interpellation 2017.25, bei der es um Erkrankungen in der Stadtverwaltung geht. Wir sind gespannt auf die Antworten, die wir dort erhalten werden, ob vielleicht die Stadt Winterthur ein Problem hat bezüglich dem Gesundheitsmanagement bei den Mitarbeitenden, oder wie es dort aussieht. Der CVP/EDU-Fraktion ist es ein Anliegen, dass die Personalsituation und die Stimmung in der Stadtpolizei sobald als möglich besser und gut wird und beruhigt wird. Wir möchten es an dieser Stelle nicht unterlassen, den Polizistinnen und Polizisten, aber auch den Angestellten der Polizei im rückwärtigen Bereich zu danken für den Einsatz, den sie nicht nur tagtäglich, sondern auch jede Nacht für uns in der Stadt machen, dass sie motiviert an der Arbeit sind und gut für uns schauen. In dem Sinn stimmen wir dem Nachtragskredit zu und hoffen, dass so auch Ruhe in das Departement oder in die Stadtpolizei kommen kann.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Auch da gilt das Gleiche. Ich werde dem Antrag nicht zustimmen, verzichte aber auf einen Ablehnungsantrag, da es ohnehin sinnlos ist, wie wir gehört haben. Und v.a. auch, wie Urs Glättli gesagt hat, weil das Vorgehen eigentlich richtig ist, was wir ja auch ein bisschen honorieren können. Aber anders als andere sehe ich das Problem nicht beim Personal, sondern ich bemängle zum einen, dass der Nachtragskredit erst eingeholt wird, nachdem man das Geld schon ausgegeben hat (das ist wieder dasselbe wie letztes Mal). Wenn sich ein Problem abzeichnet, sollte man eigentlich früh reagieren. Dann bemängle ich auch den Führungsstil von Stadträtin Barbara Günthard-Maier. Sie nahm sich den Stadtwerken an und hat dafür offensichtlich ihr eigenes Departement vernachlässigt. Was vorgefallen ist, werde ich in erster Linie nicht als Ressourcenproblem, sondern als Führungsproblem. Wenn zu wenig Personal da ist (was ich bezweifle), dann muss man halt priorisieren und zwischen unwichtigen und wichtigen und zwingenden Aufgaben unterscheiden. Bei den unwichtigen Aufgaben muss man dann halt zurückfahren, so dass das Personal trotzdem nicht überlastet ist. Ich denke, das wäre vielleicht etwas, was man in Zukunft beherzigen könnte.

Stadträtin B. Günthard: Sehr gerne übernehme ich auch zu diesem unangenehmen Geschäft das Wort. Es ist natürlich schon so, dass ein bisschen die Frage im Raum steht: Jetzt räumt sie bei Stadtwerk auf und parallel hat sie im eigenen Departement auch noch aufzuräumen... Das ist so. Zuerst möchte ich zu Ihren diversen Fragen und Bemerkungen Stellung nehmen, bevor ich grundsätzlich noch 2-3 Worte sage.

Ich gehe der Reihenfolge Ihrer Voten nach. Es steht die Frage im Raum, warum man bei der Rechnung 2016 gebunden kam und nun mit einem Nachtragskredit. Das ist eine Frage, die ich so im Raum stehen lassen muss. Da würde ich Ihnen empfehlen, in den Kommissionen, in der AK zum Beispiel, einmal genauer hinzuschauen. Es ist einfach so mit diesen Prozessen: Man kommt als Departement mit den Anträgen in den Stadtrat, vertritt nachher Stadtratsentscheide. Es gibt gewisse «Bandbreiten», in denen man entscheiden kann, es ist auch klar, dass man nur zu den Dingen, die man selbstverschuldet hat oder die man hätte beeinflussen können, mit Nachtragskrediten kommt und nicht z.B. wenn wir weniger Bussen einnehmen. Aber wenn Sie das noch genauer klären möchten, müssten Sie das in diesen Kommissionen machen, wo das am besten passt.

Die Erwähnung des Wortes «Mut» hat mich gefreut. Es ist so. Ich weiss nicht, ob Sie sich das vorstellen können. Es braucht Mut, um mit einem Nachtragskredit hinzustehen. Es braucht Mut, um als Departementsvorsteherin zu sagen: «Ja, es ist so, wir haben ein Problem.» Es

wäre einfacher, so zu tun, als wäre alles in Ordnung. Ich gehe aber in meinem Selbstverständnis von dem, was man von mir als Stadträtin erwartet, auch vom Volk her, davon aus, dass ich hinstehe, Probleme benenne, Lösungen erarbeite und alles mache, damit diese Probleme gelöst werden – und da bin ich jetzt dran, auch wenn es im Moment gerade unangenehm ist. Ich würde sagen, mit Ihrem Signal, dass Sie einen solchen Nachtragskredit unterstützen, setzen Sie natürlich einen positiven Anreiz, dass man auch ein nächstes Mal wieder kommen würde. Aber es ist so: Man ist ausgestellt und es ist unangenehm.

Jemand sagte, man wünsche sich, dass es jetzt keine neuen Überschreitungen mehr gibt. Das wünsche ich mir auch. Wir geben auch unser Bestes, dass es keine weiteren Überschreitungen gibt. Ich muss einfach einen Vorbehalt machen: Die Stadtpolizei hat manchmal Grosseinsätze, die man nicht planen kann, wo man eine gewisse Reserve drin hat, aber die ist innerhalb eines bestimmten Rahmens. Eine 100%ige Garantie, dass wir schaffen, was wir uns vornehmen, kann ich nicht abgeben.

Es wurde auch gesagt, evtl. von der Seite der SVP, es sei unschön, dass man das Geld nun ausgeben muss im Stil von «Das Loch ist jetzt offen, jetzt schütten wir das Geld nach und wenn die Massnahmen da sind, schliesst sich das Loch wieder». Es sagte auch jemand, die Rekrutierungskosten seien so hoch wie eine ganze Jahresstelle. Ja, das ist so. Und deshalb haben wir ja das Projekt Roadmap, in dem man analysiert hat, was die Ursachen sind. Man sah, dass es strukturelle Ursachen sind, die man auf der strukturellen Ebene (mit genügend Leuten) lösen muss. Da würden tatsächlich einige Jahreslöhne drinliegen, bis man diesen Betrag zusammen hat. In der jetzigen Situation geht es aber nicht anders, als das Geld auszugeben, damit die Arbeit aufrechterhalten werden kann.

Was ich zurückweisen möchte, ist der Vorwurf, wir hätten mit dem Projekt Roadmap 20 zu spät angefangen. Das ist nicht so. Natürlich hätte ich gerne noch früher begonnen, das habe ich auch so in den Medien gesagt. Aber wir haben doch im Oktober 2015, ca. 1 Jahr bevor dann diese Probleme akut auftraten, angefangen. Wir haben gesehen, dass da ein Problem auf uns zukommt, es ist zu viel Arbeit und zu wenig Ressourcen. Aber, das ist klar, wenn dann plötzlich nur noch die halbe Geschäftsleitung da ist, kann man nicht mehr ein schönes grosses Organisationsentwicklungsprojekt mit denen weiterstemmen, die noch übrig sind. Sondern dann muss man Sofortmassnahmen schnüren, einmal schauen, welche Profile es genau braucht, was sind die richtigen Sofortmassnahmen. Zuerst muss man die Organisation stützen, bevor man dann wieder in den ordentlichen Rhythmus mit der Organisationsentwicklung gehen kann.

Dann war noch die Frage offen, weshalb wir die Kosten nicht gleich ins Budget 2018 hineinbrachten. Wir schitterten ganz knapp daran vorbei. Wir hätten das eigentlich machen wollen, aber der Budgetierungsprozess war 2-4 Wochen vorher, man hat es zeitlich einfach nicht mehr geschafft.

Der Vorwurf, das Geld sei schon ausgegeben – das kam glaube ich von Marc: Das ist nicht so. Einen Teil hat man ausgegeben, einen Teil aber noch nicht. Und deshalb war es mir ein Anliegen, dass wir vor den Sommerferien noch ein Commitment erhalten, denn wir haben immerhin noch ein halbes Jahr, in dem man steuern kann, und dass ich sozusagen die Ausgabenfreigabe durch den Gemeinderat jetzt bekomme.

Ich sagte es: Die Ausfälle sind das Symptom des Problems, es braucht Mut, hinzuschauen. Es ist aber so, dass man jetzt Lösungen erarbeiten möchte, auch der Stadtrat möchte Lösungen erarbeiten, und das Ziel muss selbstverständlich sein, dass man die Organisation stabilisiert. Das, das Sie bewilligen im Nachtragskredit, sind Sofortmassnahmen. Einfach dass jetzt, mit dem Stand heute, überhaupt Leute arbeiten und das Alltagsgeschäft erledigen und dass man rekrutieren kann. Die Ursachen, das haben Sie ja gelesen, das habe ich dem Landboten schon gesagt, sind struktureller Natur. Die Aufgaben sind gewachsen, die Anforderungen sind gewachsen und das Personal im Kommando und im rückwärtigen Bereich ist gleich geblieben. Da ist klar, wenn man dieses strukturelle Problem lösen möchte, dann muss man das auf der strukturellen Ebene lösen. Auf Deutsch gesagt: Mit zusätzlichen Stellen. Ob und was der Stadtrat für nötig befindet, das habe ich auch schon kommuniziert, das entscheidet man im Rahmen des Budgetprozesses 2018. Was man sofort entschieden hat, da waren sie auch beteiligt, dafür gaben Sie das OK bei der Budgetsitzung 2017, ist die sofortige Entlastung durch einen vollamtlichen Kommandant-Stellvertreter. Das haben wir sofort hineinge-

nommen, die Stelle ausdefiniert und für diese Sofortunterstützung bedanke ich mich bereits sehr, die ich dort erhalten habe. Zusammengefasst eine unschöne Situation. Man muss sich dem manchmal stellen, die Lösungen erarbeiten. Mit der Unterstützung des Nachtragskredit haben wir einen ersten Schritt geschafft und der zweite muss kommen. Danke.

Ratspräsident F. Landolt: Es wurde kein Ablehnungsantrag gestellt. **Damit haben Sie der Weisung 2017.73 «Für die Produktgruppe 424 Stadtpolizei wird ein Nachtragskredit von Fr. 661'000.00 im Jahr 2017 bewilligt. Der Globalkredit 2017 erhöht sich damit auf Fr. 27'131'771.» zugestimmt.**

18. Traktandum

GGR-Nr. 2012.86: Antrag und Bericht zur Motion B. Meier (GLP), F. Landolt (SP), J. Altwegg (Grüne), L. Banholzer (EVP) und D. Schneider (FDP) betr. schnellere energetische Erneuerung der Gebäude

Ratspräsident F. Landolt: Es ist ein Antrag, zu dem keiner der Motionäre mehr sprechen kann, weil alle irgendwie gewechselt haben. Dazu darf ich dem Stellvertreter des Erstmotionärs, Markus Nater, das Wort geben.

M. Nater (GLP/PP): Es freut mich einerseits, die Motion vorzustellen, aber leider ist das Ergebnis nicht ganz dem entsprechend, das ich gern hätte.

Ganz kurz um was es geht: „Der Stadtrat unterbreitet dem Gemeinderat die notwendigen gesetzlichen oder planerischen Änderungen, um die energetische Erneuerungsrate der Gebäude von 0.5% pro Jahr auf mindestens 1.0% pro Jahr zu verdoppeln und damit die energie- und klimapolitischen Zielsetzungen zu erreichen.“

Das tönt jetzt gewaltig: 0.5 auf 1% ist eine Verdopplung. Aber einfach, um es klarzustellen: Eine Erneuerungsrate von 0.5% würde heissen, der ganze Gebäudepark würde innerhalb von 200 Jahren erneuert werden. Und 1% würde heissen, der ganze Gebäudepark wird innerhalb von 100 Jahren erneuert. Das ist nicht etwas, das super anspruchsvoll wäre.

Wenn wir da weitergehen: Es ist eine Motion vom 27. August 2012. Die erste Antwort kam am 11. Dezember 2013. Da schreibt der Stadtrat, Änderungen auf kommunaler Ebene in der Bau- und Zonenordnung seien nicht möglich, es seien enge Grenzen gesetzt und übergeordnetes Recht würde fehlen. Andererseits verweist er auf die knappen finanziellen Mittel. Das ist ziemlich einfach, man kann immer auf die knappen finanziellen Mittel verweisen, dass es nicht möglich ist, dass man dort entsprechende finanzielle Anreize verstärkt einsetzen könne, um die Anreize für Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer zu erhöhen.

Was er aber dann macht, ist ja schon sehr nett: Er sagt einem dann die fachliche Unterstützung zu. Beim Formulieren einer entsprechenden Behördeninitiative stünde die Stadtverwaltung gerne zur Verfügung. Also er verweist auf etwas anderes, eigentlich damit er seinen Job nicht so machen muss. Der Stadtrat ist auch bereit, ist vorhandene Massnahmen weiterzuführen und seinen Handlungsspielraum zu nutzen. Dass er vorhandene Massnahmen weiterführt, ist auch wieder Selbstverständlichkeit. Er kann ja nicht schreiben, er stoppt vorhandene Massnahmen, um damit noch schlechter zu werden. Was ich sehr gerne höre, ist der Handlungsspielraum, den man hat.

Das Ziel der Motion, die energetische Erneuerungsrate der Gebäude durch gesetzliche oder planerische Änderungen zu verdoppeln, lässt sich auf Gemeindeebene nicht umsetzen. Das war das Fazit am 11. Dezember 2013.

Die Motionäre waren damit natürlich nicht einverstanden und verlangten eine Nachbesserung. Wie ging das weiter? Es wurde dann geprüft, dass in Männedorf und Richterswil etwas Ähnliches umgesetzt worden ist. Die Betonung liegt auf «umgesetzt worden». Dort hat man es gemacht. Es hat sich danach gezeigt, dass das keinen sehr grossen Erfolg hatte, weil man dort nicht viele Häuser entsprechend erwischte hat. Eine Ergänzung der Motionäre, in der man sagte, man wolle das Feld öffnen und «sonstige Massnahmen» entsprechend noch hineinbringen, wurde vom Stadtrat abgelehnt, weil er sagte, dann würden sie gar nicht mehr wis-

sen, was sie machen müssten. Es wird neu auf MuKEN 2014 verwiesen, welche in den nächsten Jahren im Kanton Zürich eingeführt werden sollen. Auch da wieder: Der Stadtrat schlägt eine Behördeninitiative durch den Grossen Gemeinderat vor, mit einer ausformulierten Änderung vom Planungs- und Baugesetz. D.h. der Grosse Gemeinderat muss seine juristische Expertise und seine Zeit hineinbringen, um eine ausformulierte Änderung vom Planungs- und Baugesetz zu erarbeiten. So wird der Ball einfach zurückgeschoben und die Arbeit nicht gemacht.

Was ist die Erwartung an den Stadtrat? Man soll den Handlungsspielraum, der scheinbar vorhanden ist, nutzen. Man soll aktiv auf die Umsetzung des Energiekonzept 2050 hinarbeiten, um die ersten Zwischenziele 2020 wirklich erreichen zu können. Wir sind überhaupt nicht auf Zielpfad zur Zielerreichung 2020.

Aus der BBK ist kein Antrag auf Erheblicherklärung. Aber bezüglich Behördeninitiative haben wir noch einen Input: «Vom Bericht des Stadtrates zur Motion betreffend schnellere energetische Erneuerung der Gebäude ~~und vom Vorschlag des Stadtrates für eine Behördeninitiative zuhanden des Kantonsrates~~ wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.»

Dieser Vorschlag, dass wir vom Grossen Gemeinderat etwas ausformulieren sollen, dass wir eigentlich diese Arbeit hätten, das können wir leider so nicht umsetzen und wir finden auch, wenn man so etwas machen würde, wäre das sicher ein Teilauftrag des Stadtrates.

Das ist der Antrag der Motionäre.

Nun noch zur Meinung der Fraktion: Wir von der Fraktion haben das Gefühl, dass der Stadtrat gut aufzeigen kann, was er nicht machen kann. Er kann auch gut aufzeigen, was er macht. Leider zeigt er nicht auf, was er für Lösungen hat, z.B. mit sonstige Massnahmen, um die Erneuerungsrate substanziell auf 1% verbessern, wie es im Energiekonzept 2050 beschrieben ist. Das ist das Ziel, das der Stadtrat erreichen soll. Der Stadtrat hat den Auftrag des Volkes, das Energiekonzept 2050 umzusetzen, was 2012 von den Stimmbürgern mit 64% angenommen worden ist.

Gemäss Motionsantwort hat der Stadtrat einen grossen Handlungsspielraum, den er aus unserer Sicht völlig unzureichend für die Erfüllung des Auftrages einsetzt. So werden z.B. bei Neubauten andere Prioritäten als Energieeffizienz setzt. So ist das geplante Polizeigebäude z.B. nicht 2000-Watt-kompatibel, obwohl das Polizeigebäude auch im Jahr 2050 noch stehen wird. Bei Sanierungen müssen Verbesserungen der Energieeffizienz noch stärker eingefordert und gefördert werden. Die kantonalen Mustervorschriften Energie MuKEN 2014 werden in den nächsten Jahren in Kanton Zürich eingeführt und viele Sanierungen von heute sind dann schon wieder veraltet. Wenn er schon Handlungsspielraum hat, soll er diesen auch nutzen.

Energieerzeugungen ohne fossile Heizstoffe sind stärker zu fördern. Da ist auch Flexibilität gefordert. So soll auf effiziente dezentrale Heizungen gesetzt werden, und die grossen Wärmeverbünde, wenn sie unwirtschaftlich sind, beiseite gelassen werden.

Auch wieder auf die Stadtwerke bezogen: Bei der Erzeugung von alternativen Energien wie Solarstrom sind Anreize für Private zu setzen. Es kann nicht sein, dass es sich für Private nicht lohnt, Solarstrom zu produzieren. So verlangt Stadtwerk hohe Gebühren für die Zähler und zahlt für den privaten Solarstrom mit Zertifikat 12 Rp/kWh. Den Kunden wird der Solarstrom aber nachher für 20 Rp/kWh weiterverkauft. Es ist ein geniales Geschäft, und das kann man scheinbar nur machen, wenn man in einer Monopolstellung ist.

Wie diese Beispiele zeigen, ist da viel Potential vorhanden auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft. Wir von der Fraktion GLP/PP werden auch in Zukunft Vorstösse einbringen, um den Stadtrat dabei zu unterstützen, damit er das Energiekonzept 2050 und neu auch die Energiestrategie des Bundes als Auftrag der Bevölkerung umsetzt.

Bezüglich dem Auftrag des Stadtrates an den Grossen Gemeinderat für die Ausformulierung einer Behördeninitiative ist es etwa so, als ob der Mitarbeiter keine Lust hätte, etwas umzusetzen. Dafür spielt er den Ball dem Chef zu, er solle doch selber diese Basisarbeit durchführen. Aber von gewissen Parteien kennt man das ja, dass sie keine Lust haben.

Diese Motion schreiben wir ab, da der Stadtrat nicht die Flexibilität und den Handlungsspielraum zeigt, um mit dem bestehende Motionstext Lösungen zu finden.

Ratspräsident F. Landolt: Es gibt einen Abänderungsantrag der BBK. Kann sich der Stadtrat dem anschliessen?

Stadtrat J. Lisibach: Der Stadtrat schliesst sich an.

Ratspräsident F. Landolt: Danke. Dann sprechen wir über den abgeänderten Weisungstext.

L. Banholzer (EVP/BDP): Diese Motion hat schon einen langen Weg hinter sich und die Verwaltung machte viele Abklärungen. Man fragte in anderen Gemeinden nach, die sich in ähnlicher Richtung Gedanken gemacht hatten. Es zeigte sich, dass auf kommunaler Ebene doch wenig Spielraum bleibt, um die Erneuerungsrate von Gebäuden massgeblich zu erhöhen. Für eine deutliche Steigerung müssten die kantonalen Vorgaben geändert werden, das schlug der Stadtrat selber so vor. Im Moment hätte das aber im Kantonsrat kaum eine Chance. Mit den jetzigen tiefen Energiepreisen ist der Anreiz für eine höhere energetische Sanierung leider auch nicht gross. Es bleiben uns nur die verschiedenen Massnahmen, die wir weiterhin umsetzen können (wie das Gebäudeprogramm oder die Bauberatung), um die Erneuerungsrate mindestens ein bisschen zu steigern. Die EVP/BDP-Fraktion ist bereit, die Motion als nicht erheblich zu erklären mit dem Abänderungsantrag der BBK.

R. Diener (Grüne/AL): Wir haben es gehört, die Antwort des Stadtrates war nicht besonders befriedend, das habe ich auch so empfunden. Er hat deshalb zugestimmt, dass man weitere Abklärungen macht. Aber es zeigte sich, auch das wurde gesagt, dass es keinen sinnvollen, vernünftigen Weg gibt, aktuell jetzt über planerische oder gesetzgeberische Massnahmen einen signifikanten Anteil, einen wirklich signifikanten Anteil von Umbauten, von Sanierungen quasi zu erzwingen. Das ist einfach mit den heutigen Rahmenbedingungen auf gesetzlicher Ebene nicht möglich. Davon mussten wir uns überzeugen lassen. Es gäbe die Variante der Arealüberbauungen, wo man mit entsprechenden Auflagen versuchen kann, solche Sanierungen ein wenig zu verzuckern, indem man etwas gibt dafür (z.B. verdichtetes Bauen oder bessere Ausnützung). Das wäre denkbar. Das wurde in den Gemeinden Richterswil und Männedorf teilweise auch versucht. Man sah aber, wenn man die Zahlen anschaute: Das sind wenige Prozent, ganz wenige Prozent des Bauvolumens, die man auf diese Art beeinflussen kann. Eine flächendeckende Einführung mit einer solchen Regelung wäre mit der heutigen Gesetzgebung schlicht nicht möglich. Das sah man auch an genau diesen Beispielen, sie wurden vom Kanton z.T. dann gar nicht bewilligt. Die Versuche sind gescheitert und wir mussten uns damit auseinandersetzen, dass es diesen Weg einfach nicht gibt. Wir versuchten dann, diese Motion ein bisschen abzuändern, indem wir z.B. sagten, man könnte ja auch zum Beispiel die Förderungsmassnahmen ein bisschen aufstocken. Da, lieber Markus, wäre ich natürlich schon dabei gewesen. Wir haben ja auch Postulate eingereicht, um die Förderung zu verstärken, z.B. bei der Solarzellenentwicklung, aber das stiess bei Euch ja auch nicht auf fruchtbaren Boden. Von daher gesehen gibt es tatsächlich keine Möglichkeit, wenn wir nicht mehr Mittel in die Hände nehmen wollen, um die Förderung aufzustocken in der Stadt Winterthur. Da sagten wir ja auch, dass man das eigentlich machen müsste, um die Erneuerungsrate verbessern zu können. Wenn wir da keine Mittel in die Hände nehmen wollen, müssen wir auch nicht glauben, dass wir diese gross verändern können, ohne tatsächlich gesetzliche Massnahmen zu haben, die dann eine gewisse Verpflichtung erreichen. Es wurde gesagt: MuKEN 2014 stehen bereits relativ lange im Raum. Sie sind jetzt dann in der Diskussion im Kantonsrat. Diese werden, wenn sie durchkommen, tatsächlich die Rahmenbedingungen verändern. Danach gibt es wieder mehr Möglichkeiten. Bis es soweit ist, haben wir diese Möglichkeiten leider nicht. Von daher gesehen sind wir auch der Meinung: Wir schreiben diese Motion ab. Der Vorschlag, jetzt eine Behördeninitiative einzureichen, ist nicht zielführend, weil wir sinnvollerweise zuerst abwarten, was mit diesen MuKEN-Beratungen läuft. Dort hat es viele Sachen drin, die gut wären, die in diese Richtung gehen könnten. Wenn wir da in der Stadt Winterthur die Energieziele erreichen wollen, wenn wir uns vermehrt auf die 2000-Watt-Gesellschaft einlassen wollen (was wir sollten, damit wir auch gegen die Klimaerwärmung einen Beitrag leisten können), dann müssten wir da auch ein bisschen Geld in die Hand nehmen und unsere Förderungen aufstocken. Da möchte ich

dann die GLP aber auffordern, da auch mitzumachen. Da gäbe es schon Potential. Wir haben ein Programm, das läuft. Das Programm ist durchaus erfolgreich, aber es ist heute nicht einmal ausgeschöpft. Weshalb ist es nicht ausgeschöpft? Das ist schwierig zu sagen, natürlich gibt es Private, die im Moment nicht gern Geld in die Hand nehmen, um zu sanieren, weil die Energiekosten so tief sind, aber wenn man die Mittel aufstocken würde, könnte man auch etwas mehr unterstützen und es gäbe vielleicht den einen oder anderen, der es dann trotzdem machen würde. Das wäre unser Weg – wenn wir überhaupt etwas machen können in der aktuellen Situation.

F. Helg (FDP): Seitens der FDP-Fraktion würden wir ebenfalls dem Antrag in der geänderten Form zustimmen, dass diese Motion als nicht erheblich erklärt wird. Die rechtliche Lage ist tatsächlich so, dass es für die Gemeinden in dieser Form wenig Handlungsspielraum gibt und es keinen Sinn macht, das so weiterzuverfolgen.

S. Stierli (SP): Ich spreche für den Mit-Motionär Felix Landolt, der dank seines Amtes nicht dazu sprechen kann.

Die Motionäre haben das Vorhaben der Motion sehr ernst genommen und haben darum gerungen, dass man einen realistischen und funktionierenden Mechanismus findet, um die Erneuerungsquote zu erhöhen, aber das ist nicht gelungen. Ich schliesse mich da meinen Vorrednern an, sie haben das alles erklärt, weshalb das so ist und wie die juristischen Ausgangslagen sind.

Im August 2016 insistierten Stadtrat Josef Lisibach und seine Chefbeamten in der BBK darauf, sie wollten ihre Energie und ihre Zeit lieber in Frontarbeit einsetzen als eine solche überwiesene Motion zu beantworten und zu schreiben, was eigentlich ohnehin eine Mission impossible sei. Sie zählten auf, was sie alles machen, das haben wir vorher gehört.

Wie gesagt, offenbar ist es nicht möglich, dass man diese Ziele erreicht und deshalb muss man das Ergebnis wohl so akzeptieren. Aber wir werden genau beobachten, ob der Stadtrat das wirklich macht, ob er seine Zeit und seine Energie im Departement wirklich in die Frontarbeit setzt und investiert, eben für diesen Absenkpfad Energie und CO₂. Denn das ist wichtig, sonst ist es schwierig. Wir pflichten dem Stadtrat zu, aber natürlich nicht wegen der Behördeninitiative. Er ist da leicht übergriffig, der Stadtrat muss uns nicht zwingen wollen, einem guten Vorschlag von ihm zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Wenn wir finden, dass wir etwas machen müssen, dann machen wir es – und dann muss er uns nicht einen solchen Antrag stellen.

H.-R. Hofer (SVP): In der BBK wurde uns aufgezeigt, dass mit der jetzigen Gesetzgebung nicht effektive Einflussmöglichkeiten bestehen. Wenn wir jetzt da, Markus, wieder auf das POM, auf MuKE 2014 oder gar auf die Einspeisevergütung kommen im Kontext der energetischen Erneuerung, finde ich das nicht nachvollziehbar. Wir sind auch dafür, dass diese Motion nicht erheblich erklärt wird.

Stadtrat J. Lisibach: Ich bin froh, dass die BBK keinen Antrag auf Erheblicherklärung stellt und somit dem ablehnenden Antrag des Stadtrates zustimmt. Denn Stadtrat und Verwaltung hätten bei einer Erheblicherklärung mit grossem Aufwand eine unnütze, unscheinbare, nervige Maus ohne Zähne geboren. Seit 2014 (ich habe das Geschäft übrigens auch geerbt wie alle anderen hier drinnen) waren wir 5 Mal in der BBK. Sie haben es mir und der Leiterin vom Baupolizeiamt und dem Leiter der Abteilung Energie und Technik nicht einfach gemacht. Übrigens: Ein ehemaliger grüner Gemeinderat wollte, einfach damit das auch gesagt ist. Sie waren immer hartnäckig, aber immer fair. Es ist uns gelungen, Ihnen aufzuzeigen, was Winterthur für die energetische Erneuerung von Gebäuden macht. Dazu gehört das Programm, das Sie am 7. November 2016 weiter bewilligt haben, zur Finanzierung des bestehenden Förderprogrammes «Energie im Gebäudebereich». Ich bin überzeugt, tatsächlich überzeugt, dass die Frontarbeit, die Gemeinderat Stierli ansprach, eine viel grössere Hebelwirkung hat für die energetische Erneuerung von Gebäuden als irgendwelche kommunale gesetzliche oder planerische Massnahmen, wie es die Motion gefordert hätte. Das v.a. deshalb, das wurde auch gesagt, weil bei der Energiegesetzgebung der Kanton abschliessend zuständig ist.

Die kantonalen Gesetze und Verordnungen wurden in den letzten Jahren laufend verstärkt. Das merkten Sie selber bei der Diskussion zur Volksinitiative zu der Traglufthalle. Die Mustervorschriften MuKE haben Sie auch erwähnt.

Aus all diesen Gründen macht es tatsächlich keinen Sinn, auf kommunaler Stufe gesetzliche planerische Regelungen zu einer energetischen Erneuerung der Gebäude anzugehen. Wir konnten der BBK, das wurde auch gesagt, Beispiele aus anderen Gemeinden zeigen. Ein ähnliches Beispiel gab es nur in einer Gemeinde, mit unserer Meinung nach sehr bescheidenem Erfolg. Weil wir auf den Entscheid dieser Gemeinden warten mussten, war das am Schluss auch wesentlich verantwortlich dafür, dass diese Motion drei Jahre lang in der BBK behandelt wurde.

Vielleicht nochmals für Gemeinderat Stierli: Es ist ein Vorschlag. Der Stadtrat schreibt Euch selbstverständlich nichts vor. Dass das auch noch gesagt ist.

Ich danke Ihnen für die intensiven politischen, rechtlichen und fachlichen Diskussionen. Es war für uns wirklich kein Selbstläufer. Meine Mitarbeiter und ich wurden tatsächlich stark gefordert. Ich schätze es deshalb umso mehr und rechne es Ihnen hoch an, dass unsere Argumente am Schluss überzeugt haben. Danke für Ihre Arbeit.

Ratspräsident F. Landolt: Wer dem Antrag des Stadtrates mit der Ziffer 1 abgeändert, wie es vorne projiziert ist, und der Ziffer 2, der Nicht-Erheblicherklärung dieser Motion, zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Wer gegenteiliger Meinung ist, ebenfalls.

Ihr habt das einhellig so beschlossen und die Motion für nicht erheblich erklärt.

19. Traktandum

GGR-Nr. 2016.93: Begründung des Postulats M. Zeugin (GLP) und M. Wäckerlin (PP) betr. gute Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen in Winterthur

Ratspräsident F. Landolt: Für Michael Zeugin spricht Silvia Gygax.

S. Gygax (GLP/PP): Die ZHAW, die Nähe zum Flughafen, ein renommierter Jungunternehmerpreis und viele günstige Büroflächen sind eigentlich gute Voraussetzungen für die Ansiedlung von Jungunternehmen. Trotzdem gibt es in Winterthur keine aktive Start-up-Szene. Es herrscht keine Aufbruchstimmung. Es fehlt eben doch ein Impact Hub, wie es ihn in Zürich gibt, ein Bio-Technopark, wie es ihn in Schlieren gibt, oder ein kreatives Netzwerk von Start-ups wie in Berlin. Viele kreative Köpfe lassen sich auch vom vermeintlich biederem Image von Winterthur abschrecken. Und das sage nicht ich, sondern das sagt der Managing Director vom Impact Hub in Zürich. Es braucht also mehr als nur gute Voraussetzungen, um attraktiv zu sein für Jungunternehmer. Es braucht einen klaren politischen Willen, Unternehmensgründungen auf die Agenda zu setzen. Es braucht eine klare Strategie zur Ansiedlung von neuen Unternehmen und es braucht auch ein inspirierendes Umfeld. Nur so können wir das vorhandene Potential, das wir in Winterthur haben, brauchen und einen Mehrwert schaffen. Der Gewinn für Winterthur ist ein langfristiger. Es entsteht ein Umfeld, in dem Geschäftsideen wachsen können und in dem Arbeitsplätze generiert werden. Es werden neue Produkte und Dienstleistungen entwickelt. Durch Kreativität und Innovation engagierter Menschen entsteht eine Wertschöpfung und letztendlich dürfen wir sogar auf höhere Steuererträge hoffen. Winterthur kann also nur gewinnen, wenn Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer endlich die guten Voraussetzungen erkennen würden. Dafür braucht es aber wie gesagt eine klare Strategie, geeignete Massnahmen und innovative Ideen. Wie wäre es z.B. mit einem gemeinnützigen Gewerberaum am freiwerdenden Obertor? Wir bitten Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Postulat dem Stadtrat zu überweisen, damit wir die längst überfällige Strategie entwickeln und vorwärtsschauen können. Vielen Dank für die Unterstützung.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL stellt einen Ablehnungsantrag. Vorab ist darauf hinzuweisen, dass die wichtigen Instrumente bei Unternehmensgründungen und Ansiedlungen, nämlich die Steuererleichterungen, eine kantonale Kompetenz ist. Auch sonst sind 2-3 Fragen in Zusammenhang mit Unternehmensgründungen kantonale geregelt oder organisiert, z.B. das Handelsregister und das Notariat. Was könnte also die Stadt machen? Eine bessere Homepage, ein zweiter Technopark, alleine von der Stadt finanziert und verwaltet, eine Gratisberatung für potentielle Start-up-Unternehmer? Die Postulanten lassen uns diesbezüglich im Dunkeln. Wenn man die Homepage von Schlieren oder von Zürich bezüglich Start-ups anschaut, dann muss man klar sagen: Ja, die sind besser. Sie geben einen Überblick über das Thema Firmengründung. Die Homepage der Standortförderung oder bzw. jetzt vom „House of Winterthur“ wird ohnehin noch überarbeitet werden müssen. Man könnte in diesem Zusammenhang sicher das Thema Unternehmensgründungen prominent darstellen. Somit wäre dem Anliegen der Postulanten mindestens teilweise Rechnung getragen. Zudem steht auf den Homepages von Zürich und Berlin, dass nur eine Erstberatung gratis ist. Ich frage mich: Was wollen die Postulanten? Eine umfassende staatliche Gratisberatung für jedes potentielle Start-up-Unternehmen? Liegt da nicht eine Konkurrenzierung der Privatwirtschaft vor? Ist das in diesem Bereich nötig? Weshalb vertrauen die Postulanten nicht einfach auf den Markt?

M. Wackerlin (GLP/PP): Ich möchte nur wenig ergänzen zu dem, was Silvia sagte. Sie hat ein sehr gutes und umfassendes Votum gemacht. Was mir, gerade nach dem Votum von Christian Griesser, wichtig zu betonen ist: Es geht v.a. um eine klare Linie. Es geht nicht um einen plötzlichen Aktionismus, der laufen soll, sondern es geht in diesem Vorstoss um gute Rahmenbedingungen. Es geht nicht darum, dass die Stadt alles übernimmt, sondern es geht darum, dass man die Zielfestlegung sauber macht. Ich denke, man kann durchaus auch die bestehenden Mittel nehmen und sie besser und zielgerichtet einsetzen und damit schon viel erreichen. Wie Du vorher gesagt hast, Christian, unter Umständen braucht es nicht viel, sondern es braucht wirklich einmal eine klare Strategie und ein paar Eckpunkte. Deshalb ist es auch ein Postulat und keine Motion. Der wichtigste Punkt, den wir nicht vergessen dürfen im Rat: Wir brauchen Arbeitsplätze, und das ist ein Mittel, wie wir Arbeitsplätze fördern können.

F. Albanese (SVP): Hätten die GLP-Postulanten dem Geschäft „House of Winterthur“ schon beim ersten Mal zugestimmt und ihnen nicht verbieten wollen, sich in Zukunft für politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen einzusetzen, und das, wenn es sein muss, auch gegen eine gewerbefeindliche Parkplatzverordnung, dann müsste sie jetzt nicht mit etwas schlechtem Gewissen die Stadtverwaltung mit einem jetzt schon wieder fast obsoleten Strategiepostulat bemühen. Denn dieses Postulat wird sicher zu einem ziemlich wirkungsarmen Verwaltungs-Papiertiger verkommen, aber hoffentlich wenigstens zu einer gewissen Beruhigung der GLP-Profilierungswut führen. Das nicht zuletzt, weil die rechtlichen Weichen in diesem Thema erst gerade auf Kantonsebene diskutiert und neu erstellt worden sind, wo die entsprechenden Steuergesetze mit dem flankierenden parlamentarischen Vorstoss übrigens auch hingehört. Was die Interventionistenpartei GLP, die der Stadt selbst den Verkauf von Bauland verbieten möchte, in diesem süffisanten und modischen Thema massgebend beitragen kann, muss mir erstmal jemand beweisen. Überhaupt gehört die postulierte Forderung zu einer Kernaufgabe der Standortförderung, die die gleichen postulierenden Leute ja absurderweise streng beschneiden wollten. Aber vielleicht geht es bei dieser Thematik auch nicht um den ehrlichen Willen nach konkreten Lösungsansätzen, sondern die alleinige Bewirtschaftung von einer unverfänglichen, eingeständnisfreien Stellvertreterpolitik scheint zu reichen, um sich vom schuldig gebliebenen Versprechen einer wirtschaftsfreundlichen Politik reinzuwaschen. Deshalb würde die SVP anstelle eines solchen selektiven Alibi-Postulates lieber für ehrlich gemeinte, gute Rahmenbedingungen eintreten. Das dann aber im Gegensatz für alle Unternehmen, genauso für solche, die noch zu gründen sind, wie für solche, die schon lange gegründet worden sind. Trotzdem werden wir gegen dieses Postulat keine Ablehnung beantragen, denn manchmal kann selbst ein Placebo eine gewisse Wirkung entfalten.

Y. Gruber (EVP/BDP): Winterthur braucht mehr Unternehmen, Arbeitsplätze, mehr Innovation. Mit den hervorragenden Voraussetzungen, die Winterthur mit sich bringt, so z.B. mit der zentralen Lage und der Nähe zum Flughafen, mit viel freier und günstiger Büro- und Gewerbefläche, der ZHAW und grossem Angebot an Bildung, Beratung und Coaching sind die Grundpfeiler für Start-ups bereits gesetzt. Das ist eine Riesenchance, die sich gerade auch mit dem neuen „House of Winterthur“ zur Förderung aufdrängt. Eine klare Strategie, um da in Winterthur ein wachsendes Start-up-Zentrum aufzubauen, entsprechend klare Kommunikation, Werbepattform sowie günstige, gesündere und wirtschaftlichere Rahmenbedingungen sind jetzt gefordert. Allerdings: Parallel zur besseren Pflege des bestehenden Gewerbes soll der Stadtrat den klaren politischen Willen äussern und in einem Bericht eine entsprechende, gezielte Strategie formulieren, die Winterthur als Start-up-Zentrum positioniert. Im Sinn von gesunder Wirtschaft für gesündere Finanzen stimmt die EVP/BDP-Fraktion dem Postulat klar zu. Wir hoffen, dass es nicht zu einem lahmen Papiertiger verkommen wird.

I. Kuster (CVP/EDU): Es wurde schon mehrmals gesagt: Winterthur hat zu wenige Arbeitsplätze im Vergleich zu der Wohnbevölkerung. Dem können wir zustimmen. Start-ups, oder auf gut Deutsch Unternehmensgründungen, können natürlich neue Arbeitsplätze schaffen. In dem Sinn setzt sich die CVP/EDU-Fraktion schon lange für Rahmenbedingungen für Unternehmungen ein. Sei es z.B. bei der Revision für die Parkplatzverordnung, wie auch schon erwähnt, wo für uns der Grundsatz gilt: Parkplätze für Arbeitsplätze. Und zudem unser Engagement für eine nachhaltige Finanzpolitik. Start-ups entstehen dank der Initiative von unternehmerisch denkenden Personen, die eine gute Geschäftsidee haben und die bereit sind, unternehmerisches Risiko einzugehen. Da kann die Stadt einen bescheidenen Beitrag dazu leisten. Die Stadt kann aber gute Rahmenbedingungen schaffen. Und es ist ja erfreulich: Auf Bundesebene wird jetzt ein Fonds gegründet, der Start-ups mit Risikokapital unterstützen soll, unter der Führung von Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Da fliesst auch einiges Geld nach Winterthur. Es ist aber sicher nicht die Idee, dass die Stadt finanzielle Hilfe leisten würde. Wir von der CVP/EDU-Fraktion sind nicht gegen Start-ups. Wir sind aber der Ansicht, dass es dafür keine neue Strategie vom Stadtrat braucht. Es reicht, wenn der Stadtrat und die jetzt neu gewählten Gemeinderäte bei der Festlegung des Ziels beim „House of Winterthur“ ein Schwergewicht bei der Förderung der Start-up-Szene setzen und sich Gedanken machen, in welchen Branchen das möglich ist. Wir sehen Potential in Winterthur als Technologiestandort, insbesondere in den Bereichen Fintech, Automation, Sensorik sowie Industrie 4.0 und Digitalisierung. Aus diesem Grund haben wir auch dazu eine Interpellation eingereicht. Wir erwarten auch, wie bereits schon gesagt, dass der Stadtrat sich beim Technopark dafür einsetzt, dass dieser noch stärker als Plattform für Start-ups genutzt wird. Wir verfolgen dazu gespannt, welchen Beitrag dabei die Stadtentwicklung leistet zur Verbesserung der Rahmenbedingungen der Unternehmungen. Wir brauchen, wie bereits gesagt, keine neuen Strategiepapiere zur Förderung von Start-ups, sondern die bestehenden Instrumente müssen einfach besser genutzt und vernetzt werden. In dem Sinn unterstützen wir das Postulat der GLP/PP nicht.

Ch. Magnusson (FDP): Ich habe heute Abend das Vergnügen, Urs Hofer zu vertreten, der zuerst an Stefan Feer weitergegeben hat und mittlerweile habe ich den Text, mit dem ich Euch vortragen darf, was die FDP zu diesem Postulat zu sagen hat. Urs Hofer wollte es kurz machen, ich werde es sicher schaffen, das ein bisschen in die Länge zu dehnen. Die FDP stellt sich grundsätzlich sicher nicht gegen ein Postulat mit dem hehren und unterstützungswürdigen Ziel, Start-ups in Winterthur zu fördern und mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Sozusagen GLP-typisch ist konkret aber nicht viel Fleisch am Knochen und das Stichwort „Strategie“ wird von der Bedeutung her eher überstrapaziert. Aber trotzdem, das Postulat zielt zweifellos in die richtige Richtung. Deshalb unterstützen wir das auch und laden den Stadtrat ein, bei der Beantwortung dem Ganzen noch ein bisschen mehr Fleisch am Knochen zu geben - nicht nur weil wir gerne Fleisch haben, was bei der GLP nicht überall der Fall ist, sondern weil wir v.a. inhaltlich etwas mehr als nur eine fade Strategie sehen möchten. Wir sind gespannt auf die Beantwortung des Stadtrates und erlauben uns natürlich in dem Zusammenhang auch den Hinweis auf die verschiedenen Vorstösse, die die FDP in den letzten Monaten und u.a.

auch heute eingereicht hat, die sehr konkrete Vorschläge bringen, die genau auch in diese Richtung gehen. Sei das im Bereich Arbeitsplätze ganz konkret oder wie heute ein Vorstoss, Sie haben es gelesen, auch im Bereich Mobilität und Verkehr plus. Ein Vorstoss, mit dem wir einen Think Tank Mobilität anstossen, oder eben die Möglichkeit, dass Start-ups oder Innovationsunternehmer eine Zone erhalten in Winterthur, wo sie mehr oder weniger Narrenfreiheit haben. Das könnte genauso etwas sein, das man konkret machen könnte, um da mehr Arbeitsplätze, mehr Firmen nach Winterthur zu locken, was letzten Endes uns allen dienen würde. In dem Sinne danke ich Ihnen auch für die Unterstützung unserer Postulate und selbstverständlich unterstützen wir da auch das Postulat der GLP und danken für die Plattform, um Werbung zu machen für unsere Vorstösse.

K. Cometta (GLP/PP): In dem Sinn danke ich weiter und danke der FDP für die Unterstützung. Selbstverständlich finden auch wir es gut, wenn noch mehr Fleisch an den Knochen kommt. Ich denke, das ist genau der Job der Verwaltung und des Stadtrates nach der Überweisung dieses Postulates. So funktioniert diese Art Vorstoss. Es geht einfach primär darum, dass wir den politischen Willen manifestieren möchten, dass man in diesem Bereich Start-up-Förderung noch viel machen kann. Es wurde verschiedentlich gesagt: Winterthur ist Schlusslicht bei den Grossstädten, was Arbeitsplatz pro Einwohner angeht, obwohl wir eigentlich supergute Voraussetzungen hätten. Es ist nicht nur eine gute Lage, wir haben die ZHAW, die Kulturstadt, eine Gartenstadt – es wäre eigentlich alles wunderbar. Man muss einfach auch sehen, wenn man sagt, man setzt sich ein für Technologie, Standort und Industrie 4.0 und Digitalisierung – wir stehen an einem Wendepunkt unserer Wirtschaft. Und ja, da brauchen wir Start-ups, die die neuen Trends aufnehmen und in wirtschaftliche Geschäftsmodelle umwandeln und umsetzen. Uns ist bewusst, dass Start-up-Förderung nicht eine „low hanging fruit“ ist. Es ist nicht so, wie wenn man als Ansiedlungsmanager irgendwo ins Ausland reist, mit dem Visitenkärtchen zurückkommt und danach hat man eine neue Firma da. Das ist auch sehr gut. Aber so wie man Flöhe und Läuse haben kann, kann man auch sowohl bestehende Firmen pflegen, neue bestehende ansiedeln und auch ganz neuen Raum schaffen für innovative Unternehmen, die erst am Wachsen sind und noch in den „Kindesjahren“ stecken. Start-up-Förderung ist ein langfristiges Investment, das braucht am Anfang viel Schnauf. Es ist auch nicht ganz trivial, jetzt zu sagen, man macht Start-up-Förderung, da braucht es einen Mix von Massnahmen, denn es ist ein komplexes Thema. Uns geht es darum, dass die Stadt wirklich die geeigneten Rahmenbedingungen schafft, dass wirklich der politische Wille da ist, in diesem Gebiet tätig zu werden. Dass Informationen geeignet dargestellt werden oder der Zugang zu Risikokapital irgendwo machbar ist (nicht dass die Stadt Kredite verteilen muss, aber dass die Informationen fliessen). Last but not least, Silvia hat es auch schon angetönt, geht es auch darum, dass es auch ein bisschen „sexy“ sein muss, in Winterthur ein Unternehmen zu gründen. Ich war kürzlich bei Google. Es ist sexy, bei Google zu arbeiten, es ist auch sexy in Zürich im Impact Hub, man fühlt sich gut, wenn man dort verkehrt. Und in Winterthur ist im Moment eigentlich nur der Technopark, und dieser sieht sich primär halt auch als Immobilienfirma, die feste Mieten braucht und dann hat er das RAV drin... Das ist nicht die Art von Atmosphäre, die kriert wird, damit sich junge, innovative Geister, die auch die Zukunft unseres Landes sind, ansiedeln wollen. Wir möchten mit diesem Postulat, dass der Stadtrat sich dort noch ein paar Gedanken macht und am Schluss einen Massnahmenmix präsentiert. Ich danke allen für die Unterstützung und für die Arbeitsplätze in Winterthur.

F. Künzler (SP): Ich bin mir ein bisschen vorgekommen wie in einem Buzzword-Bingo vorhin, als ich meinen Vorrednerinnen und Vorrednern zugehört habe. Jedes Mal, wenn Sie ein Wort hören wie „Industrie 4.0“ oder „Digitalisierung“ oder „Think Tank“ denken Sie für sich (Sie dürfen ja nicht rufen): „Bingo!“

Wenn man dieses Postulat liest, dann hat man das Gefühl, dass der Vorstoss im falschen Parlament eingereicht worden ist. Die Standort-Attraktivität ist nämlich primär eine Frage des Kantons, das sagte Christian Griesser vorhin schon. Deshalb vermute ich, dass der Erst-Postulant Michi Zeugin einfach das falsche Vorstossformular erwischt hat, als er das Postulat geschrieben hat, und es eigentlich an den Kantonsrat schreiben wollte.

Wie auch immer: Bis vor wenigen Monaten gab es das Problem, dass Start-ups nach dem Prinzip Hoffnung besteuert worden sind im Kanton Zürich. Diese Steuerpraxis rief dann auch grossen Widerstand und Protest hervor, nachdem der Blick die Schlagzeile brachte: „Zuckerberg (Mark Zuckerberg, der Gründer von Facebook) wäre in Zürich Pleite gegangen“. Das wurde mittlerweile geändert, es ist inzwischen schon fast ein Jahr her (daran sieht man, wie alt der Text ist, den ich da vorlese). Vielleicht könnte man jeweils zuerst 3-4 Postulate und Interpellationen bringen, bevor man in die Stadtratsgeschäfte geht, dann gäbe es ein bisschen Aktualität in diesem Rat – andere Geschichte.

Wie auch immer. Die Stadt kann relativ wenig beitragen zu den Start-ups und das weiss man auch ohne den geforderten Bericht. Dieser wäre nämlich primär eine Schreibübung für die Verwaltung, schon allein deswegen müsste man eigentlich gegen dieses Postulat sein. Selbstverständlich ist auch die SP für möglichst viele Start-ups in Winterthur, aber wir würden wahrscheinlich grossmehrheitlich den Ablehnungsantrag der Grünen unterstützen. Wir möchten auch, falls das Postulat dann trotzdem überwiesen werden sollte, die Verwaltung auffordern, ungefähr gleich viel Zeit in den Bericht zu investieren, wie auch die Formulierung dieses Postulats gebraucht hat.

S. Gyga (GLP/PP): Ich möchte doch nochmals Stellung nehmen zu den unterschiedlichen Voten, die jetzt da fielen, und zum Ablehnungsantrag, den wir natürlich mit Bedauern zur Kenntnis nehmen. Auch die unterschiedlichsten, teilweise sehr kurios anmutenden Begründungen, die gefallen sind, können wir nicht wirklich nachvollziehen. Trotz dieser Begründungen verstehen wir diese Gründe nicht. Ich bin sicher, dass Michi Zeugin nicht das falsche Dokument erwischte und das nicht auf einer anderen Ebene platzieren wollte, sondern dass da genau der richtige Ort ist, um dieses Postulat einzureichen. Mir geht wirklich nicht in den Kopf, wie man sich ernsthaft der Entwicklung einer Strategie zur Ansiedlung von Jungunternehmen verweigern kann. Es wurden verschiedenste Gründe genannt, aber das verstehe ich nicht. Hier drinnen sollten wir langfristige Politik machen. Die Jungunternehmen könnten wichtige Arbeitgeber der Zukunft sein, es könnten engagierte Persönlichkeiten sein, die Winterthur mitgestalten werden, 10, 20 oder 30 Jahre. Wollt Ihr diese effektiv alle einfach den Zürchern überlassen, oder Schlieren oder sollen sie in Berlin bleiben? Ich finde ehrlich gesagt: Nein. Ich hätte diese gern hier, hier in Winterthur. Deshalb sind wir froh, wenn möglichst viele unser Postulat unterstützen werden. Danke.

D. Oswald (SVP): Lieber Fredy, ich muss schon noch entgegenen: Wenn Du das Gefühl hast, wir da lokal in der Gemeinde könnten die Standortattraktivität nicht beeinflussen, sei es für alle Unternehmen oder für Start-ups, dann weiss ich nicht, was Du da im Gemeinderat machst. Wir können anfangen bei den Steuern, Verkehrsinfrastruktur, generell Infrastruktur, Gebühren und Abgaben, finanzielle Belastungen... Wir haben die ZHAW, die da ist, wo wir sehr viel beitragen können. Ich habe nur die Wichtigsten genannt, und es gäbe noch sehr viel mehr – und man kann schlichtweg auch ein Klima schaffen, damit Unternehmen gerne hier sind, indem wir z.B. nicht Polemik machen, wenn eine Abstimmung durch ist und so. Wir haben sehr viel Einfluss, wir sind als Erste für den Standort Winterthur verantwortlich. Zuerst kommt das Kommunale und nicht der Kanton oder der Bund und ich glaube, es ist sehr wichtig, dass wir das auch wahrnehmen und halt nicht alles nach oben delegieren, alles zentralisieren usw., nur damit wir es möglichst überall gleich und möglichst sozialistisch abwickeln können. Wir haben sehr viel Einfluss auf die Standortattraktivität da und ich bitte Euch, das auch zur Kenntnis zu nehmen.

K. Cometta (GLP/PP): Jetzt haben meine beiden Vorredner, bzw. die Vorrednerin und der Vorredner, eigentlich schon das gesagt, was ich sagen wollte, aber wenn ich schon stehe, sage ich doch noch schnell ein paar Worte zu dieser sehr merkwürdigen Ansicht, dass Standortförderung Sache des Kantons sein solle. Mit dieser Haltung erstaunt es natürlich nicht mehr, dass wir zu wenige Arbeitsplätze in Winterthur haben. Das kompetitive Argument wurde bereits gebracht im Sinne von wenn es der Kanton machen würde, dann heisst das noch nicht, dass die Arbeitsplätze nach Winterthur kommen würden, dann können sie nach Zürich, nach Schlieren oder irgendwohin. Es ist abgesehen davon auch in der Verfassung

des Kanton Zürich, Art. 107 Wirtschaft und Arbeit, festgehalten, dass das Aufgabe von Kanton und Gemeinden ist, für vergünstigte Rahmenbedingungen und vielseitige, wettbewerbsfähige, soziale, freiheitliche Wirtschaft zu sorgen. Es ist auch juristisch ganz klar Sache auch der Gemeinden. Und nicht zuletzt: Wir haben heute die Sitzung damit begonnen, indem wir Vorstandsmitglieder in das „House of Winterthur“ gewählt haben. Das zeigt ja auch, dass durchaus auch die Stadt Winterthur zuständig ist für Rahmenbedingungen.

F. Künzler (SP): Dani Oswald, das kann ich nicht ganz auf mir sitzen lassen. Ich weiss, von was ich rede. 2013 kam ich mit meiner Unternehmung nach Winterthur. Wir waren damals 13 Leute, jetzt sind wir 31. Ich habe von der Standortförderung keine Unterstützung bekommen, Null. Ich habe auch sonst höchstens mal ein Mail bekommen, eine Umfrage, wie man sich so fühlt und so. Das ist alles. Es ist irgendwie ein bisschen bedauerlich: Was hier drinnen geredet wird und wie die Realität aussieht, das sind schon zwei unterschiedliche Sachen. Und unser Hauptproblem, das kann ich hier auch sagen, das ist nicht ein Problem der Stadt, sondern das ist ein Problem vom Kanton.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Lieber Fredy, da möchte ich aber schon noch entgegnen: Wenn das wirklich so schlimm ist in der Stadt Winterthur, wie Du sagtest (hoffen wir einmal, es hat sich in der Zwischenzeit etwas verbessert), dann wäre das eigentlich noch ein Grund mehr, um das Postulat jetzt zu überweisen.

Stadtpräsident M. Künzle: Wer kann schon etwas gegen gute Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen in Winterthur haben? Es wurde auch gesagt, es solle kein Aktionismus betrieben werden. Aber ich sage, es hat eben doch ein wenig mit Aktionismus zu tun. Ich nenne Ihnen nur Stichworte: Technopark, das an einem neuen Strategiepapier ist, das vor ein paar Monaten ein Projekt startete mit Runway, wo man junge Leute, die an der ZHAW studieren, an der Hand nimmt und quasi zu Unternehmern formt und ihnen sagt, wie man so eine Unternehmung aufbaut. Wir haben die Impulsstrategie, den Heuberger Jungunternehmer-Preis, das „House of Winterthur“, den gemeinnützigen Gewerberaum Taggenberg - wir machen etwas in dieser Stadt. Es ist nicht so, dass nichts läuft. Deshalb sage ich: Wir können schon noch ein weiteres Papier Strategie schreiben. Meine Leute sind ohnehin alle am Vorstösse beantworten und machen nichts anderes mehr. Ich denke eher: Tun wir es, machen wir es einfach – und nicht nochmals eine weitere Strategie dazu schreiben. Deshalb würde ich Ihnen empfehlen, alle diese Gefässe, die ich Ihnen aufgezählt habe, in irgendeiner Form zu unterstützen – aber nicht noch ein Strategiepapier dazu schreiben.

Ratspräsident F. Landolt: Besten Dank. Wir haben einen Ablehnungsantrag zur Überweisung dieses Postulats.

Wer das Postulat in dieser Form, wie es jetzt diskutiert wurde, überweisen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Wer das Postulat ablehnen und nicht überweisen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Bitte auszählen.

Das Postulat wird mit 30:19 Stimmen überwiesen.

Damit sind wir am Ende der 7. Sitzung des Amtsjahres 2017/2018. Ich möchte insbesondere Doris Steiner und Werner Steiner, die zum letzten Mal hier sind, verabschieden und wünsche allen schöne und erholsame Sommerferien.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Die 1. Vizepräsidentin:

Der 2. Vizepräsident:

F. Landolt (SP)

A. Steiner (GLP)

A. Geering (CVP)